

Helmut K. Anheier und Norman Spengler (Hg.)

Auf dem Weg zu einem Informationssystem Zivilgesellschaft

Anspruch, Potentiale, Verknüpfungen
Dokumentation des Workshops
»Informationssystem Zivilgesellschaft«

Zivilgesellschaft in Zahlen – Band 1

Zivilgesellschaft in Zahlen
c/o SV Wissenschaftsstatistik GmbH
Barkhovenallee 1
45239 Essen

Telefon +49 (0) 201 84 01-424
Telefax +49 (0) 201 84 01-431
jana.lier@stifterverband.de
www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de

Redaktion:
Jana Lier (SV Wissenschaftsstatistik GmbH)

Stand:
November 2009, 1. Auflage

Gestaltung und Druck:
UNISON Werbeagentur GmbH
www.unison.de

ISBN: 978-3-00-029580-5

Alle Rechte vorbehalten

Helmut K. Anheier und Norman Spengler (Hg.)

Auf dem Weg zu einem Informationssystem Zivilgesellschaft

Anspruch, Potentiale, Verknüpfungen

**Dokumentation des Workshops
„Informationssystem Zivilgesellschaft“**

Inhalt

Norman Spengler und Helmut K. Anheier

Vorwort 3

Norman Spengler

Entwicklung und Perspektiven eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ in Deutschland 5

Norman Spengler

Auf dem Weg zu einem deutschen „Informationssystem Zivilgesellschaft“ 12

Eckhard Priller

**Der Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements
in Deutschland – Erfahrungen, Erkenntnisse und Herausforderungen** 23

Sabine Geiss

Der Freiwilligensurvey als Teil eines nationalen „Informationssystems Zivilgesellschaft“ 29

Andreas Heimer

**EngagementAtlas 2009:
Konzeption und Perspektiven für ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“** 35

Jana Sommerfeld

**Die Spendenstatistik als Teil eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“:
Erfahrungen, Konzeption und Umsetzung** 41

Axel Franzen und Katrin Botzen

Die Vereinsstruktur Deutschlands 52

Christoph Breuer

Sportentwicklungsberichte für Deutschland 60

Natalie Rosenski und Thorsten Tümmler

**Einbettungs- und Nutzungspotentiale des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“
in die Wirtschafts- und Sozialstatistik67**

Jürgen Schupp

**Sozialstatistik und SOEP - Verknüpfungsmöglichkeiten für ein nachhaltiges
„Informationssystem Zivilgesellschaft“ 73**

Paul Dekker

Zweifel an einer integrierten Zivilgesellschaftsberichterstattung 78

Norman Spengler

Zusammenfassung der Paneldiskussion 83

Vorwort

Am 15. Juni 2009 fand im Rahmen des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ im Berliner dbb Forum der Workshop „Informationssystem Zivilgesellschaft“ statt, bei dem über 40 Vertreter von Wissenschaft und Praxis zu den Möglichkeiten eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ referierten und diskutierten. „Zivilgesellschaft in Zahlen“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung. Mit diesem Projekt sollen die teilweise erheblichen Datenlücken zu zivilgesellschaftlichen Fragestellungen geschlossen werden und der Grundstein für eine zukünftige und kontinuierliche Berichterstattung zum Thema Zivilgesellschaft gelegt werden. An der Umsetzung wirken das Statistische Bundesamt in Wiesbaden (destatis), das Centrum für Soziale Investitionen (CSI) in Heidelberg sowie das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) mit.

Mit dem vorliegenden Sammelband dokumentiert das Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen, das die wissenschaftliche Leitung des Workshops inne hatte, die Ergebnisse der Veranstaltung. Der Öffentlichkeit wird durch diese Publikation dargestellt, wie eine politik- und praxisrelevanten Berichterstattung zum Thema Zivilgesellschaft aussehen könnte, welche Inhalte sie haben könnte und welche Herausforderungen und Möglichkeiten dabei zu beachten sind.

Der vorliegende Tagungsband verfolgt zwei Ziele. Beide stellen wichtige Schritte auf dem Weg zu einem „Informationssystem Zivilgesellschaft“ dar. Erstes Ziel ist die Sondierung und Zusammenführung der Anforderungen sowie der verschiedenen Ansätze und Datenpotentiale eines solchen „Informationssystems Zivilgesellschaft“. Das zweite Ziel besteht darin, zu zeigen, wie für den Bereich Zivilgesellschaft ein umfassendes Informationssystem aufgebaut werden kann, indem man bestehende Vorhaben zur Datenerhebung besser zusammenführt. Zudem stellt sich die Frage, wie eine Eingliederung des gesellschaftlichen Feldes „Zivilgesellschaft“ in thematisch relevante und angrenzende Daten- und Informationssysteme erfolgen könnte.

Um während der Tagung die Grundlagen für ein zukunftsorientiertes „Informationssystem Zivilgesellschaft“ zu legen, hatte die Veranstaltung zwei thematische Schwerpunkte. Ergebnisse und Ausblick wurden anschließend im Rahmen eines Abschlusspanels diskutiert. Im ersten Schwerpunkt ging es um das „Informationssystem Zivilgesellschaft“, Netzwerk- und Synergiebildung, sowie um Kooperationsmöglichkeiten und die gemeinsame Zielverfolgung. Das Aufzeigen von zusätzlichem Datenpotential, seiner Nutzbarmachung, sowie Möglichkeiten der Integration in das zukünftige Informationssystem war Inhalt des zweiten Schwerpunkts „Verknüpfungen und Nachhaltigkeit“.

Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), ohne dessen großzügige Unterstützung diese Veranstaltung nicht hätte stattfinden können. Ferner möchten wir auch Timo Tamm für seine tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung der Publikation danken.

Weitere Informationen zum Projekt sowie die Abstracts der Vorträge zum Herunterladen finden Sie auf der Projekthomepage unter **www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de**.

Helmut K. Anheier und Norman Spengler

Heidelberg, Oktober 2009

Entwicklung und Perspektiven eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ in Deutschland

Warum ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“?

In den letzten Dekaden haben Themen, welche um das Stichwort Zivilgesellschaft kreisen, in Politik und Wissenschaft an Bedeutung gewonnen. Trotz aller bisherigen Bemühungen besteht nach wie vor ein erheblicher Datenmangel, insbesondere zum wirtschaftlichen Ausmaß und sozialen Beitrag. Und obwohl die Zivilgesellschaft als Themenbereich stark an Bedeutung gewonnen hat, muss konstatiert werden, dass sie empirisch kaum erfasst ist. Vorliegende Zahlen beziehen sich meist nur auf bestimmte Teilbereiche, so zum Beispiel auf den Dritten Sektor oder Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements.

Die Ideen zur Erschließung zivilgesellschaftlicher Potentiale in der modernen, gerade durch ökonomische Umbrüche gekennzeichneten Gesellschaft seitens der Politik, Wissenschaft und Praxis sind gut und wichtig. Den Nutzen und die Wirkung zivilgesellschaftlicher Aktivität anhand von Zahlen belegbar zu gestalten ist jedoch zweifelsfrei besser und wichtiger. Denn die negativen Konsequenzen einer mangelnden Datenabdeckung erscheinen offensichtlich: Ohne empirische Untermauerung zum Beitrag und zu Entwicklungsmöglichkeiten des Dritten Sektors in Deutschland kann Zivilgesellschaft als politisches Thema an Relevanz verlieren und den Höhepunkt seines thematischen Lebenszyklus überschreiten.

Für Zivilgesellschaftsakteure wird ein einmal implementiertes Informationssystem eine empirische Fundierung darstellen, welche den eigenen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohl hervorhebt, sowie Entwicklungsmöglichkeiten und –bedarfe auf beeindruckende Weise anzeigt. Auch können Auswirkungen politischer Maßnahmen besser skizziert und modelliert werden. Ohne diese zahlenbasierten Informationen werden es Akteure der Zivilgesellschaft zunehmend schwer haben, sich politisches Gehör zu verschaffen. Es ist als positiv zu bewerten, dass die Zivilgesellschaft vor innenwohnendem Selbstbewusstsein um die eigene Bedeutung und den Einfluss gerade zu strotzen scheint; aber genau eben jene Bedeutung und Wirkung anhand von Zahlen zu belegen, ist nicht nur illustrativer, sondern vor allem in der Außenkommunikation deutlich wirksamer.

Auch auf Seiten der Wissenschaft zeigen sich weitere Folgen des bestehenden Datendefizits. Denn ohne systematische und umfassende Empirie bleiben theoretische Weiterentwicklungen oft un-

befriedigend. Ohne Theorie erscheinen empirische Befunde hingegen inhaltsleer und blind gegenüber neuen Entwicklungen. Es fehlt an spürbaren Impulsen für ein kreatives Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Empirie. Diese sich gegenseitig positiv stimulierende Wechselwirkung funktioniert in der zivilgesellschaftlichen Makroforschung bislang zu wenig.

Im Umkehrschluss jedoch zu sagen, dass keinerlei Zahlen über die Zivilgesellschaft in Deutschland bekannt wären, würde jedoch die gegenwärtige Datenlage übertrieben und verklärend ins Negative ziehen. Zahlen, Daten und Fakten existieren als einzelne und meist unabhängige Teile im komplexen Puzzle der deutschen Datenlandschaft (Hohendanner 2009). Mit der Vorlage des „Bericht[s] zur Lage und zu den Perspektiven des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ wurden nun in einem wichtigen zivilgesellschaftlichen Feld entzerrende Schritte hin zu einer systematischeren Aufbereitung verfügbarer Daten gemacht (Alscher/Dathe/Priller/Speth 2009). Neben der Komplexität und Unübersichtlichkeit an vorhandenen Informationen tritt hinzu, dass gewichtige Basisdaten oft veraltet sind. Viele vorliegende Aussagen zur Ausprägung und Bedeutung des Dritten Sektors in Deutschland beruhen auf Daten, die 1995 im international vergleichenden Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project erhoben wurden; einem internationalen Verbundprojekt, welches weltweite Pionierarbeit im Feld der ökonomischen Quantifizierung nationaler Nonprofit-Sektoren leisten konnte. Die Ergebnisse sind rückblickend bislang zwar die einzigen ihrer Art für Deutschland, jedoch stellen diese damals für Deutschland erhobenen Daten in weiten Teilen eine Fortschreibung der Daten aus dem Jahre 1986 dar. Seitdem, also seit fast zweieinhalb Jahrzehnten, hat sich die ökonomische, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Bedeutung sowie die Struktur des Dritten Sektors in Deutschland stark verändert. Dennoch liefern die damals generierten Ergebnisse eine eindrucksvolle Momentaufnahme des ökonomischen Ausmaßes des Dritten Sektors in Deutschland und seiner Strukturierung (vgl. Zimmer/Priller et al. 1999).

Aus den Eckdaten der damaligen Erhebung ist zumindest bekannt, dass der deutsche Nonprofit-Sektor vorherrschend in staatsnahen Bereichen aktiv ist. Knapp 70% seines Finanzvolumens werden in den Bereichen sozialer Dienste, Gesundheit und Bildung gebündelt. In Anbetracht der historischen Herausbildung des deutschen Wohlfahrtsstaates, geprägt durch das Prinzip der Subsidiarität, verwundert es zudem nicht, dass staatlich induzierte Zahlungen die primäre Einkommensquelle des dritten Sektors bilden (mit ca. 60 %). Mitgliederbeiträge als Beispiel für generierte Eigeneinkommen entsprechen ca. 35 % der deutschen Nonprofit-Finanzierung. Spenden als philanthropische Zuwendung hingegen bedeuten mit lediglich 5 % eine untergeordnete Rolle. Gesamtwirtschaftlich erzeugt der deutsche Nonprofit-Sektor einen Anteil von 5-6 % der nationalen Wirtschaftsleistung und umfasst 5-7 % aller Beschäftigtenverhältnisse (ebd. 107ff). Man denke hierbei insbesondere an große kirchliche Träger wie Caritas und Diakonie, welche nicht nur innerhalb der organisierten Zivilgesellschaft, sondern auch innerhalb der deutschen Wirtschaft die beiden größten Arbeitgeber

darstellen. Die Arbeit in diesen Organisationen kann als vorwiegend weiblich beschrieben werden, oftmals in Teilzeitarbeitsverhältnissen institutionalisiert (Dathe/Kistler, 2005: 168). Die Entwicklungstendenzen weisen auf eine Ausweitung der organisierten Zivilgesellschaft hin. So expandiert der deutsche Stiftungssektor, partiell induziert durch das Stiftertum der Nachkriegsgeneration, auf gegenwärtig ca. 16.000 Einheiten (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009). Dem Vereinswesen wird zudem auch eine Expansion zugeschrieben und – derzeitigen Schätzungen folgend – umfasst es gegenwärtig ca. 600.000 bis 700.000 Organisationen (Happes 2008).

Doch besteht Zivilgesellschaft aus mehr als nur Organisationen. Gerade freiwilliges bzw. Bürgerschaftliches Engagement stellt eine, wenn nicht die wichtigste Personalressource dar. Betrachtet man verschiedene Bevölkerungsbefragungen, so lässt sich für Deutschland eine Engagementquote im Bereich von 30-35 % der erwachsenen Bevölkerung konstatieren (Gensicke/Picot/Geiss 2005, Prognos AG/Generali Zukunftsfonds 2009). Longitudinal betrachtet, lässt sich eher von einem leichten Anstieg dieser Quote sprechen (Anheier, Spengler et al. 2009). Jedoch führen neue Rahmbedingungen, wie der Wertewandel in Richtung stärkerer individualistischer Lebensstile, zu differenzierten Engagementformen. Neben das ‚alte Ehrenamt‘ tritt das ‚neue Ehrenamt‘. Letzteres betont dabei, im Gegensatz zum traditionellen Ehrenamt, die Projektartigkeit von Engagement und hebt die Selbstverwirklichungsmotivation der Engagierten hervor. Im internationalen Vergleich dieser Kennzahlen, d. h. ökonomisches Ausmaß und Freiwilligenengagement, liegt Deutschland im oberen Mittelfeld (Salamon/Anheier et al. 1999: 14). Dennoch fehlen aber aktuelle Grundlagendaten, die sowohl die gegenwärtige Situation als auch zukünftige Veränderungen und Entwicklungen des Sektors ausreichend differenziert abbilden können.

Das Gesamtprojekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ und der Workshop „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Diese eklatanten Informationsmängel und signifikanten Datendefizite zu mindern, hat sich das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ zur Aufgabe gesetzt. Es zielt auf die methodische Entwicklung und Institutionalisierung einer auf Dauer gestellten, für Wissenschaft und Praxis relevanten sowie international vergleichbaren Berichterstattung zu wesentlichen Eckwerten, Strukturen und Trends des Dritten Sektors, und darüber hinausgehend der deutschen Zivilgesellschaft, ab. Die modellhafte Implementierung eines an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung angedockten, und durch weitere Indikator- bzw. Datensysteme angereicherten, so genannten „Satellitenkontos“ bedeutet eine wesentliche Herausforderung der nächsten Jahre für Politik, Wissenschaft und Praxis. Mit dem Gemeinschaftsprojekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ möchten der Stifterverband für die Deutsche

Wissenschaft, die Fritz Thyssen Stiftung und die Bertelsmann Stiftung – gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt sowie dem Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg – die Voraussetzungen für ein solches „Informationssystem Zivilgesellschaft“ schaffen.

Nun muss auf dem Weg zu einem „Informationssystem Zivilgesellschaft“ nicht das Rad vollständig neu erfunden werden; es bestehen bereits eine Vielzahl wertvoller und unterschiedlicher Datenpotentiale. Dies zu ergründen, war Ziel und Hintergrund des vorliegenden Sammelbandes. Die Zielstellung dieser Veranstaltung bestand darin, weitere Schritte auf dem Weg zu einem Berichtssystem Zivilgesellschaft zu begehen. Eine Erkundung und Zusammenführung verschiedener Anforderungen, Ansätze und Datenpotentiale eines solchen „Informationssystems Zivilgesellschaft“ stellt daher einen sinnvollen und wichtigen Schritt auf dem Weg zum Ziel dar. Es ging daher um die Frage, wie eine bessere Verknüpfung bestehender Vorhaben im Bereich Zivilgesellschaft zu einem umfassenden Informationssystem stattfinden kann, aber auch um die Eingliederung des Systems „Zivilgesellschaft“ in thematisch relevante und angrenzende Daten- und Informationssysteme.

Es kann konstatiert werden, dass in den letzten Jahren das Interesse an einer verbesserten Daten- und Informationsgrundlage zum Thema Zivilgesellschaft (und den Unterbereichen Dritter Sektor, Stiftungen, soziales Engagement, soziale Investitionen, Gemeinnützigkeit etc.) erheblich gestiegen ist. Wurde noch bis vor kurzem die Vernachlässigung dieses Bereichs von Wissenschaft, Politik und Fachöffentlichkeit gleichermaßen beklagt, so zeigt sich heute, dass eine Reihe von Vorhaben zunehmend systematisch an der Verbesserung der Daten- und Informationslage arbeiten. Hierbei sind im deutschsprachigen Raum nicht nur das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ zu nennen, sondern auch die Spendenstatistik (Sommerfeld 2009), der Freiwilligensurvey (Gensicke/Picot/Geiss 2005), der EngagementAtlas (Prognos AG/Generali Zukunftsfonds 2009), und wichtige Einzelprojekte wie die Stifterumfrage der Bertelsmann Stiftung (Timmer 2006). International wäre das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project (vgl. Salamon/Anheier et al. 1999, UN 2003) zu nennen, mit den verwandten Vorhaben zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (UNO) und Beschäftigung (ILO), das Indikatorenprojekt von CIVICUS (Anheier 2004, Heinrich 2004, CIVICUS 2009), sowie das ARVIN-System der Weltbank (Anheier 2006).

Leider sind diese Projekte kaum miteinander verbunden und vernetzt, und laufen weitgehend parallel, was erhebliche Nachteile und Ineffizienzen mit sich bringt und sicherlich zu mangelnder Vergleichbarkeit der Daten führen wird. Konkret bedeutet die fehlende Koordination mögliche Dopplungen, Überschneidungen und auch eine Vernachlässigung bestimmter Engagementbereiche oder Organisationsformen und deren Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Wertschöpfung.

Im ersten inhaltlichen Beitrag beleuchtet Norman Spengler die Herausforderungen eines deutschen „Informationssystems Zivilgesellschaft“. Fragen nach der inhaltlichen Ausrichtung und Anpassung des Konzeptes „Zivilgesellschaft“ an die deutsche Situation stehen im Vordergrund des Beitrages. Eckhard Priller referiert den kürzlich vorgelegten Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Darin weist er auf bestehende Datendefizite einerseits, aber auch auf bestehende Informationspotentiale hin, welche in eine Berichterstattung Zivilgesellschaft integriert werden müssen. Die Beiträge von Sabine Geiss zum Freiwilligensurvey wie auch der von Andreas Heimer zum EngagementAtlas 09 zeigen eindrucksvoll auf, welche Herausforderungen bei der Messung und Umsetzung von Freiwilligkeit und Bürgerschaftlichem Engagement bestehen. Jedoch, so zeigen beide Beiträge, können die referierten Datensysteme als Grundsteine einer individuumszentrierten Komponente in ein Berichtssystem Zivilgesellschaft einfließen. Nicht nur das freiwillige Geben von zeitlichen Ressourcen gehört zu den „Hauptinputfaktoren“ der Zivilgesellschaft, sondern ebenfalls die freiwillige Bereitstellung von Kapital in Form von Spenden. Jana Sommerfeld stellt die Konzeption der Spendenstatistik vor, welche die Informationslücke in diesem Bereich zu schließen sucht. Neben dem „Geben“ von Zeit, Arbeitsleistung und Geld stellt auch die organisierte zivilgesellschaftliche Infrastruktur eine wichtige Komponente für ein Berichtssystem Zivilgesellschaft dar. Oftmals wird in der Zivilgesellschaftsdebatte auf das Konzept „Sozialkapital“ rekurriert, dessen Entstehung stark in assoziativen Organisationen, also Vereinen, stattfindet. Die Abbildung der deutschen Vereinsstruktur ist das Thema von Axel Franzen und Katrin Botzen, die durch akribische Detailarbeit eine Vereinslandkarte Deutschland beschreiben. In den Sportentwicklungsberichten findet bereits eine Sozialberichterstattung für einen zivilgesellschaftlich bedeutsamen Unterbereich von Kultur- und Freizeitaktivitäten statt. Christoph Breuer schildert in seinem Beitrag Konzeption und Kernergebnisse, und diskutiert Potenziale dieser Berichtsform für ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“.

Jedoch ergeben sich mit der Entwicklung des „Informationssystems Zivilgesellschaft“ die Vernetzungsmöglichkeit mit anderen Daten- und Informationssystemen, die thematisch relevant sind und oft an zivilgesellschaftliche Fragen angrenzen. Hierbei zu nennen sind für Deutschland insbesondere Daten- und Informationssysteme in den Bereichen Gesundheit, Familie, Jugend, Senioren, soziale Dienste, Forschung und Entwicklung, Bildung, Kultur, Umwelt etc., d. h., Bereiche in denen Zivilgesellschaft und Sozialengagement eine Rolle spielen. Solche systematischen Verknüpfungen und Brückenschläge liegen bisher nicht vor. Sie erscheinen aber notwendig, um die breitere Relevanz und Akzeptanz des Informationssystems für Politik, Wissenschaft und Praxis zu unterstreichen und auf Nachhaltigkeit zu stellen. Dabei ist an Andockmöglichkeiten aus dem Bereich der amtlichen Statistik (z. B. Krankenhausstatistik, Forschungs- und Entwicklungsstatistik, Bevölker-

ungsstatistik) ebenso gedacht wie an Daten, die von unterschiedlichen Institutionen zusammengetragen und für die Zwecke eines Informationsverbunds zur Verfügung gestellt und entsprechend betrachtet werden könnten.

Diese vernetzenden Aspekte zu beleuchten ist Aufgabe der Beiträge des zweiten Teiles in diesem Band. Thorsten Tümmler und Natalie Rosenski stellen die Einbettungs- und Nutzungspotentiale der ersten, 2011 zu erwartenden Ergebnisse aus Modul 1 des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“, vor, welche zunächst auf Organisationen des Dritten Sektors im Unternehmensregister fokussieren. Jürgen Schupp diskutiert Integrations- und Analysemöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Aspekte durch das sozio-oekonomische Panel (SOEP), einem der umfassendsten und weitest reichenden sozialwissenschaftlichen Dauerbeobachtungsinstrumente in Deutschland. Nicht nur die Nutzung bereits vorhandener Bevölkerungsbefragungen kann als informationelle Infrastruktur dienen, sondern auch Datenbestände, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Organisationen selbst gesammelt und zumeist für eigene Zwecke aufbereitet werden. Im Fall Deutschland ist die Erfassung der freien Wohlfahrtsverbände, die ökonomisch einen Großteil der organisierten Zivilgesellschaft bedeuten, von vorrangigem Interesse. Mit einer abschließenden kritischen Reflektionen zur Aussagefähigkeit von Bevölkerungsbefragungsergebnissen zu zivilgesellschaftlichen Themen, und deren methodischen Konsequenzen für belastbare Zahlen, schließt Paul Dekker die inhaltlichen Referate ab.

Zuletzt soll die Diskussion des hochkarätig besetzten Panels wiedergegeben werden, welches die Kerninhalte des Workshops besprach und diese hinsichtlich des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ reflektierte. Welche Ansprüche können an ein Berichtssystem Zivilgesellschaft adressiert werden? Welche Machbarkeitsgrenzen zeichnen sich ab? Wem soll und muss eine solche Infrastruktur dienen und wie kann sie dauerhaft und erfolgreich in der deutschen Datenlandschaft implementiert werden?

Mit diesem ersten publizierten Band aus dem Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ hoffen wir, nicht nur potentiell Interessierte von der Entstehung eines solchen Berichtssystems zu informieren, sondern auch für die Komplexität des Vorhabens zu sensibilisieren.

Literatur

Alscher, M.; Dathe, D.; Priller, E.; Speth, R. (2009): „Bericht zu Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“. Berlin.

Anheier, H.K. (2004): *Civil Society: Measurement, Evaluation, Policy*. Earthscan. London.

Anheier, H.K. (2006): „ARVIN – A Civic Engagement and Social Accountability Framework: A Synopsis“. Diskussionspapier. World Bank. New York.

- Anheier, H.K.; Spengler, N.; Mildenerger, G.; Kehl, K.; Then, V. (2009): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Europa. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter 6/2009. Online verfügbar: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl06_anheier.pdf .
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (2009): „Stiftungen in Zahlen“. Berlin.
- CIVICUS (2009): <http://www.civicus.org/csi>. Zugriff 12.10.2009.
- Dathe, D.; Kistler, E. (2005): „Zur arbeitsmarktpolitischen Funktion des Dritten Sektors“. Birkhölzer, K; Klein, A.; Priller, E.; Zimmer, A. (Hrsg.): „Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven“. VS Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Gensicke; Picot; Geiss (2005): „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004“. München.
- Happes, W. (2008): „Vereinstatistik 2008“. V&M. Konstanz.
- Heinrich, V.F. (2004): Assessing and Strengthening Civil Society Worldwide: A Project Description of the CIVICUS Civil Society Index: A Participatory Needs Assessment and Action-Planning Tool for Civil Society. CIVICUS. Johannesburg.
- Hohendanner, D. (2009): „Der Dritte Sektor in Deutschland. Eine Analyse des IAB-Betriebspanels“. Expertise zum Bericht zu Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin.
- Priller, E.; Zimmer, A.; Anheier, H.K.; Toepler, S.; Salamon, L.M. (1999): „Germany: Unification and Change“. Salamon et al.: „Global Civil Society: Dimensions of the Nonprofit Sector“. MD Johns Hopkins. Balitore.
- Prognos AG, Generali Zukunftsfonds (2009): EngagementAtlas 09. Daten. Hintergründe. Wirtschaftlicher Nutzen“. Online verfügbar: http://zukunftsfonds.generalideutschland.de/internet/csr/csr_inter.nsf/-contentByKey/MPLZ-7L3EHX-DE-p.
- Salamon, L.M.; Anheier, H.K. et al. (Hrsg.) (1999): „Civil Society in Comparative Perspective“. Salamon, L.M.; Anheier, H.K. et al. (Hrsg.): „Global civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector“. Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. Baltimore.
- Sommerfeld, J. (2009): Evaluierung von Auswirkungen des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Empirische Untersuchung der Entwicklungen im Regelungsbereich, insbesondere zum Spendenaufkommen. Bericht des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen fe 17/07.
- Timmer, K. (2006): „Stiften in Deutschland. Die Ergebnisse der Stifterstudie“. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- United Nations (Hrsg.) (2003): „Handbook on Non-Profit Institutions in the System of National Accounts“. UN. New York.

Auf dem Weg zu einem deutschen „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Messung deutscher Zivilgesellschaft – ein kurzer historischer Abriss

In den letzten zwanzig Jahren wurden im Feld der Zivilgesellschafts- und Nonprofit-Studien signifikante Fortschritte in konzeptioneller wie auch empirischer Hinsicht geleistet. Ausdifferenziert hat sich in diesen Jahren eine konkurrierende Begriffsvielfalt, die sich unter einer Vielzahl gängiger Termini ihren Weg durch Wissenschaft, Praxis, Politik und Medien bahnen (Zivil- oder Bürgergesellschaft, Nonprofit-, Freiwilliger, Dritter oder gemeinwohlorientierter Sektor, Gemein- oder Sozialwirtschaft). Die durch professionelle Forschung und Anwendung gewonnenen Erkenntnisse spiegeln das seit Mitte der 1990er sowie den Umwälzungsprozessen Ende der 1990er Jahre gestiegene Interesse der politischen Öffentlichkeit wie auch zivilgesellschaftlicher Akteure wider (Anheier/Salamon 2006).

Nicht nur die Vielfältigkeit an Definitionen der Zivilgesellschaft reagiert auf politisches Interesse und gesellschaftliche Relevanz, sondern mit ihr steigt auch die Beobachtungsleistung an – sprich: Datensammlung, systematische Messung und analysierende Darstellung. Estelle James schrieb noch 1987, dass: „... data on the size of the nonprofit sector are not available for a large scale of countries“ (James, 1987: 398f). Eine Dekade später wurden bereits bedeutsame Erfolge in der Verbesserung der empirischen Datenbasis, vor allem hinsichtlich ökonomischer Kenngrößen zu Ausmaß, Struktur und Finanzierung durch das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project erzielt (Vgl. Priller; Zimmer 1999, Salamon; Anheier 1999; Anheier; Seibel 2001). Diese Phase kann als initiale Zündung der vergleichenden Nonprofit-Sektor-Forschung, heraus aus dem Schatten unbewusster und peripherer Erfassung durch amtliche Statistik sowie Bevölkerungsumfragen, verstanden werden. Auch in dieser Phase liegt die konzeptionelle Basis für eine Dauerbeobachtung drittsektoraler Aktivitäten in der amtlichen Statistik, angegliedert als Satellitenkonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (United Nations 2003).

Mit weiter steigendem Interesse am Konzept der Zivilgesellschaft seitens der Politik und international tätiger Organisationen wurden weitere neuere Messansätze seit Ende der 1990er Jahre eingeführt. Ausgewiesenes Ziel dieser Messansätze war die Erfassung und Integration sozialer Aspekte, um die vorrangig primär ökonomischen Befunde der vorangehenden Phase methodisch zu erweitern. So fällt

beispielsweise im Falle Deutschlands auch die Ersterhebung des Freiwilligensurveys (Rosenblatt 1999; Gensicke, Picot, Geiss 2006, sowie den Beitrag von Geiss in diesem Band) in diese Zeit, welche die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements optimaler zu erfassen suchte (vgl. Anheier, Spengler 2009, Alscher; Dathe, Priller, Speth 2009). Solch zusätzliche Datenpotentiale bedeuten zweifelsohne wichtige Grundlagen auf dem Weg zu einer Dauerbeobachtung von Zivilgesellschaft.

Johns-Hopkins-Comparative Nonprofitsector Project und das Satellitenkonto Dritter Sektor in Deutschland

Herausragende Bedeutung in der empirischen Erfassung des Dritten Sektors kann dem Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project zugemessen werden. Ziel dieses Projektes war und ist die beschreibende und analysierende Darstellung von Ausmaß, Struktur, Finanzierung sowie Rolle des privaten Nonprofit-Sektors in international vergleichender Perspektive. Dadurch können auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Angaben zu arbeitsmarktlicher, gesellschaftspolitischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung des Dritten Sektors getätigt werden. Die Intention dieses Projektes liegt im Aufbau nationaler Dauerbeobachtungssysteme durch die länderspezifische Implementierung eines „Satellitenkonto Nonprofit-Sektor“. Bislang wurden 41 Länder analysiert, davon 22 während der bis 1995 andauernden Implementierungsphase. Gegenwärtig werden auf unregelmäßiger Basis weitere Länder hinzugefügt. Hierzu dient das 2003 veröffentlichte „UN Handbook of Nonprofitinstitutions in the System of National Accounts“ als Grundlage (United Nations 2003), in welchem Erkenntnisse, Erfahrungen und Überlegungen der ersten beiden Projektphasen gebündelt sind.

Als konzeptionelle Grundlage dient die struktural-operationale Definition nach Salamon/Anheier, nach welcher diejenigen Organisationen dem Civil Society Sector zuzurechnen sind, "that are essentially private, i.e., outside the institutional structures of government; that are not primarily commercial and do not exist primarily to distribute profits to their directors or 'owners'; that are self-governing; and that people are free to join or support voluntarily" (Salamon; Anheier et al. 1999: 3f). Die charakterisierende Basis bildet eine organisationssoziologisch orientierte und ökonomisch verhaftete Definition.

Im Allgemeinen ist dieses Satellitenkonto lose an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung angelehnt und umfasst ökonomische Kennziffern wie bspw. Bruttolohn- und Gehaltssummen, Betriebskosten, Vorleistungen und investitive Kosten. Seit der Veröffentlichung des UN Handbuchs sucht die Methodik des Johns Hopkins Projektes den Anschluss an die internationalen Standards der Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnung (SNA 93¹, ESA 95²) mit ihren erweiterten Möglichkeiten für den Aufbau von Satellitenkonten. Trotz des gestiegenen politischen Interesses am Dritten Sektors bleibt jedoch der in den volkswirtschaftliche Standards benannte „NPISH (Nonprofitinstitutions serving households)-Sektor“ ein unterentwickelter Teil der Systems of National Accounts. In diesem Sektor, welcher den anderen institutionellen Sektoren Staat, Unternehmen und Haushalten gegenübersteht, werden nur Teile dessen quantifiziert, was im Allgemeinen unter Nonprofitsektor verstanden wird.

Die ökonomische Beschreibung des Nonprofit-Sektors folgt der Logik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in welcher wirtschaftliche Indikatoren wie Bruttowertschöpfung, Ausgaben oder Beschäftigungsverhältnisse auf Volkswirtschaftsniveau hoch aggregiert werden. Um die wirtschaftliche Aktivität der zivilgesellschaftlichen Organisationen differenzierter zu erfassen, wurde die so genannte ICNPO-Klassifizierung (International Classification of Nonprofit Organizations) entwickelt; denn auch wie bei Unternehmen des Marktes bietet eine Aufgliederung nach ‚Branchen‘ einen weitaus höheren Informationswert. Die ICNPO-Klassen (United Nations 2003, sowie Ebd., sowie Salamon; Anheier et al., 1999: 463ff) wurden auch unter explizitem Bezug internationaler Vergleichbarkeit entwickelt und beinhalten (1) Kultur und Freizeit, insbesondere Sportvereine, (2) Bildung und Forschung, (3) Gesundheit, (4) Soziale Dienste, (5) Umwelt- und Naturschutz, (6) Entwicklungsförderung, (7) Rechts- und Interessensvertretung und Politik, (8) Stiftungen und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (9) internationale Entwicklungshilfe, (10) Religionsgemeinschaften, (11) Berufs- und Wirtschaftsverbände, sowie Gewerkschaften und (12) sonstige nicht-klassifizierbare Organisationen.

Methodisch folgte die Johns-Hopkins Methodik einem quantifizierenden, eher maximalistischen Ansatz, der primär monetäre Kernvariablen, sowie Struktur-, Leistungs- und Leistungsvariablen in den Mittelpunkt der Systematik rückt:

¹ OECD 2009

² Eurostat 2009

Tabelle 1: Beispiele von Schlüsselvariablen und Maßeinheiten von Nonprofit-Institutionen der Johns Hopkins Methodik.

Monetäre Kernvariablen	Strukturvariablen	Ertrags- und Leistungsvariablen
<ul style="list-style-type: none"> • Markterträge • Erträge für eigene Endnutzung • Betriebskosten • Entgelte an Mitarbeiter • Löhne und Gehälter • soziale Arbeitnehmerbeiträge • Verbrauch von Anlagekapital • Einkommen aus Anlagevermögen • Zinsen • Kapitaltransfer • Private Philanthropie • Staatliche Förderung und Transfers • Soziale Transfers in Sachleistungen • Bruttoinvestitionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Juristische Personen, Anzahl • Bezahlte Beschäftigung, Anzahl und FTE • Freiwillige Beschäftigung, Anzahl und FTE • Mitglieder, Anzahl • Mitgliedschaften, Anzahl • Spenden 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausmaß materieller Leistungen und Erträge • Anteil der NPI's an Gesamtleistung und –erträge

Quelle: UN Handbook on Nonprofitinstitutions in the System of National Accounts, S. 45.

Für die 1996 durchgeführten Berechnungen für Deutschland wurde an der damaligen Klassifikation der Wirtschaftszweige angesetzt und durch Daten aus der Arbeitsstättenzählung, Sozialversicherungsstatistik, Arbeitsplatzkostenrechnung, sowie Auszügen aus Sonderverzeichnissen (zu Stiftungen, Privatschulen, Theatern etc.) und den Ergebnissen einer Sondererhebung (eine Organisationsbefragung zu Ehrenamtlichkeit und Spenden) angereichert. Das deutsche Johns Hopkins Projekt der 1990er, so kann man sagen, war eigentlich eine Beschäftigungsstatistik mit basalen Posten zu Ausgaben und Einnahmen des Nonprofit-Sektor. Die Ergebnisse zielten auf die Quantifizierung der drittsektoralen Beschäftigung, einschließlich ehrenamtlicher Tätigkeiten, wie auch auf eine Annäherung an die Bruttowertschöpfung ab (Salamon/Anheier et al. 1999).

Trotz allem bilden die im Rahmen des Johns Hopkins Projects erhobenen Zahlen nach wie vor für Deutschland die einzigen Zahlen ihrer Art zu Ausmaß und Bedeutung drittsektoraler Aktivitäten. Als Kernergebnis wurde der Nonprofit-Sektor in Deutschland 1996 als „major economic force“ bezeichnet, gestützt auf folgende Befunde (Vgl. Priller, Zimmer, Anheier et al., 1999: 100ff):

- Der deutsche Nonprofit-Sektor erwirtschaftet ein Äquivalent von 94 Mrd. US-Dollar (ohne religionsgemeinschaftliche Organisationen), was 3,9 % des Bruttoinlandsproduktes von 1995 bedeutet.
- Das Beschäftigungsvolumen von 1,44 Mio. Vollzeitäquivalenten entspricht 4,9 % der gesamten non-agrikulturellen Beschäftigten bzw. 11,6 % der gesamten Dienstleistungsbeschäftigten bzw. 30,4 % der öffentlich Beschäftigten.
- Die zusätzliche Arbeitskraft von Freiwilligen entspricht einer weiteren Million Vollzeitäquivalente.

- Der deutsche Nonprofit-Sektor ist – historisch durch Selbstverwaltung, Subsidiarität und Gemeinwirtschaft bedingt – dominiert von sozialen Dienstleistungen, in welcher 40 % aller Nonprofit-Beschäftigungsverhältnisse bestehen.
- Unter Hinzuziehung von freiwilliger Arbeit behalten die sozialen Dienstleistungen ihre dominante Position; jedoch verzeichnen expressive Bereiche der Zivilgesellschaft starke Zunahmen.
- Das Einkommen des deutschen Nonprofit-Sektors ist von öffentlicher Finanzierung dominiert (64,3 % der Einkommen), philanthropische Zuschüsse betragen 3,4 %. Nahezu ein Drittel stammt aus Einnahmen über Mitgliedsbeiträge (32,3 %).

Unter Bezugnahme auf historische Entwicklungen und Determinanten wird für Deutschland gefolgert, dass der Nonprofit-Sektor in seiner Größe und Komplexität das Artefakt der deutschen Vergangenheit ist, welche auf dezentraler Selbstverwaltung, Subsidiarität, Dezentralität und staatlicher Initiative beruht (Anheier; Seibel, 2001 sowie Anheier, 2005). Die Bereiche Kultur, Erholung, Sport und Umwelt bestehen überwiegend aus bürgerlichem Engagement. Im Gegensatz dazu weisen die Bereiche Gesundheit und soziale Dienstleistungen eine hohe Verzahnung mit der deutschen Wohlfahrtsstaatsinfrastruktur auf und werden primär durch Sozialversicherungsbeiträge und staatliche Zahlungen finanziert.

Die Informationsmöglichkeiten eines etablierten Nonprofit-Satellitenkontos liegen auf der Hand: Neben einer systematischen Berichterstattung zu ökonomischen Struktur und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der Nonprofit-Institutionen, entsteht eine verbesserte Betrachtung des Dritten Sektors innerhalb gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge sowie volkswirtschaftlicher Wertschöpfung. Eine bereichsspezifische Aufteilung des Nonprofit-Sektors in die ICNPO ermöglicht nicht nur internationale Vergleichsmöglichkeiten, sondern zudem auch differenzierte Analysemöglichkeiten zu Entwicklungstendenzen verschiedener Nonprofit-Segmente.

Jedoch benötigt die Erstellung, Aufbereitung und Bereinigung der benötigten Daten einen hohen Zeit- und Ressourcenaufwand. Sofern die Umsetzung nicht mit politischem Willen oder hochwertigen Zuordnungsalgorithmen gestützt wird, kann das finale Ziel einer validen und international vergleichbaren Dauerbeobachtung für den deutschen Nonprofit-Sektor nicht gewährleistet werden. So wurden in Deutschland die ökonomischen Kennziffern und Erkenntnisse von 1996 bislang weder in eine Dauerbeobachtung überführt noch ihre Datengrundlage aktualisiert.

In den Ländern, wo dies der Fall ist – bspw. in Neuseeland, Australien, Kanada, Belgien oder in der Tschechischen Republik –, werden politischen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Entscheidungsträgern qualitativ hochwertige Informationen auf regelmäßiger Basis zur Verfügung gestellt. Zweifelsfrei bedeutet die im Johns-Hopkins-Comparative Nonprofitsector Project geleistete

Pionierarbeit einen Meilenstein in der international vergleichenden Nonprofit-Forschung und verdient nicht nur durch die Setzung der ersten internationalen Standards in der Erfassung ökonomischer Dimensionen von Nonprofit-Sektoren würdigende Anerkennung.

Herausforderungen bei der Implementierung eines deutschen Satellitenkontos

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen, sowie auch des sich in der Machbarkeitsstudie befindlichen „Satellitenkontos Dritter Sektor“ im Rahmen des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“³, kann man guten Gewissens davon reden, dass gegenwärtig wichtige Schritte auf dem Weg zu einem umfassenden „Informationssystem Zivilgesellschaft“ geleistet werden.

Modul 1 von „Zivilgesellschaft in Zahlen“ hat sich den prototypischen Aufbau eines in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingebetteten „Satellitenkontos Dritter Sektor“ zum Ziel gesetzt. Durch diese Machbarkeitsstudie sollen die Grundlagen für eine künftige systematische und zeitnahe Dauerbeobachtung gelegt werden. Um zusätzlich zur ökonomischen Situation eine gesellschaftliche Beschreibung der Zivilgesellschaft in Deutschland anfertigen zu können, wird dieses prototypische „Satellitenkonto Dritter Sektor“ in anschließenden Projektmodulen konzeptionell und methodisch erweitert sowie mit zusätzlichen Datenquellen angereichert (vgl. Lier 2009).

Die grundlegenden Entscheidungen der Machbarkeitsstudie betreffen somit klare konzeptionelle Kriterien, welche eine eindeutige Zuordnung spezifischer Aktivitäten, Organisationen etc. zu der Zivilgesellschaft bzw. dem Dritten Sektor zugehörig ermöglichen. Um den Prototyp Wirklichkeit werden lassen zu können, müssen insbesondere deutsche Spezifika bei der konzeptionellen Grundsteinlegung mitgedacht und mitberücksichtigt werden. Vor allem ist dies wichtig, um relevante Organisationen von staatlichen und marktlichen Einheiten abzugrenzen, aber auch um eine methodisch abgesicherte, transparente und dauerhaft belastbare Datenquelle zu erstellen.

Hier kann man auf die Erfahrungen zurückgreifen, welche im Rahmen des Johns-Hopkins Projects gesammelt wurden. Durch die damaligen Arbeiten konnte ein Set an Kriterien identifiziert werden, welches abschließend in die strukturell-operationale Definition überführt wurde. Diese Definition konzentriert, so kann man sagen, die Erfahrungen vieler explorativer Länderstudien und konsolidiert diese in universale Kennzeichen von Nonprofit-Organisationen. Gebündelt wurden die Erkenntnisse in „UN Handbook of Nonprofitinstitutions in the System of National Accounts“ (United Nations 2003),

³ Im Rahmen des von der Bertelsmann Stiftung, der Fritz Thyssen Stiftung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragenen Gesamtprojektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ sorgt das CSI für die wissenschaftliche Begleitung und ergänzt die Kompetenzen der beteiligten Projektpartner in inhaltlichen und methodischen Fragen. Weitere Informationen unter www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de.

welches die methodische Anleitung für den Aufbau, Struktur und Inhalt eines sog. Satellitenkontos Nonprofit-Institutionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liefert.

Das Handbuch versteht sich als Antwort auf das wachsende Interesse von Statistikern, politischen Entscheidungsträgern und Sozialwissenschaftlern an Organisationen, die weder den institutionalisierten Sektoren Markt, Staat und Haushalte zuzurechnen sind. Bislang findet eine Zusammenfassung solcher Organisation in einem separat ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Sektor zwar nicht statt, jedoch ermöglichen die internationalen Systems of National Accounting (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)-Standards explizit die Anwendung von Satellitenkontos, wie dies bspw. beim Tourismus-Satellitenkonto oder der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) der Fall ist. Folgt man den Empfehlungen des „UN Handbook on Nonprofitinstitutions in the System of National Accounts“ werden Nonprofit-Organisationen charakterisiert durch fünf Kriterien, die weder die Zwecke noch die Finanzierung einer Organisation in der Vordergrund rücken, sondern auf ihre grundlegende Struktur und Arbeitsweise fokussieren (vgl. United Nations 2003: 18ff, sowie Anheier/Seibel, 2001: 20ff).

- Formal (Organisiertheit), d. h. gewissermaßen institutionalisiert. Wichtig hierbei ist das Vorhandensein einer institutionellen Wirklichkeit und formellen Organisiertheit. In einigen Ländern ist diese durch formale Konstituierung belegbar. Institutionelle Wirklichkeit kann aber auch auf andere Weise erzeugt werden, falls eine formale Vereins- oder Körperschaftsgründung nicht vollzogen wurde oder nicht möglich ist. Beispielsweise durch regelmäßige Sitzungen, Direktoren, Verfahrensregeln und langfristige Beständigkeit der Organisation. Lediglich ad hoc, formlose und temporäre Versammlungen von Menschen gelten nicht als Teil des gemeinnützigen Sektors im Sinne dieser Definition, obwohl sie in den Leben dieser eine wichtige Bedeutung haben können. Andernfalls wäre das Konzept des gemeinnützigen Sektors zu gestaltlos und ephemere, um es greif- und überprüfbar zu machen.
- Umverteilungsverbot (nonprofit distributing), d. h. die Nichtausschüttung von Gewinnen an die Mitglieder der Organisation. Gemeinnützige Organisationen können Profite in einem gegebenen Jahr ansammeln, müssen aber diese Profite in die Mission der Organisation reinvestieren. Sie werden nicht an die „Inhaber“, „Eigentümer“ oder Direktoren der Organisation verteilt. In diesem Sinne sind gemeinnützige Organisationen private Organisationen, die nicht primär dazu existieren Profite zu erzeugen. Dies differenziert Nonprofit-Organisationen von anderen Organisationen des privaten Sektors – den Unternehmen.
- Privat (nicht Teil des Staates), d. h. institutionell getrennt vom Staat. Gemeinnützige Organisationen sind weder ein Teil des Regierungs- und Verwaltungsapparates, noch werden sie durch diese gesteuert. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie möglicherweise nicht bedeutende

Regierungsunterstützung empfangen können oder dass keine Regierungsbeamten in ihren Aufsichtsgremien sitzen können. Entscheidend ist, dass gemeinnützige Organisationen grundlegend in ihrer Struktur private, eigenständig operierende und entscheidende Organisationen sind.

- Selbstverwaltend (self governing) d. h. Gemeinnützige Organisationen verwalten und steuern ihre Tätigkeiten selbst. Sie haben ihre eigenen internen Verfahren der Steuerung und werden nicht von Außenstehenden gesteuert.
- Freiwillig, bzw. kein Zwangsverband (non compulsory), d. h. Die ehrenamtliche Arbeit, die Einbeziehung und Partizipation von Freiwilligen, entweder in die tatsächliche Arbeit oder in das Management der Organisation, ist ein wesentlicher Bestandteil der gemeinnützigen Organisationen. Dies bedeutet nicht, dass das gesamte oder der Großteil des Einkommens aus Freiwilligenarbeit stammt, oder dass die Mehrzahl der Belegschaft aus Freiwilligen rekrutiert wird. Schon das Vorhandensein irgendeiner Form von ehrenamtlichem Engagement, selbst wenn es sich dabei nur um ein ehrenamtliches Gremium handelt, reicht aus, um eine Organisation als „freiwillig“ zu qualifizieren.

Die Umsetzung und Anwendung dieser recht einfach klingenden Definition für deutsche Verhältnisse gestaltet sich jedoch weitaus schwieriger, denn es besteht eine Vielzahl an Grenzfällen, Zuordnungsproblemen und bedeutsamen Kontextaspekten. Die wichtigsten sollen in der Folge kurz skizziert werden⁴.

Fragt man nach Daten zum Dritten Sektor, so findet man sich nicht nur schnell in der Komplexität des deutschen föderalen *Verwaltungs- und Berichtswesens* wieder, welche auf staatliche wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen ausstrahlt. Oftmals werden dort erfasste und für ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“ bedeutsame Daten in unregelmäßigen Abständen, in unterschiedlichen Qualitäten und Zugangsmöglichkeiten erhoben. Vor allem im Bereich amtlicher Daten erscheint eine komplizierte rechtliche Situation, basierend auf der rechtlichen Kompetenzteilung zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Durch die *föderale Struktur der Datenerfassung* finden teilweise wichtige Informationstransfers aufgrund rechtlicher Restriktionen nicht statt und müssen separiert voneinander in ein Satellitenkonto bzw. „Informationssystem Zivilgesellschaft“ überführt werden.

Auch bedarf es der Kompetenz im Umgang mit den unterschiedlichen in Deutschland angewandten *Rechtssystemen*, deren Kenntnis vor allem bei der Identifikation und Klassifikation von Nonprofit-Organisationen wichtig und notwendig ist. Von besonderem Interesse sind neben Verwaltungsrecht

⁴ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Anheier/Seibel 2001, in welcher die Grenzlinien nochmals konkretisiert dargestellt werden.

(für Anstalten/Gebietskörperschaften), das Bürgerliche Recht (mit Bezügen zum Gesellschaftsrecht, Körperschaftsrecht und mehreren speziellen Einzelgebieten wie Stiftungs- und Vereinsrecht), sowie Aspekte des Steuerrechts (Abgabenordnung und Gemeinnützigkeitsrecht). Ferner zu berücksichtigen sind relevante Teile der deutschen Sozialgesetzgebung und des Kirchenrechtes, die Eingang in eine konzeptionelle Fundierung finden müssen.

Auch finden aus dem staatlichen Verwaltungsbereich *komplexe Finanzflüsse* in den Nonprofit-Sektor statt. Gerade diese zu erfassen, sucht das Konzept des Satellitenkontos. Die Kompetenzenteilung zwischen Bundes-, Landes-, und Kommunalebene verstärken diese abzubildende Komplexität durch multiple Finanzquellen. Auch müssen Transferzahlungen der Sozialversicherungssysteme und vieler weiterer Sonderanstalten in den Blick genommen werden.

Ein weiteres deutsches Spezifikum rekurriert auf die hochentwickelte *politische Parteienlandschaft* mit ihren Vorfeldorganisationen. Dieses ist geprägt von einer engen Verzahnung von Politik und Interessensverbänden, den politischen Stiftungen, den Anstalten für politische Bildung wie auch Think-Tanks. Dies erzeugt weitere Komplexität bei der Betrachtung relevanter Finanzströme an Nonprofit-Organisationen durch die Parteienfinanzierung und Alimentierung durch öffentliche Haushalte.

Bei der Abgrenzung zur *Wirtschaft* bestehen auch spezifische Überschneidungen. Auch hier finden wir ein hochentwickeltes deutsches Verbandssystem wieder, bestehend aus einer Vielzahl an Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Berufsvereinigungen und -genossenschaften, wie auch die selbstverwalteten Kammern. Unter gewissen Vorzeichen könnten weiterhin auch Einrichtungen mit institutionalisierter Gemeinwohl-Orientierung in Betracht gezogen werden, wie dies bspw. bei den Sparkassen der Fall sein könnte.

Das historisch gewachsene Prinzip der *Subsidiarität* erzeugt eine Sonderstellung der freien Wohlfahrtsverbände, die etwa 2/3 der wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Nonprofit-Sektors ausmachen. Komplexe organisatorische Trägerstrukturen und -gebilde mit hoher Ausdifferenzierung, aber auch weitestgehend unterentwickelter Berichterstattung zu relevanten Statistiken sind im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege vorherrschend. Zudem finden komplexe, sich aus Kirchensteuer, Sozialversicherungsbeiträgen und Spenden speisende, Finanzierungsströme statt.

Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit eigenem Rechts- und Steuersystem (Kirchenrecht) und entsprechenden Institutionen (Verwaltung, Steuerrecht), sowie als Teil des nicht profit-orientierten Sektors, sind im Falle Deutschland unzureichend systematisch erfasst und hinsichtlich ihrer ökonomischen Relevanz kaum bewertet.

Beschäftigung, verstanden als volkswirtschaftlich bedeutsame Variable zur Beschreibung des ökonomischen Ausmaßes drittsektoraler Aktivitäten, steht neben der Messung von Finanzierungs-

strömen im Mittelpunkt der Methodik des UN Handbuchs. Tendenziell sind drittsektorale Organisationen von geringer gewerkschaftlicher Durchdringung gekennzeichnet. Freiwillig geleistete Arbeit durch Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in unterschiedlichem Ausmaß ist ebenso typisches Merkmal drittsektoraler Organisationen; einige bestehen gänzlich aus ihnen. Zivildienstleistende (bzw. Freiwilliges Soziales Jahr) und Übungsleiter ergänzen das Spektrum von unbezahlter über geringfügig bis voll bezahlter Arbeit. Zudem kann vor dem Hintergrund von Globalisierung, Wertewandel sowie Ausdifferenzierung von Lebensstilen von einer zunehmend heterogeneren Gesellschaft gesprochen werden, welche weitaus komplexere Motivationen für und Bedürfnisse nach zivilgesellschaftlicher Aktivität besitzt.

Ausblick

Zusammengenommen besitzt die gegenwärtige deutsche Datenlandschaft zur Zivilgesellschaft zwar Potentiale in amtlicher Statistik, verschiedenen Umfragen, sowie auch Datenquellen drittsektoraler Organisationen. Jedoch konnte bis heute nur in einigen wenigen Themengebieten eine systematische Erfassung, Strukturierung und Darstellung wesentlicher Aspekte des Nonprofit-Sektors in seiner vorhandenen Komplexität dauerhaft installiert werden (vgl. vor allem die Beiträge in diesem Sammelband). Dies mag zum einen der relativ späten ‚Entdeckung‘ der Zivilgesellschaft bzw. des Dritten Sektors, und der damit einhergehenden anhaltenden ‚Zwei-Sektoren-Sichtweise‘ (auch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) geschuldet sein. Zum anderen fehlte bislang der politische Wille zu Gesetzen, welche den Auftrag zur Sammlung und Aufbereitung drittsektoraler Daten durch öffentliche Stellen erteilte. Eine nachhaltig installierte, gesicherte und belastbare Ergebnisse produzierende Dauerberichterstattung Zivilgesellschaft braucht neben dem zugehörigen politischen Auftrag durchdachte Grundüberlegungen zu konzeptionellen Abgrenzungsfragen.

Jedoch ist die im UN Handbuch vorgeschlagene Methodik auf ökonomische Kenngrößen konzentriert, vornehmlich im Bereich der Finanzierung und Beschäftigung, und weniger auf soziale Beiträge und die gesellschaftliche Rolle des Dritten Sektors. Kaum oder gar nicht werden nicht-ökonomische (bspw. Sozialkapitalbildung) und individuelle Aspekte (Integration, Lebenszufriedenheit) betrachtet.

Notwendig ist daher die Verbindung eines dauerhaft sicherzustellenden Satellitenkontos Dritter Sektor mit erweiterter Sozialberichterstattung, welche ökonomische, soziale, kulturelle und politische Aspekte mit einbezieht. Also eine erweiterte Perspektive, die auf einer volkswirtschaftlichen Betrachtungslogik aufbaut. Hieran könnten soziale Investitionsrechnungen anknüpfen, welche Antwort auf die Frage liefern, welche privaten Beiträge Gesellschaften in ihrer Zukunft investieren. Als Grundlage weiterer Entwicklungen – und Kern einer zukünftigen Sozial-

berichterstattung zur deutschen und europäischen Zivilgesellschaft – ist und bleibt in der Tat die Installation des Satellitenkontos unabdingbar. Kurzfristig würden dadurch nicht nur bessere Drittsektordaten bereitgestellt werden, sondern auch verbesserte Komponenten einer modernen Wirtschafts- und Sozialstatistik überhaupt. Mittel- und langfristig können durch erzeugte empirische Befunde zur Bedeutung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten Vorzeichen gesetzt werden, die weitere Umsetzungspotentiale für Beobachtungsleistungen freisetzen werden.

Literatur

- Alscher, M.; Dathe, D.; Priller, E.; Speth, R. (2009): „Bericht zu Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“. Berlin.
- Anheier, H.K.; Seibel, W. (2001): *The Nonprofitsector in Germany: Between State, Economy and Society*. Palgrave. New York.
- Anheier, H.K.; Salamon, L.M. (2006): „The Nonprofit Sector in Comparative Perspective“. Powell, W.W.; Steinberg, R. (Hrsg.) (2006): *“The Nonprofit Sector: A Research Handbook”*. Yale University Press. Yale.
- Eurostat (2009): *“European Systems of Accounts 95”*. Online verfügbar: <http://circa.europa.eu/irc/dsis/nfaccount/-info/data/ESA95/ESA95-new.htm>.
- Gensicke, T.; Picot, S.; Geiss, S. (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*. Repräsentative Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. TNS Infratest Sozialforschung München 2006. Ca. 400 Seiten. Erscheint im September 2006 im VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Berichte bereits über Internet-PDF erhältlich (*Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*).
- James, E. (1987): *“The Nonprofitsector in Comparative Perspective”*. Powell, W.W. (Hrsg.): *“The Nonprofit Sector: A Research Handbook”*. Yale University Press. New Haven.
- Lier, J. (2009): *„Zivilgesellschaft in Zahlen. Oder: Wissen wir eigentlich genau, worüber wir sprechen?“*. BBE-Newsletter 19/2009. Online verfügbar: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/09/nl19_liier.pdf.
- OECD (2009): *“Systems of Nations Accounts 1993”*. Online verfügbar: <http://unstats.un.org/unsd/sna1993/-toctop.asp>.
- Priller, E.; Zimmer, A.; Anheier, H.K.; Toepler, S.; Salamon, L.M. (1999): *„Germany: Unification and Change“*. Salamon et al.: *“Global Civil Society: Dimensions of the Nonprofit Sector”*. MD Johns Hopkins. Baltimore.
- Rosenblatt, B.v. (1999): *Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Überblick über die Ergebnisse*. Repräsentative Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Salamon, L.M.; Anheier, H.K. et al. (Hrsg.) (1999): *“Civil Society in Comparative Perspective”*. Salamon, L.M.; Anheier, H.K. et al. (Hrsg.): *„Global civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector“*. Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. Baltimore.
- Salamon, L.M.; Sokolowski, S.W.; Associates (Hrsg.) (2004): *Global Civil Society. Volume 2. Dimensions of the Nonprofit Sector*. Bloomfield: Kumarian Press.
- Salamon, L.M.; Sokolowski, S.W. (2004): *Measuring Civil Society: the Johns Hopkins Global Civil Society Index*. Salamon, L.M.; Sokolowski, S.W. & Associate (Hrsg.): *Global Civil Society. Volume 2. Dimensions of the Nonprofit Sector*, S. 3-60. Bloomfield. Kumarian Press.
- United Nations (Hrsg.) (2003): *“Handbook on Non-Profit Institutions in the System of National Accounts”*. UN. New York.

Der Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland – Erfahrungen, Erkenntnisse und Herausforderungen

Kaum ein Thema hat die Politik, die Öffentlichkeit und die Wissenschaften in den letzten Jahren so bewegt wie die facettenreichen Konzepte von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft. Diese Konjunktur, in Deutschland wie international, hat verschiedene Ursachen. Vor allem aber ist sie auf aktuelle Gesellschaftsentwicklungen zurückzuführen: Zunehmende Individualisierung, soziale Desintegration, Verlust sozialer Bindungen, geringer werdendes Interesse an Politik und das Schwinden der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme.

Angesichts der heute allein in Deutschland rund 600.000 eingetragenen Vereine, der über 16.000 Stiftungen, der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in anderen Rechtsformen und des Engagements, das auch in weniger formalisierten Projekten, nachbarschaftlichen Initiativen oder darüber hinausgehend erfolgt, hat sich dies grundlegend verändert: Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Selbstorganisation und ihr finanzieller wie nichtmaterieller Beitrag (Zeit, Energie, Ideen) für gemeinschaftliche und gesellschaftliche Belange werden als Ausdruck einer vitalen Zivilgesellschaft und als Grundlage für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft angesehen.

Obwohl zunehmend mehr Daten zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Ausprägung der Zivilgesellschaft zur Verfügung stehen, sind die vorhandenen Datenlücken beträchtlich und die Datenqualität stark eingeschränkt. Die meisten Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Zivilgesellschaft in Deutschland gehen von einer Betrachtung aus, die den individuellen Beitrag der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen erhebt und analysiert. Stellvertretend sind der Freiwilligensurvey oder das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) zu nennen. Beide Erhebungen haben einen besonderen Stellenwert – der Freiwilligensurvey wegen der Breite und Tiefe der Untersuchung, das SOEP aufgrund der langen Zeitreihe, für die es Daten zum Engagement liefert. Gleichzeitig bleiben beide Basiserhebungen in ihrer Betrachtung und Aussage beschränkt.

Der Expertenbericht „Zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ wählte deshalb einen anderen Ausgangspunkt. Dieser Bericht, der im Rahmen der

Initiative ZivilEngagement „Miteinander – füreinander“ erstellt wurde, verfolgt das Ziel, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Engagements zu geben. Er bezieht dabei unterschiedliche Datenquellen ein: Insgesamt sind es 23 Datensätze bzw. Untersuchungen, die sekundäranalytisch verwertet wurden. Neben dem Freiwilligensurvey und dem SOEP sind es Erhebungen wie der European Social Survey oder der Survey of Health, Aging and Retirement in Europe. Auch Studien wie der Familienbericht, der Altenbericht oder der Kinder- und Jugendbericht wurden einbezogen. Der Engagementbericht beschränkt sich in einer komplexen Herangehensweise nicht auf das formelle Engagement, das in den zivilgesellschaftlichen Organisationen und in den Beteiligungsformen im Rahmen staatlicher Institutionen existiert. Einbezogen wird auch das informelle Engagement, das in Netzwerken zur Hilfe und Unterstützung in der Nachbarschaft, im Freundeskreis oder auf anderen Ebenen geleistet wird. In seiner Sicht auf übergreifende Probleme und deren Lösung ist er als Vorläufer einer umfassenden wissenschaftlichen Berichterstattung zu sehen, mit deren regelmäßiger Durchführung – einmal pro Legislaturperiode – der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt hat.

Die Ziele des Berichts

- Erstens bilanziert er den Ist-Zustand und gibt damit einen Überblick über die Entwicklung und gegenwärtige Situation des Engagements in Deutschland. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Darstellung des Engagements im Kontext der Familie, denn dieses Themenfeld stand bislang nicht im Blickfeld der Engagementforschung. Der Bericht geht speziell auf Fragen ein, welchen Beitrag das Engagement unter den Bedingungen des demographischen Wandels leisten kann und wie die Rahmenbedingungen für Engagement zu verbessern sind. Es wird untersucht, ob die Zahl der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu- oder abnimmt und inwiefern sich das Engagement über die Zeit in andere Bereiche verlagert.
- Zweitens werden zukünftige Aufgabenfelder sowie allgemeine Entwicklungstrends und -potenziale des bürgerschaftlichen Engagements aufgezeigt.
- Drittens entwickelt der Bericht Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und die künftige Forschung zum Engagement.

Entsprechend den Zielstellungen gliedert sich der Bericht in fünf Kapitel. Im ersten Kapitel – „Ausgangspunkte und methodische Grundlagen“ – wird auf die gesellschaftlichen Veränderungen eingegangen, die dem bürgerschaftlichen Engagement eine hohe Aktualität verleihen. Gleichzeitig werden die unterschiedlichen Kontexte und Aufgabenbereiche erörtert, in denen an das Engagement besondere Erwartungen gestellt werden. Schließlich vermittelt dieses Kapitel einen Überblick zur

Herangehensweise, zu den einbezogenen empirischen Untersuchungen und zu vorhandenen methodischen Problemen.

Das zweite Kapitel – „Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements“ – betrachtet einerseits das individuelle Engagement und andererseits den Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen als wichtigen infrastrukturellen Rahmen. Die differenzierten Analysen nach Engagementbereichen und -formen, sozioökonomischen und demographischen Merkmalen sowie nach unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen verdeutlichen die starke Heterogenität und Differenziertheit des Engagements. Wichtige Aspekte sind dabei Vereinbarkeitsproblematiken von Beruf, Familie und Engagement, das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Engagement sowie Fragen der künftigen Engagemententwicklung.

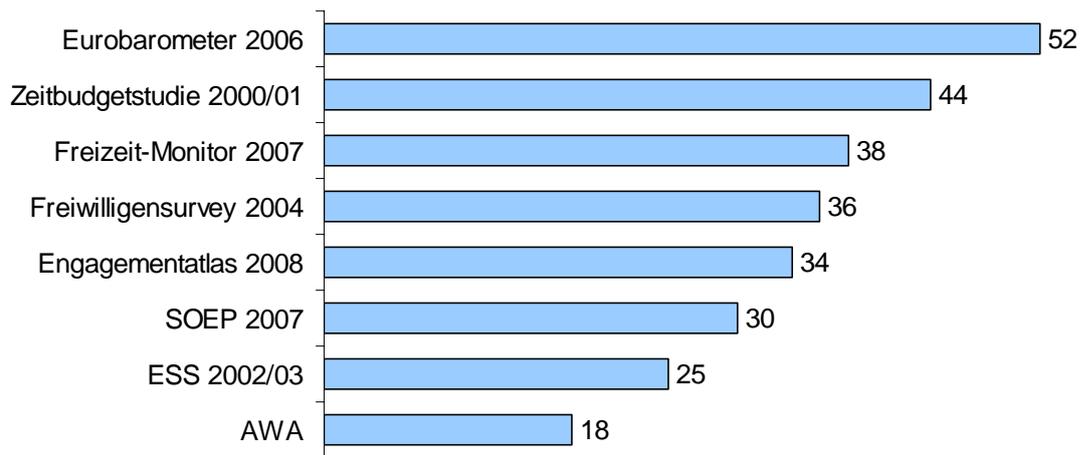
Das dritte Kapitel – „Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Unterstützungsformen“ – konzentriert sich auf die Zusammenhänge zwischen Familien und Engagement in den Feldern Fürsorge und Pflege. Im Zentrum stehen dabei die jeweils vorhandenen Engagementleistungen hinsichtlich Umfang und inhaltlicher Ausrichtung. Ausgangspunkt ist die Ermittlung konkreter Bedarfe und Problemlagen von Familien und älteren Menschen. Neben Analysen zu den familienunterstützenden Angeboten, die an zivilgesellschaftliche Organisationen gebunden sind, wird das informelle Engagement, das durch Nachbarn, Freunde und Bekannte geleistet wird, in diesem Kapitel besonders berücksichtigt. Zugleich wird Familie als wichtige Ressource für den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet.

Das vierte Kapitel – „Engagementpolitik“ – untersucht den aktuellen Stand der Engagementpolitik auf den föderalen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen und entwickelt Vorschläge sowie Handlungsempfehlungen für die Akteure in diesem Politikfeld: Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft. Die Grundlagen bilden die im zweiten Kapitel herausgearbeiteten Tendenzen und die Lage des Engagements sowie die Ergebnisse des dritten Kapitels zum Engagement im Kontext von Familie.

Im abschließenden fünften Kapitel – „Forschung für künftige Engagementberichterstattung“ – wird aufgezeigt, wie derzeit noch vorhandene Defizite an empirischen Daten zu beheben sind und wie eine künftige Forschungsinfrastruktur aussehen soll.

Eine Hauptaussage des Berichts lautet, dass nach Einbeziehung unterschiedlicher Datenquellen das individuelle Engagement in Deutschland ansteigt und ein beachtliches Niveau erreicht hat. Gleichzeitig sind die Angaben zum Anteil der Bevölkerung, der sich engagiert (Engagementquote), je nach Untersuchung recht unterschiedlich; sie schwanken zwischen 25 Prozent im European Social Survey und 52 Prozent im Eurobarometer (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Engagementquoten in Deutschland nach unterschiedlichen Erhebungen (in %).



Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; SOEP 24; ESS 2002/2003; eigene Berechnungen.

Quellen: Eurobarometer (European Commission 2007); Zeitbudgetstudie (BMFSFJ/Statistisches Bundesamt 2003); Freizeit-Monitor (BAT Stiftung für Zukunftsfragen 2008); AWA-Institut für Demoskopie Allensbach 2008; Engagementatlas (Prognos/Generali 2009).

Die vorliegenden Ergebnisse machen gleichzeitig deutlich, dass gegenwärtig noch beträchtliche Lücken und Defizite hinsichtlich des Wissens und der Daten zum bürgerschaftlichen Engagement bestehen. Sie beeinträchtigen die Zeichnung eines konturenscharfen und differenzierten Bildes des Engagements. Eine verbesserte und belastbare Datenbasis und eine regelmäßige Berichterstattung können dazu beitragen, Anstöße dafür zu geben, dass die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft noch erfolgreicher genutzt werden.

Eine Bilanz zur Aussagekraft vorhandener Analysen zeigt, dass – bis auf wenige Ausnahmen – nur wenige Untersuchungen verfügbar sind, die sich der Engagementthematik in der Tiefe widmen. Zumeist beschränken sich vorliegende Erhebungen auf Einzelaspekte zum Engagement oder werden nur am Rande behandelt. Häufig sind lediglich Angaben zu traditionellen Bereichen oder zu ausgewählten Gesichtspunkten des bürgerschaftlichen Engagements ausgewiesen; zu anderen Gebieten, beispielsweise neu entstehenden Engagementfeldern, fehlen Daten gänzlich. Dies belegt, dass die nutzbare empirische Datenbasis in Deutschland trotz zahlreicher Untersuchungen noch immer recht schmal ist. Hinzu kommt, dass sich die Untersuchungsergebnisse stark unterscheiden und sich deshalb die Frage stellt, ob die bislang verwendeten Indikatoren den Sachverhalt richtig abbilden.

Die wissenschaftliche Berichterstattung muss daher verstärkt mit einer Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung zu diesem Thema einhergehen, was sich in einer entsprechenden Qualifizierung der Datenbasis und einer Verbesserung der Aussagefähigkeit der Erhebungen niederschlagen hat. Die Datenlage erweist sich besonders kompliziert, da die abzubildenden Bereiche

eine spezielle Handlungslogik, eigene Funktionen und spezifische organisatorische Strukturen aufweisen. Dies fand bislang nur in einem geringen Maße Aufmerksamkeit.

Übersicht zur Verbesserung der wissenschaftlichen Bearbeitung der Engagementthematik:

- Erweiterung der Datenbasis, auch in Kooperation mit der amtlichen Statistik (Mikrozensus)
- Neue theoretische Modelle (stärkere Einbeziehung des informelles Engagement)
- Schärfung der Begrifflichkeiten (Freiwilligkeit, Unentgeltlichkeit, Gemeinwohlausrichtung)
- Stärkere Differenzierung der Engagementfelder
- Methodische Forschungs- und Entwicklungsarbeit
- Ausbau der Forschungsinfrastruktur (nationales System der Datensammlung)

Eine künftige Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Zivilgesellschaft ist auf eine zuverlässige, belastbare und widerspruchslose Datenbasis angewiesen. Benötigt werden von den Fallzahlen her ausreichende und thematisch hinreichend differenzierte Ergebnisse. Diese müssen die aktuelle Engagementsituation abbilden und zugleich Entwicklungen und Veränderungen des Engagements differenziert darstellen. Es ist nicht nur zu analysieren, inwiefern sich die einzelnen Untersuchungen unterscheiden, sondern auch warum. Es gilt dabei zu prüfen, welchen Einfluss die jeweilige methodische Herangehensweise hat und welchen Kriterien die ihnen zugrunde liegenden Ansätze genügen.

Zur Verbesserung der Datensituation ist die Engagementthematik stärker in das amtliche statistische System zu integrieren. Konkret ist zu überlegen, wie ein Frageprogramm in den Mikrozensus zu integrieren oder ein gesondertes Modul zum Engagement anzufügen ist. Vorteile der Einbindung in den Mikrozensus wäre eine Anhebung der zur Verfügung stehenden Fallzahlen, die zum Teil erst vielfältige und differenzierte Analysen ermöglichen. Es ließe sich also ein dauerhafter Grundstock gesicherter und belastbarer Daten erstellen. Darüber hinaus bestehende Datendefizite, die einzelne Bereiche und vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen betreffen, sind durch spezielle empirische Erhebungen zu schließen. Um eine langfristige Dauerbeobachtung der Zivilgesellschaft in Deutschland zu etablieren, sind dabei neben den Daten der amtlichen Statistik Angaben der zivilgesellschaftlichen Organisationen und des Staates (Ministerien) sowie weitere Datenbestände von Institutionen, Einrichtungen und der Wissenschaft einzubeziehen. Gleichzeitig bedarf es, um die Datensituation durchgreifend zu verbessern, künftig einer verstärkten Koordinierung bei der Datenerhebung und bei der Zusammenführung unterschiedlicher Datenbestände. Dies lässt sich durch den Ausbau der Forschungsinfrastruktur sowie durch ein nationales System der Datensammlung erreichen.

Insgesamt gilt es künftig noch stärker zu berücksichtigen, dass das empirische Forschungsinteresse zur Zivilgesellschaft und zum bürgerschaftlichen Engagement sich auf drei Ebenen bezieht: Auf der Makroebene wird die Gesamtheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen als Bereich oder Sektor analysiert. Auf der Mesoebene richtet sich der Blick auf die Organisationen, ihre spezifischen Tätigkeiten und ihr Funktionieren. Schließlich wird auf der Mikroebene die Aktivität der Bürgerinnen und Bürger in und für diese Organisationen untersucht. Als Stichworte seien hier Mitgliedschaft, Ehrenamtlichkeit und Spendenverhalten genannt.

Der Freiwilligensurvey als Teil eines nationalen „Informationssystems Zivilgesellschaft“

Hintergründe zum Freiwilligensurvey

Ausgangspunkt des Freiwilligensurveys war eine Große Anfrage an den Bundestag aus dem Jahre 1996, die wie folgt beantwortet wurde: „Die Recherchen (...) ergaben, dass systematische, alle Bereiche und das ganze soziale Spektrum der ehrenamtlichen Tätigkeit abdeckende Untersuchungen derzeit nicht vorliegen.“⁵ In der Folge erhielt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) den Auftrag, ein Instrument zur Gewinnung verallgemeinerbarer und detaillierter Informationen zu schaffen, welche die zivilgesellschaftliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sichtbar machen sollen und zwar über die traditionelle Vorstellung des „Ehrenamtes“ hinaus. Es entstand das Projekt des Freiwilligensurveys (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement), für das vom „Projektverbund Freiwilligensurvey“ unter Federführung von Infratest Sozialforschung ein neues Konzept entwickelt wurde.⁶ Bereits in der Phase der Konzeption wurde ein wissenschaftlicher Projektbeirat gebildet, der das Projekt von Anfang an begleitete.

Die Ergebnisse des ersten Freiwilligensurveys, die in einem umfangreichen Berichtswerk veröffentlicht wurden, führten zu einer Wende in der Diskussion über das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Die öffentliche Debatte über die Zivilgesellschaft war bis dato aufgrund eines bruchstückhaften Informationsstandes geprägt von Besorgnis über ein im internationalen Vergleich niedriges Engagement in Deutschland und einen angeblichen Rückgang des Engagements, ja mehr noch eine „Krise des Ehrenamtes“. Der erste Freiwilligensurvey trug wesentlich dazu bei, diese Debatte zu versachlichen. Es konnte gezeigt werden, dass sich die Deutschen in großem Umfang und in vielen organisatorischen Zusammenhängen außerhalb von Familie und Beruf öffentlich beteiligen und darüber hinaus ca. ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger dauerhaft freiwillige und ehrenamtliche Aufgaben übernehmen.

⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1996: S. 2.

⁶ Diesem Verbund gehörten TNS Infratest Sozialforschung München (Bernhard von Rosenblatt, Sibylle Picot, Karen Blanke), das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (Helmut Klages, Thomas Gensicke), ISAB Köln (Joachim Braun, Günter Abt, Ulrich Brendgens) sowie das IES Hannover (Johanna Zierau). Vgl. zur Erstberichterstattung Rosenblatt 2001; Klages, Braun 2001; Picot 2001.

Mit der Wiederholung des gleichen Untersuchungsansatzes durch den zweiten Freiwilligensurvey und vergleichbaren Erhebungsmethoden und Fragestellungen wurden im Jahr 2004 Vergleichszahlen ermittelt. Es stellte sich heraus, dass das freiwillige Engagement und vor allem die Bereitschaft zum Engagement zugenommen hatten, stärker besonders in den älteren Bevölkerungsgruppen und in Ostdeutschland.

Der dritte Freiwilligensurvey steht sowohl methodisch als auch inhaltlich in der Tradition der ersten beiden Freiwilligensurveys. Die Fallzahl konnte jedoch durch das Engagement des Bundes, zweier Bundesländer und zweier Kommunen, des Zukunftfonds der Generali Holding AG sowie der Bertelsmann Stiftung von 15.000 Fällen 2004 auf 22.000 repräsentative Telefoninterviews erhöht werden. Detaillierte Analysen (z. B. Kohortenanalysen) über einen Zeitraum von 10 Jahren sind nunmehr möglich. Zusätzlich zur Berichterstattung auf Bundesebene und zu den Länderstudien erstellt TNS Infratest Sozialforschung 2009 erstmals zwei Kommunalstudien in Augsburg und Offenbach. Mit je 1.000 Fällen je Kommune bzw. Landkreis stehen ausreichend Fälle für eine detaillierte Auswertung zur Verfügung.

Welche Informationen liefert der Freiwilligensurvey?

Der Freiwilligensurvey zeichnet ein breites Bild vom freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Neben Informationen zu familiären und informellen Netzwerken geben alle Befragten Auskunft über ihr politisches Interesse und politische Aktivitäten sowie Kirchengliederung. Kernstück ist die Erfassung des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements. Engagierte werden intensiv zu ihrer (zeitaufwändigsten) Tätigkeit befragt. Die Studie liefert u. a. detaillierte Informationen über das Wo und Wie dieses Engagements, seine Motive, wie es zustande kam und unter welchen Bedingungen es stattfindet, wo die Engagierten Probleme, Hindernisse und Förderbedarf sehen. Außerdem erhebt die Studie auch Daten zur „Engagementgeschichte“ von ehemals Engagierten und zur Engagementbereitschaft derzeit nicht Engagierter und zur Bereitschaft der bereits Engagierten zusätzliche Tätigkeiten und Aufgaben zu übernehmen. Das Interview, das für Engagierte im Schnitt 35 Minuten⁷ in Anspruch nimmt, endet mit soziodemografischen Fragen, der Erfassung des Migrationshintergrundes sowie allgemeinen Wertorientierungen. Ausgewählte Ergebnisse des 2. Freiwilligensurveys werden im nächsten Punkt dargestellt⁸.

⁷ Die durchschnittliche Interviewzeit liegt für alle Befragten bei 20 Minuten, wobei freiwillig engagierte Befragte deutlich länger (ca. 35 Minuten) Auskunft gaben als nicht Engagierte (ca. 15 Minuten).

⁸ Zur offiziellen Berichterstattung des 2. Freiwilligensurveys siehe Literaturliste im Anhang.

Zentrale Ergebnisse des 2. Freiwilligensurveys

Mit der zweiten Erhebung zum freiwilligen Engagement in Deutschland 2004 konnten erstmals Trendergebnisse über einen 5-Jahreszeitraum analysiert werden. So war der Anteil der freiwillig Engagierten in Deutschland von 34 % 1999 auf 36 % im Jahr 2004 gestiegen. Darüber hinaus war ein gutes Drittel der Menschen gemeinschaftlich aktiv ohne freiwillig engagiert zu sein (z. B. aktiv im Sportverein, im Chor usw.). Das bedeutet, dass 70 % der Bürgerinnen und Bürger jenseits von Familie und Beruf in einen gesellschaftlichen Kontext eingebunden waren.

Die Engagementbeteiligung ist in mehreren Bevölkerungsgruppen überproportional angestiegen. Zum einen hatten ältere Menschen ab 60 Jahren deutlich häufiger als 1999 eine freiwillige Tätigkeit übernommen (1999: 26 %; 2004: 30 %). Außerdem bekundeten mehr ältere (bisher nicht engagierte) Menschen ein grundsätzliches Interesse an der Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit. Besonders stark hat die Engagementbeteiligung unter jüngeren Senioren im Alter zwischen 60 und 69 Jahren zugenommen (von 31 % auf 37 %). Sehr häufig lassen sich die freiwilligen Tätigkeiten der älteren Menschen in die Engagementbereiche „Soziales“ oder „Kirche und Religion“ verorten.

Auch Frauen, darunter besonders erwerbstätige Frauen, hatten 2004 deutlich häufiger eine freiwillige Tätigkeit ausgeübt als 1999 (1999: 31 %; 2004: 37 %). Erfreulich war außerdem, dass Arbeitslose verstärkt freiwillig engagiert waren (1999: 23 %, 2004: 27 %) und zusätzlich ein steigendes Interesse an der Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit äußerten. Darin drückt sich auch ein Anspruch auf gesellschaftliche Beteiligung und Interessenvertretung aus. Das freiwillige Engagement nahm auch in den ostdeutschen Ländern zu (insbesondere im Raum Berlin-Brandenburg) zu (1999: 28 %, 2004: 31 %). Dort ist es häufiger als in Westdeutschland der Eigeninitiative der Menschen zu verdanken, dass sie eine freiwillige Tätigkeit ausüben.

Zu den gesellschaftlich aktivsten und engagiertesten Bevölkerungsgruppen zählten 1999 wie auch 2004 Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahre. Von den Jugendlichen dieser Altersgruppe engagierten sich im Jahr 2004 36 %, und darüber hinaus bekundeten 43 % der Jugendlichen ihre grundsätzliche Bereitschaft, in Zukunft eine freiwillige Tätigkeit übernehmen zu wollen. Viele der bereits engagierten Jugendlichen interessieren sich für weitere freiwillige Aufgaben. Allerdings musste das jugendliche Engagement 2004 als ein schichtbezogenes Engagement charakterisiert werden. D. h. der Anteil der engagierten Jugendlichen mit höherem Bildungsstatus hatte sich seit 1999 deutlich erhöht, während weniger Jugendliche mit einfachem Bildungsstatus freiwillig engagiert waren. Ein besonderes Augenmerk bei der anstehenden Auswertung des 3. Freiwilligensurveys wird darauf liegen, die weitere Entwicklung in dieser Gruppe zu analysieren.

Die Auswertung zum 3. Freiwilligensurvey hat kurz nach Ende der Datenerhebung und -aufbereitung im Spätsommer 2009 begonnen. Die offizielle Berichterstattung wird im Sommer 2010 erwartet.

Vorab kann gesagt werden, dass die Engagementbeteiligung über Deutschland betrachtet konstant hoch ist. Interessant wird sein, inwieweit sich unterschiedliche Tendenzen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Engagementbereichen ergeben haben.

Herausforderungen bei der Umsetzung des Freiwilligensurveys

Mit der Beauftragung des 2. und 3. Freiwilligensurveys begann die Bundesregierung eine umfassende Dauerberichterstattung zum freiwilligen Engagement. Der Freiwilligensurvey wurde damit als zentrales, vorrangig personenbezogenes Informationssystem über freiwilliges und ehrenamtliches Engagement und damit über die Zivilgesellschaft in Deutschland etabliert. Trotz des hohen Stellenwerts dieses Informationssystems sehen wir seine langfristige Etablierung und seine Erweiterung auf regionaler und kommunaler Ebene in einem unabhängigen und wissenschaftlichen Umfeld als zentrale Herausforderung an.

Die Möglichkeiten und Grenzen der Datenauswertung und damit der Informationsgewinnung hängen ganz wesentlich von der Stichprobengröße ab. Die verbesserten Auswertungsmöglichkeiten des 3. Freiwilligensurveys kommen insbesondere den bevölkerungsmäßig kleineren Bundesländern (u. a. Stadtstaaten, Ostdeutschland) zugute. Dennoch wäre eine weitere Vergrößerung der Stichprobe wünschenswert. So könnten die Analysen der Länderstudien umfassender ausfallen, zum anderen bestünde die Möglichkeit, mehr detaillierte Studien auf Kommunalebene zu realisieren.

Besonders betont werden muss, dass der Freiwilligensurvey mit seinem umfangreichen Fragenprogramm und der hohen Fallzahl eine Informationsfülle zur Verfügung stellt, die bisher weder inhaltlich noch regional ausgeschöpft werden konnte. Zentrale Themen wie das freiwillige Engagement in einzelnen Engagementbereichen, in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die Motivation zu freiwilligem Engagement, seine Strukturen und Anstöße zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Engagierte wurden zwar ausführlich beleuchtet. Vertiefungen befassten sich mit einzelnen Engagiertengruppen und Sonderauswertungen mit der Analyse mehrerer Bundesländer und zweier Engagementbereiche. Dennoch verbleiben wichtige Themen bisher unbehandelt. (z. B. Monetarisierung, Engagementsituation von Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden sowie die Auswertung weiterer Engagementbereiche und Bundesländer). Diese Analysen müssen allerdings auch beauftragt bzw. finanziert und durch geeignetes Personal in einer angemessenen Zeitspanne bearbeitet werden.

Die Rolle des Freiwilligensurveys im „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Die bei der Beantwortung der Großen Anfrage konstatierten Informationslücken zum freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement in Deutschland konnten mit dem Instrument des Freiwilligensurveys zu einem größeren Teil gedeckt werden. Wir verfügen heute über eine große Fülle an Informationen zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Ergänzt werden diese vorrangig personenbezogenen Informationen durch organisationsbezogene Statistiken sowie vertiefende qualitative Studien zu vielfältigen Aspekten der Zivilgesellschaft.

Literatur

- Geiss, S.; Picot, S. (2008): Familien und Zeit für freiwilliges Engagement. In: Heitkötter, M., Jurcyk, K., Lange, A., Meier-Gräwe, U. (Hrsg.). Zeit für Beziehungen? Zeit in und Zeitpolitik für Familien. Opladen.
- Geiss, S.; Picot, S. (2007): Freiwilliges Engagement von Jugendlichen - Daten und Fakten. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vorbilder bieten - Engagement als Bildungsziel. Festschrift zum Carl Bertelsmann Preis. Gütersloh.
- Gensicke, T.; Picot, S.; Geiss, S. (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. VS-Verlag. Wiesbaden.
- Gensicke, T.; Geiss, S. (2005): Freiwilliges Engagement in Hessen 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement). Studie im Auftrag der Hessischen Staatskanzlei. Engagement-Land Hessen. Landesstudie zum freiwilligen Bürgerengagement. Hessische Landesregierung, Wiesbaden.
- Gensicke, T.; Geiss, S.; Lopez-Diaz, K. (2005): Freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement). Studie im Auftrag der Nordrhein-Westfälischen Staatskanzlei und des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie. TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Gensicke, T.; Geiss, S. (2005): Freiwilliges Engagement im kirchlich-religiösen Bereich. Studie im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Gensicke, T., Geiss, S.; Riedel, S. (2005): Freiwilliges Engagement in Bayern 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement), Studie im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Wir für uns - Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. München.
- Gensicke T.; Lopez-Diaz K. (2005): Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement). Studie im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz. Wir tun 'was – Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz. Ministerium des Innern und für Sport. Mainz.
- Gensicke T. (2005): Freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement). Studie im Auftrag der Niedersächsischen Staatskanzlei. Niedersächsische Staatskanzlei. TNS Infratest Sozialforschung, München.
- Gensicke T. (2005): Freiwilliges Engagement in Berlin 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement). Studie im Auftrag Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin, und der Paritätischen Bundesakademie. TNS Infratest Sozialforschung, München.
- Gensicke T. (2005): Freiwilliges Engagement in Sachsen-Anhalt 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement), Studie im Auftrag der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt. TNS Infratest Sozialforschung. November 2005.

- Gensicke T. (2005): Freiwilliges Engagement im sozialen Bereich. Studie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.. TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Klages H.; Braun J. (Hrsg.) (2001): Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotential in den neuen und alten Bundesländern, Bd. 2 der Berichte zur Repräsentativerhebung 1999 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Picot S. (Hrsg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Bd. 3 der Berichte zur Repräsentativerhebung 1999. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2. Aufl., 2001. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Rosenblatt B.v. (Hrsg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland, Bd. 1, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 194.1. 2. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln.

EngagementAtlas 2009: Konzeption und Perspektiven für ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Zielsetzung und Grundkonzeption des EngagementAtlas 2009

Unter dem Leitthema „Demografischer Wandel: Unsere gemeinsame Verantwortung“ bündelt die AMB Generali die Aktivitäten ihres gesellschaftlichen Engagements im „Generali Zukunftsfonds“. Hauptziel ist, das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zu fördern, Akteure besser zu vernetzen, mehr wissenschaftliche Transparenz herzustellen, einzelne Projekte, Kampagnen, Organisationen und Initiativen mit Modellcharakter zu unterstützen sowie die öffentliche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern. Die AMB Generali will damit einen deutlich sichtbaren Beitrag leisten, mit dem die Herausforderungen und Probleme angegangen werden, die durch die alternde Gesellschaft entstehen. Eines der ersten Projekte, das durch den Zukunftsfonds realisiert wurde, ist die aktuelle Studie „Engagementatlas 2009“.

Ziel des „Engagementatlas 2009“ ist es, deutschlandweit repräsentativ zu erheben, wie das bürgerschaftliche Engagement in den Regionen derzeit ausgeprägt ist und welche zukünftige Engagementbereitschaft darüber hinaus besteht. Um dieses Ziel zu erreichen wurde ein Ansatz gewählt, der gegenüber dem Freiwilligensurvey ein deutlich reduziertes Fragenset umfasst, aber eine wesentlich größere Stichprobe zieht.

Die zugrunde gelegte Begriffsdefinition des „bürgerschaftlichen Engagements“ orientiert sich am Freiwilligensurvey: Es wird nur solches Engagement erfasst, das für Dritte erbracht wird. Die Pflege von Familienangehörigen oder die reine (aktive oder passive) Mitgliedschaft in einem Sport- oder Gesangsverein stellt so gesehen kein Engagement dar, das hier erfasst würde.

Mit der Durchführung der Befragung wurde die Blauw Research GmbH (Nürnberg) beauftragt, die ihrerseits drei weitere Feldinstitute (IM Leipzig, Leyhausen & Partner, G1 Research) eingeschaltet hat, um die sehr große Interviewzahl im anvisierten Zeitraum realisieren zu können. Die Auftragsvergabe erfolgte im Zuge einer beschränkten Ausschreibung im Wettbewerbsverfahren. Für die Auswahl des Dienstleisters war neben Qualitäts-, und Preiskriterien die Einhaltung des Zeitplans ausschlaggebend. Die Stichprobe wurde durch die Blauw Research GmbH gezogen und pro Landkreis / kreisfreie Stadt über die Institute verteilt.

Mit dieser Durchführungskonstellation war der knapp 3-monatige Zeitraum von Juli bis September 2008 ausreichend, um die hohe Fallzahl an Telefoninterviews und die Einhaltung von Qualitätsstandards auf hohem Niveau sicherzustellen. Im Ergebnis liegt eine bevölkerungsrepräsentative Befragung von Personen ab 16 Jahren in Deutschland auf der Grundlage von Telefoninterviews (CATI) vor. Die Belastbarkeit der Daten für alle 439 Kreise und kreisfreien Städte ist hoch, da in einem zweistufigen Verfahren zunächst die Anzahl der Interviews pro Kreis quotiert und die Ziehung der Stichprobe dann nach dem ADM-Mastersample (Zufallsstichprobe) erfolgte. Die Gesamtstichprobe der Studie beläuft sich auf über $N = 44.000$ Interviews. Hierbei wurden folgende Quotierungsregeln geachtet:

In jedem Landkreis bzw. den kreisfreien Städten wurden mindestens 95 zufällig ausgewählte Personen ab 16 Jahren interviewt. Diese Mindestzahl wurde dann proportional zur Bevölkerungsstärke nach oben aufgestockt, so dass in bevölkerungsreicheren Städten und Landkreisen mehr Personen befragt wurden als in dünn besiedelten Gegenden. Diese Anpassung der Interviewzahl nach der Einwohnerzahl führt beispielsweise dazu, dass in Berlin 500 Bürger befragt wurden, in der Stadt München dagegen 294 (0,23 Promille, mindestens aber 95 je Kreis / kreisfreier Stadt).

Außerdem wurden in jedem Bundesland mindestens 500 Befragungen durchgeführt (relevant bei kleineren Bundesländern wie dem Saarland oder Stadtstaaten wie Bremen). In jeder der 95 Raumordnungsregionen Deutschlands summieren sich die Befragungszahlen in den Kreisen auf durchschnittlich 450 Interviews. Genau zu unterscheiden gilt es dabei zwischen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten und gleichnamigen Raumordnungsregionen (Beispiel: Stadt München 294 Interviews; Raumordnungsregion München, die neben der Stadt München die Landkreise München, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg a. Lech und Starnberg umfasst, wurden bspw. 1.059 Personen interviewt. Oder: Stadt Magdeburg 95 Interviews, Raumordnungsregion Magdeburg 859 Interviews!).

Das skizzierte Vorgehen bringt es mit sich, dass in den Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen um die 100 Personen befragt wurden, ein statistischer Fehler von +/- 9 Prozentpunkten auftritt, was z. B. die Berechnung der Engagementquote angeht. Von daher wurde davon abgesehen, beim Ranking exakte Werte für Städte und Kreise anzugeben. Vielmehr werden Spannen auf Ebene der Raumordnungsregionen ausgewiesen, die zu dem bekannten Bild des „Engagementatlas 2009“ führen.

Ein zweiter Schwerpunkt des „Engagementatlas 2009“ besteht darin, die Engagementintensität in Form von Zeitabfragen zu erfassen. Durch die Hinterlegung eines pauschalen Mindestlohns wird näherungsweise die Wertschöpfung im Rahmen der geleisteten Engagementzeit bewertet.

Die quantitativen Arbeitsschritte wurden durch ein qualitatives Programm begleitet: In mehreren Expertenrunden wurden gesellschaftliche Trends priorisiert und in ihren Auswirkungen auf die Nachfrage nach freiwilligem Engagement bewertet. Im Ergebnis konnten drei Bereiche identifiziert werden, die zukünftig stärker nachgefragt werden: Engagement für Ältere, für Kinder und Jugendliche sowie im Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege.

In den regionalen Analysen ist es nun interessant zu sehen, wie intensiv das heutige Engagement in diesen Bereichen bereits ist, und welche Engagementbereitschaft hier besteht.

Kernergebnisse der Studie

Bundesweit sind 34 % aller Personen über 16 Jahre bürgerschaftlich engagiert, überdurchschnittlich stark vertreten ist dabei die Gruppe der 30-55-Jährigen. Das freiwillige Engagement lässt sich besonders häufig den Bereichen Sport, Freizeit & Geselligkeit, Kinder & Jugendarbeit sowie Kirche & Religion zuordnen. Im Bereich Politik & Interessenvertretung, Engagement für ältere Bürger sowie Umwelt- und Tierschutz sind dagegen jeweils nur unter 5 % der Bevölkerung engagiert.

17 % der engagierten Bürgerinnen und Bürger können sich vorstellen, ihr Engagement zukünftig auszuweiten, nur 10 % wollen es reduzieren. Auch unter den derzeit nicht Engagierten können es sich 9 % bestimmt bzw. 28 % vielleicht vorstellen, in Zukunft ein freiwilliges Engagement zu beginnen.

Bürgerschaftlich engagierte Menschen wenden im Bundesdurchschnitt monatlich 16,2 Stunden im Rahmen ihrer „freiwillig geleisteten Arbeit“ auf. Daraus ergibt sich ein hochgerechnetes Zeitvolumen von über 4,6 Mrd. Engagementstunden pro Jahr. Zieht man die bezahlten Erwerbstätigenstunden und die geleisteten Engagementstunden pro Jahr zusammen, leisten bürgerschaftlich Engagierte 7,5 % der Gesamtarbeitstunden in Deutschland. Bei Zugrundelegung eines - willkürlich gegriffenen - Stundenlohns von 7,50 Euro pro Engagementstunde leisten engagierte Bürger jährlich eine Wertschöpfung von nahezu 35 Mrd. Euro. Gemessen am gesamten Volkseinkommen der Bundesrepublik entspräche dies einem Anteil von 2 %.

Der Anteil engagierter Personen in der Bevölkerung unterliegt regionalen Schwankungen. Die südlichen Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz) sind stärker engagiert als die nördlichen. Besonders auffällig erweist sich darüber hinaus ein West-Ost- sowie ein Land-Stadt-Gefälle. In den Raumordnungsregionen reichen die Engagementquoten von unter 20 % (z. B. Berlin, Uckermark-Barnim) bis zu über 50 % (Osthessen, Lüneburg, Franken). In ländlichen Gebieten ist das Engagement zumeist höher als in Agglomerationsräumen und Kernstädten. Fast linear sinkt die Engagementquote mit zunehmender Ortsgröße ab.

Durch statistische Analyseverfahren lassen sich jene Faktoren identifizieren, die die Engagementwerte einer Region bestimmen. Es zeigt sich, dass das regionale Engagement letztlich über wenige zentrale Faktoren erklärt werden kann:

- Eine hohe Anzahl an Familien mit Kindern, wenig Single-Haushalte sowie eine hohe Fertilitätsrate gehen mit einer stark engagierten Bevölkerung einher.
- Eine lückenhafte Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen hat einen positiven Einfluss auf das Engagement der Bürger.
- Eine hohe Kirchenbindung der Bürger einer Region fördert das Klima bürgerschaftlichen Engagements. Hier wird der Ost-West-Gegensatz besonders deutlich.
- Eine problematische soziale Lage in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit, vielen Transferempfängern und vergleichsweise hoher Kriminalitätsrate geht einher mit niedrigen Engagementwerten in der Region.

Starke Unterschiede zwischen den Regionen erklären sich aber auch durch unterschiedliche Traditionen der Gestaltung von geselliger Öffentlichkeit und häuslicher Privatheit. Besonders interessant ist dabei, dass der Anteil der engagierten Bürger in einem Landkreis einen positiven Einfluss auf das Engagement jedes Einzelnen hat. Mit anderen Worten: es besteht ein „Mitmach-Effekt“.

Lessons Learned

Maximale Öffentlichkeitswirksamkeit:

- Durch die regionale Feingliedrigkeit hatte der EngagementAtlas 2009 im Moment seines Erscheinens eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit. Die systematische Medienarbeit durch Generali und die Agentur Neues Handeln hat das entsprechend unterstützt.
- Bis heute fragen zahlreiche Verbände, Städte oder Kreise Sonderauswertungen nach.
- Auch in der ARD-Themenwoche zum Ehrenamt gingen zahlreiche Interviewanfragen ein und der Atlas wurde in sonstigen Beiträgen häufig zitiert.

Ambivalente Reaktionen auf Ranking und Monetarisierung:

- Das vorgenommene Ranking stieß auf ein geteiltes Echo. Insgesamt überwogen die positiven Rückmeldungen, Kritik wurde – z. T. in Unkenntnis der genauen Vorgehensweise – geübt: Qualitätsstandards und Repräsentativität der Untersuchung wurden pauschal angezweifelt. Darüber

hinaus sahen einige schlecht abschneidende Regionen keinen Wert in der Darstellung ihres Tabellenplatzes, da das die Arbeit und Legitimität der Engagementbeauftragten weiter erschweren würde. Argumentiert wurde dann zumeist mit Best Practice Beispielen aus den jeweiligen Regionen, die mit einem Instrument wie dem Atlas natürlich nicht erfasst oder bewertet werden können.

- Die Monetarisierung wurde größtenteils als interessanter Ansatz gewürdigt. Kritik wurde sowohl aus methodischen als auch aus inhaltlichen Gründen geübt: Ist der zugrundeliegende Stundensatz (Mindestlohniveau 7,5 Euro) angemessen? Müsste hier nicht stärker nach Tätigkeiten differenziert werden? Dient eine Monetarisierung tatsächlich der Anerkennung des Dritten Sektors oder wird diese Darstellungsweise dem Steuerungsmechanismus (Freiwilligkeit) überhaupt gerecht?

Fazit: Politik und Praxis haben überwiegend positiv reagiert. Der Atlas wurde als origineller und belebender Beitrag der Diskussion empfunden. Die größten Einwände kamen aus dem wissenschaftlichen Bereich und bezogen sich auf eine überwiegend unbegründete Methodenkritik. Die Aussagen, die im Atlas getroffen werden, sind hingegen weitgehend akzeptiert.

Einordnung im Hinblick auf ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Der Atlas

- ist ein sehr anschauliches und daher öffentlichkeitswirksames Instrument,
- ist in seiner Ausrichtung (bundesweite Erhebung und gleichzeitig hohes Maß an Regionalisierung) bisher einmalig,
- eignet sich prinzipiell als Breitenbefragung zur Dauerbeobachtung des BE,
- bietet aufgrund des zugrundeliegenden Engagementbegriffs und verwendeter Fragekonstruktionen eine hohe Anschlussfähigkeit an den Freiwilligensurvey,
- schlägt mit der Monetarisierung eine Brücke zur „Herstellung sozialer Dienstleistungen“ bzw. zur Wertschöpfung im Dritten Sektor und verbindet Sozialforschung mit VGR,
- setzt auch bei Wiederholungsbefragungen einen sehr hohen Mitteleinsatz voraus,
- unterschätzt bzw. differenziert – ähnlich wie der Survey in der vorliegenden Version – unzureichend bestimmte Engagementbereiche außerhalb des Ehrenamtes bzw. der in feste Organisationsstrukturen eingebetteten freiwilligen Tätigkeiten.

Die Breite der Erhebung geht zulasten einer analytischen Tiefe; Erkenntnisse in wichtigen Bereichen (Motivforschung, Kompetenzentwicklung, Engagementbiografien, Interdependenzen zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt) können durch Surveys und Atlanten nur bedingt erweitert werden.

Schließlich endet die Durchführbarkeit einer bundesweiten regionalen Analyse auf der Kreisebene; das Interesse an lokalen Analysen zur Engagementkultur, -förderung und -bereitschaft bleibt bestehen.

Die Spendenstatistik als Teil eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“: Erfahrungen, Konzeption und Umsetzung

Einleitung

In Deutschland sind fast alle gesellschaftlichen Bereiche statistisch erfasst: Angefangen von der Bevölkerungsentwicklung, der Arbeitsmarktentwicklung, der Entwicklung von Sozialleistungen über die Entwicklung der Haushaltseinkommen und -ausgaben bis hin zum Zeitbudget der Haushalte, der Gesundheit oder der meist angemeldeten Cabrios einer Region etc.

Der gesellschaftliche Bereich der Spendenaktivitäten, mit dem das soziale Miteinander bestimmt werden kann, der für den Erhalt des sozialen Friedens steht und soziomoralische Ressourcen reproduziert (Vertrauen, Solidarität, Verantwortung, Eigeninitiative und Respekt), bildet weitestgehend einen weißen Fleck auf der statistischen Deutschlandkarte. Im 21. Jahrhundert können in Deutschland immer noch keine detaillierten und gesicherten Angaben zu diversen Spendenaktivitäten gemacht werden, obwohl das Geben, Schenken und Nehmen in seinen unterschiedlichen Ausprägungen über Jahrhunderte hinweg historisch gewachsen und fest verankert ist. Warum spenden Menschen Geld, Güter oder ihre Zeit? Warum spenden Menschen nicht? Welche Folgen hätte ein Einbruch der Spendenaktivitäten kurz-, mittel- und langfristig auf das Gemeinwesen? Die Beantwortung dieser und weiterer Fragen ist nicht nur, aber gerade auch in Zeiten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von großem Interesse.

Das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ hat sich der Aufgabe angenommen, den Dritten Sektor neu zu „vermessen“. In den 1990er Jahren wurde solch ein Vorhaben durch das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project⁹ schon einmal geleistet, also vor gut zwei Jahrzehnten. In der deutschen Teilstudie wurden seinerzeit ansatzweise auch die Spendenaktivitäten der Bevölkerung untersucht. Wegen der gewachsenen Bedeutung des Spendens für die Gesellschaft und der daraus resultierenden Notwendigkeit, das Spendenwesen transparenter zu machen, wird das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen / DZI seinen Aufgabenbereich um genau diesen Forschungsschwer-

⁹ Vgl. Anheier et al. 1997, Priller/Zimmer 2001.

punkt erweitern. Mit den Angaben aus der Spendenstatistik und den entsprechenden Analysen kann das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ zukünftig auf fundiertes Datenmaterial zurückgreifen. In diesem Beitrag werden die Ziele, Aufgaben und Anforderungen an eine Spendenberichterstattung umrissen sowie die Konzeption veranschaulicht.

Ziele und Aufgaben einer nationalen Spendenstatistik

Ein grundlegendes Ziel der Spendenberichterstattung liegt zunächst ganz allgemein in der Schließung von Datenlücken. Spendenaktivitäten wurden vereinzelt in unterschiedlichen Disziplinen betrachtet. Stellvertretend sind hier die Arbeiten von Schneider (1996, Psychologie), Heidbüschel (2000, Ökonomie) und Lingelbach (2009, Geschichte) zu nennen.

Eine Spendenberichterstattung, wie sie vom DZI aufgebaut wird, umfasst die theoretische und empirische Analyse von Spendenaktivitäten im Zeitverlauf. Eine grundlegende Voraussetzung ist die Operationalisierung des Untersuchungsgegenstands: Was ist unter dem Spendenbegriff subsumiert? Im Mittelpunkt der Überlegungen geht es um den Ein- bzw. Ausschluss von Kriterien. Zählen z. B. die Fördermitgliedsbeiträge für gemeinnützige Organisationen oder der Erwerb von Wohlfahrtsbriefmarken bzw. Lotterie- und Tombolalosen zum Spendenbegriff? Gehören die Kirchensteuern zur Spende?

Des Weiteren ist eine Klassifizierung für die Spendenverwendungszwecke zu entwickeln. Die Spendenzwecke sind zurzeit entsprechend der verschiedenen Erhebungen recht unterschiedlich und nicht vergleichbar. In den Ansätzen wird nach unterstützten Organisationen oder nach den Spendenbereichen gefragt. Vorstellbar ist auf die Klassifikation des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project zurückzugreifen, bei der die Organisationen nach Tätigkeitsbereichen strukturiert sind (vgl. Tabellet 2). Die Verwendung dieser Einteilung, die international verbreitet ist, hätte den Vorteil, dass auch in Zukunft ein internationaler Spendenvergleich möglich wäre. Für die Zuordnung mancher Organisationen erweist sich diese Aufteilung allerdings in der praktischen Anwendung als nachteilig. Als Beispiel dafür sei das Deutsche Rote Kreuz genannt. Diese Organisation ist in mehreren Feldern aktiv und könnte entsprechend der Johns Hopkins-Klassifikation sowohl der Gesundheit, den Sozialen Diensten als auch den Internationalen Aktivitäten zugeordnet werden. Demzufolge ist eine möglichst praktikable aber auch eindeutige Klassifikation zu schaffen.

Tabelle 2: Aktuelle Klassifikationen von Spendenverwendungszwecken.

Deutscher Spendenmonitor	GfK Charity Scope	Johns Hopkins-Projekt
<ul style="list-style-type: none"> • Behinderten-, Krankenhilfe • Bildung, Wissenschaft und Forschung • Entwicklungshilfe • Kinder- und Jugendhilfe • Kirche • Kunst und Kultur • Sofort-/Nothilfe • Umwelt- und Naturschutz • Wohlfahrtspflege 	<ul style="list-style-type: none"> • Humanitäre Hilfe • Kultur- und Denkmalschutz • Tierschutz • Umweltschutz • Sonstiges 	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Forschung • Gesundheit • Internationale Aktivitäten • Kultur- und Freizeit • Religion • Soziale Dienste • Stiftungswesen • Umwelt- und Naturschutz • Wirtschafts- und Berufsverbände • Wohnungswesen u. Beschäftigung

Quelle: Eigene Darstellung.

Konkret sollen folgende Spendenindikatoren auf Dauer untersucht und für eine breite Öffentlichkeit bereitgestellt werden:

- Herkunft der Spenden
- Spenderquote
- Durchschnittliche Spendenhöhe
- Spendenvolumen
- Spendermotivation
- Sozialstruktur der Spender/innen

Die *Herkunft der Spenden* identifizieren die Geberin und den Geber. Spenden können von Privatpersonen oder Haushalten erbracht werden, aber auch von Unternehmen. Zudem soll herausgestellt werden, in welchem Ausmaß und Umfang Erbschaften/Nachlässe an gemeinnützige Organisationen überschrieben werden und in welchem Umfang gemeinnützige Organisationen wie zum Beispiel Stiftungen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Die *Spenderquote* bezeichnet das Maß für den Anteil der Bevölkerung, der Geld oder/und Sachmittel für Spenden sammelnde Organisationen bereitstellt. Die *durchschnittliche Spendenhöhe* kann aufgrund des Gesamtvolumens und der Spenderquote berechnet und gemessen an der Gesamtbevölkerung ausgewiesen werden. Das *Spendenvolumen* wird auf der Grundlage der Angaben der Privatpersonen und Unternehmen zu ihren Geldspenden bzw. auf der Basis der zur Verfügung stehenden Datenquellen berechnet.

Warum geben Menschen und warum nicht? Die *Spendermotivation* ist ein weiterer Indikator, der regelmäßig untersucht wird.

Mittels soziodemographischer Angaben (Alter, Geschlecht, Konfession, soziale Stellung, Erwerbsstatus, Bundesland etc.) werden die Spendenaktivitäten in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt und analysiert.

Eine weitere Aufgabe sieht die Spendenberichterstattung darin, ein interdisziplinäres Forschungsnetzwerk aufzubauen, um aus unterschiedlichen Perspektiven die Thematik zu analysieren und für die Gesellschaft fruchtbar zu machen.

Anforderungen an eine Spendenberichterstattung

Solch eine Berichterstattung hat eine öffentliche Funktion und muss deshalb bestimmte Kriterien erfüllen: Sie muss öffentlich zugänglich sein, wissenschaftlich fundiert, Neutralität gewährleisten und den unterschiedlichen Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft sowie internationalen Standards entsprechen. Der Spendenreport wird sich durch einen hohen Informationsgehalt auszeichnen und gleichzeitig für Laien und Spezialisten verständlich sein.

Entsprechend der unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Nutzer wird die Spendenberichterstattung zielgruppenorientierte Informationen präsentieren. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Präsentation statistischer Angaben, sondern schließt wissenschaftlich begründete Interpretationen zu wesentlichen Themen und Zusammenhängen mit ein. So kann unter anderem mit dem Ausbau der Spendenstatistik und dem Einbezug der Unternehmensspenden die Frage beleuchtet werden, welche Rolle CSR-Strategien in Unternehmen spielen. Die Publikation wird eine ausgewogene Mischung von Text, Tabellen und Abbildungen enthalten sowie Beiträge zu aktuellen Ereignissen.

Mit dem Aufbau und Ausbau einer nationalen Spendenstatistik kann kontinuierlich über die Spendenaktivitäten Auskunft gegeben werden. Mit einem Netz aus qualitativ hochwertigen Daten werden gesicherte Informationen über das Spendenwesen bereitgestellt. Eine solche Berichterstattung schließt Analysen zu allgemeinen Veränderungen und Entwicklungen im Spendenverhalten und Spendenaufkommen ebenso ein wie Betrachtungen der Motivation und Aussagen zur Sozialstruktur der Spender. Aufgrund von Zeitreihen wird die Entwicklung des Spendenwesens in Deutschland nachgezeichnet, es werden Prognosen erstellt und Zusammenhänge wissenschaftlich dargelegt.

Adressaten einer Spendenberichterstattung

Politik und Staat fördern das bürgerschaftliche Engagement durch mehrfach verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen, zuletzt durch das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“¹⁰. Damit verzichtet der Fiskus neben direkt gewährten Zuschüssen aufgrund des steuerlich zugelassenen Spendenabzuges in Form von Steuermindereinnahmen auf „eigene Mittel“. Insofern besteht nicht nur ein Interesse an der nationalen Spendenhöhe, sondern auch an der Beteiligung, dem Anteil einzelner Bevölkerungsgruppen an den Spenden (z. B. zur Wahrung der Steuergerechtigkeit).

Gemeinnützige und Spenden sammelnde Organisationen unterliegen in den meisten Fällen einer Mischfinanzierung (staatliche Subventionen, Spenden, Erbschaften, Mitgliedsbeiträge, Eigen-einnahmen etc.). Deshalb ist es auch für sie wichtig zu wissen, inwiefern sie mit monetären Spenden für ihren Haushalt kalkulieren können.

In der *Wissenschaft* ist die Spendenthematik in den unterschiedlichen Disziplinen wie Geschichte, Psychologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften zum Untersuchungsgegenstand geworden. Für diese Fachbereiche sind sowohl gesicherte Daten zum nationalen Spendenaufkommen, zur individuellen Spendenhöhe, zur Spendenmotivation als auch zu den sich in diesem Bereich vollziehenden Veränderungen und Entwicklungen von großem Interesse.

Eine fundierte *Spenderberatung*, wie sie vom DZI seit langem geleistet wird, ist ebenfalls auf präzise, fundierte und kontinuierliche Daten zum Spendenwesen angewiesen. Die Qualität der Beratung lässt sich mit diesen Informationen weiter erhöhen und das Vertrauen der Spender gewinnen.

Die *Medien* haben ein starkes Interesse an fundiertem und gut aufbereitetem Datenmaterial zur Spendenthematik. Zum einen kommen sie damit ihrer allgemeinen Informationspflicht nach. Zum anderen können die Medien eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Spendenbereitschaft der Bürger spielen, da das bürgerschaftliche Engagement (auch außerhalb von Katastrophen) zunehmend thematisiert wird.

Die *allgemeine Öffentlichkeit*, vor allem der einzelne *Bürger*, hat Anspruch darauf, über die Rahmenbedingungen ihrer Spendenaktivitäten informiert zu werden. Dazu gehören Angaben zum nationalen Spendenaufkommen gleichermaßen wie zu den Verwendungszwecken.

Für alle diese gesellschaftlichen Bereiche ist der Mangel an einer regelmäßigen, aussagekräftigen Spendenstatistik in Deutschland ein Hindernis, das die eigene Entwicklung beeinträchtigt und hemmt.

¹⁰ Vgl. Sommerfeld 2009.

Internationale Erfahrungen

Der Aufbau einer deutschen Spendenberichterstattung orientiert sich an den vorhandenen Erfahrungen anderer Länder, vor allem den USA, Kanada und Großbritannien. Seit Jahrzehnten haben Wissenschaftler (und Fundraiser) es sich zur Aufgabe gemacht, das monetäre bürgerschaftliche Engagement zu untersuchen. In diesen Ländern hat sich die institutionelle Zuständigkeit, die bei NGOs liegt, bewährt. Der Untersuchungsgegenstand – Spenden – ist teilweise recht unterschiedlich definiert und bedingt durch die vorhandenen Datenquellen zu Spenden sowie den verfügbaren Ressourcen der Institute. Während in den USA sowohl Privat-, als auch Unternehmensspenden erhoben werden, betrachtet man in Kanada und Großbritannien ausschließlich Privatspenden.

Auf europäischer Ebene zeichnen sich jüngst Entwicklungen für einen Forschungsverbund zur Spendenthematik ab. Im Jahr 2008 wurde in den Niederlanden das Netzwerk ERNOP – European Research Network on Philanthropy – konstituiert, dessen Gründungsmitglied das DZI ist¹¹. Mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen, die auch durch die zur Verfügung stehenden Datenquellen und den jeweiligen finanziellen Mitteln bedingt sind, werden die Spendenaktivitäten untersucht¹². Deutschland kann aufgrund seiner umfassenden Konzeption einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der europäischen Forschungen auf diesem Gebiet leisten.

Konzeption und Umsetzung

Abbildung 2 zeigt den Aufbau und die Struktur der Spendenberichterstattung. Zunächst benötigt solch eine Berichterstattung eine institutionelle Zuständigkeit. In Deutschland kommt dafür nur das DZI in Betracht, weil es entsprechende Anforderungen in einem besonderen Maße erfüllt. Den formalen Kriterien nach ist das DZI eine Nonprofit-Organisation und hat umfangreiche Erfahrungen mit der Spendenthematik. Seine angelegte Trägerschaft mit Institutionen aus Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor stellt die Unabhängigkeit seit vielen Jahrzehnten sicher. Weitere Vorzüge, die für das DZI sprechen, sind seine umfassenden theoretischen und praktischen Kenntnisse, die es sich durch die Vergabe des Spendensiegels erworben hat. Das DZI verfügt unter anderem über eine Datenbank mit geprüften Daten zu den Spenden sammelnden Organisationen. Von Vorteil ist auch, dass das Institut institutionell in internationale Netzwerke zur Spendenthematik eingebunden ist und bilaterale Kontakte pflegt. Außerdem besitzt das DZI mit seinem „Spenden-Almanach“ beachtliche Erfahrungen bei der Erstellung einer öffentlichkeitswirksamen Publikation.

¹¹ Weitere Länder im Forschungsverbund sind: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Spanien, Tschechien, Ungarn.

¹² Vgl. Wiepking 2009.

Organisatorisch hat für eine Spendenberichterstattung in Deutschland, neben der institutionellen Zuständigkeit, die Entwicklung entsprechender Kooperationsstrukturen einen besonderen Stellenwert. Eine enge Zusammenarbeit mit Institutionen, die Daten erheben oder über entsprechende Quellen verfügen wie die Amtliche Statistik oder Umfrageinstitute, ist erforderlich. Gleichzeitig ist die Kooperation mit einzelnen Wissenschaftlern, die sich mit dieser Thematik inhaltlich beschäftigen, geeigneten Universitäten¹³ und außeruniversitären Forschungseinrichtungen¹⁴, die entsprechendes Interesse und Expertise zur Spendenthematik besitzen, besonders förderlich für vertiefende Analysen bei der Berichterstattung. Ein Beirat, gegründet mit Mitgliedern aus Wissenschaft und Forschung, von Dachverbänden gemeinnütziger Organisationen sowie Kirchenvertretern, hat die Aufgabe, die weitere Entwicklung der Spendenstatistik beratend zu begleiten.

Untersuchungsgegenstand

Ausgangspunkt für den Aufbau der Spendenberichterstattung ist die inhaltliche Bestimmung des Spendenbegriffs. Ganz allgemein fasst man unter Spenden Transfers in Form von Geld, Gütern oder Zeit ohne Gegenleistung zusammen. Teilweise werden auch die Aufwendungen für Wohlfahrtsbriefmarken, Weihnachtskarten, Lotterie- und Tombolalose sowie Benefizveranstaltungen und Kauf von Produkten, deren Erlös gemeinnützigen Zwecken zu Gute kommt, in eine Spendendefinition mit einbezogen¹⁵. Die wichtigsten Merkmale einer Spende sind die Freiwilligkeit und der Ausschluss jeglicher äquivalenter materieller Gegenleistungen. Die Spenden gehen direkt an Bedürftige oder werden von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen gesammelt, verwaltet und weitergegeben. Eine in Deutschland aufzubauende Spendenberichterstattung wird sich auf die Berücksichtigung von Geld- und Sachmitteln konzentrieren und diese vorerst in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellen.

Ausgehend von den Quellen bzw. der Herkunft der Spenden ist bei Geld- und Sachspenden an Bedürftige und gemeinnützige Organisationen zu unterscheiden zwischen:

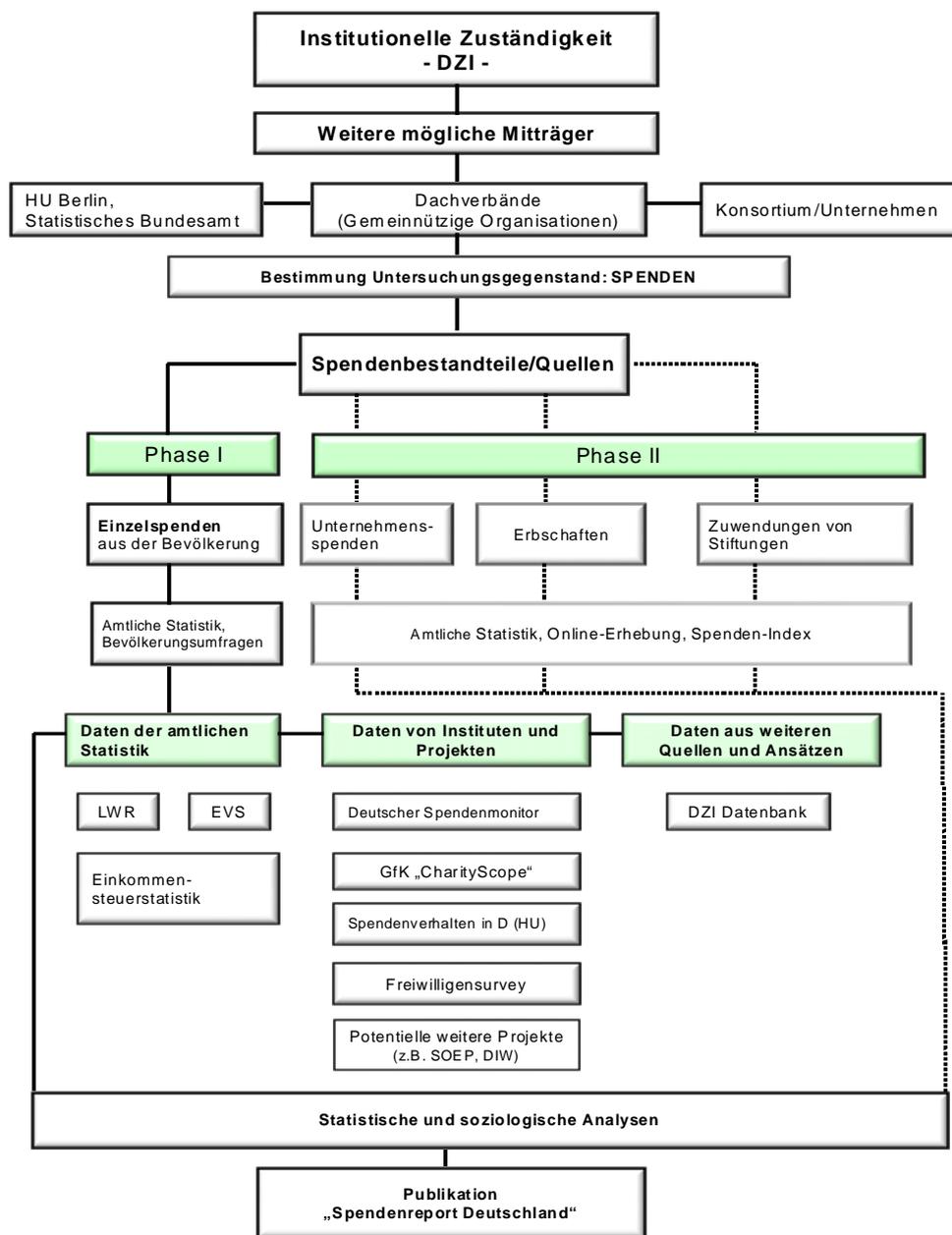
- Einzelspenden, die von Privatpersonen und Haushalten erbracht werden;
- Erbschaften, die von Privatpersonen veranlasst werden;
- Unternehmensspenden;
- Zuwendungen von gemeinnützigen Organisationen wie z. B. Stiftungen.

¹³ Bucerius Law School Hamburg, Humboldt-Universität zu Berlin, Universität Potsdam, Universität Stuttgart.

¹⁴ Bundesverband Deutscher Stiftungen, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Stifterverband der Deutschen Wissenschaft, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

¹⁵ Vgl. Voß 1992, Schneider 1996 Müller 2005, Dickertmann 1995.

Abbildung 2: Aufbau und Struktur der Spendenberichterstattung.



Quelle: Eigene Darstellung.

Phase I

In Deutschland ist die vorliegende Datenlage äußerst heterogen. Dennoch bieten die Angaben eine ausreichende Basis für den Aufbau einer nationalen Spendenberichterstattung. Die Sondierung, Prüfung und Analyse der Datenquellen, die in der Abbildung mit Phase I bezeichnet sind, wurden in einem am WZB ansässigen Projekt realisiert und mit einem Abschlussbericht/Publication beendet¹⁶.

¹⁶ Vgl. Priller/Sommerfeld 2006 und 2009.

Die amtliche Statistik kann einen wesentlichen Teil der erforderlichen Informationen bereitstellen, da sie über relativ gute Datenbestände zur Spendenthematik verfügt. Aufgrund ihrer Aussagefähigkeit, der ausgereiften Methodik und einer allgemeinen Verwendbarkeit und Zugänglichkeit sind diese Daten als eine notwendige Informationsquelle für die nationale Spendenberichterstattung anzusehen. Zu den Datenquellen der Statistik gehören die jährlich erhobenen Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), die alle fünf Jahre durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Daten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zu den steuerlich geltend gemachten Spenden. Die aus diesen Statistiken ermittelten Zahlen zu Spenden ermöglichen Aussagen über das nationale Spendenaufkommen, die individuelle Spendenhöhe sowie zu Unterschieden in regionaler Hinsicht. Zudem lassen sich die Spender nach sozialstrukturellen und soziodemographischen Merkmalen differenzieren.

Die Angaben der amtlichen Statistik sind zunächst durch Ergebnisse aus kommerziellen Umfragen (Deutscher Spendenmonitor, GfK „Charity Scope“) zu ergänzen. Die Umfrageinstitute TNS und GfK können neben speziellen Differenzierungen zu monetären Aspekten des Spendens auch Verwendungszwecke, Spendermotive und Spendenformen abfragen sowie Informationen zu allgemeinen Einstellungen zum Spenden liefern. Wegen der eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten zu den Daten der kommerziellen Institute und den entstehenden Kosten, wird in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) eine repräsentative Umfrage zum Spendenverhalten der Bevölkerung implementiert. Damit soll langfristig eine wissenschaftlich unabhängige, fundierte und repräsentative Erhebung die Einbeziehung kommerzieller Umfragen erübrigen. Nicht nur, dass die Beschaffung der Ergebnisse der kommerziellen Institute auf Dauer mit hohen Kosten verbunden ist, was m. E. noch schwerer wiegt, ist die fehlende Transparenz der zugrundeliegenden Methodik.

Mit dem Freiwilligensurvey¹⁷ der Bundesregierung steht eine weitere Datenquelle zur Verfügung. Die Untersuchung liefert Zahlen zum Spendenvolumen, zur individuellen Spendenhöhe, zur Spendenbeteiligung sowie zu den sozialstrukturellen Merkmalen der Spender (vgl. Beitrag Sabine Geiss). Von Vorteil ist zudem, dass die Untersuchung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegeben wird und der Datensatz kostenfrei genutzt werden kann. Zudem wird die Realisierung der Einschaltung von Spendenfragen in die Längsschnittstudie des sozioökonomischen Panels (SOEP)¹⁸ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geprüft.

¹⁷ Der Freiwilligensurvey ist eine im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bei 15.000 Personen durchgeführte Befragung zum bürgerschaftlichen Engagement in der Bundesrepublik. Die Erhebung wurde bisher in den Jahren 1999 und 2004 durchgeführt. Derzeit wird der Datensatz 2009 aufbereitet.

¹⁸ Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in Deutschland. Seit 1984 werden jährlich bei denselben Personen und Familien sozioökonomische Merkmale erhoben. Dazu gehören unter anderem Daten zur Erwerbs- und Familienbiografie, zu Einkommensverläufen, zur Gesundheit und Lebenszufriedenheit sowie zur Zeitverwendung.

Die Informationen aus der Datenbank des DZI bieten auf der Grundlage der Jahresabschlüsse der Spenden-Siegel-Organisationen Möglichkeiten einer Betrachtung aus der Perspektive der Organisationen. Die hier ausgewiesenen Daten reflektieren damit, im Unterschied zur Sicht der Spender, jene der Spenden sammelnden Organisationen. Eine Selektion der Angaben für bestimmte Organisationen nach verschiedenen Kriterien (z. B. Größe, Alter, Tätigkeitsfeld) ist denkbar.

Die Datenquellen ermöglichen einen Datenvergleich aus unterschiedlichen Berichtsperspektiven, jedoch ist eine Übereinstimmung der Ergebnisse nicht zu erwarten. Die nachfolgende Tabelle soll einen Eindruck davon vermitteln (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Datenquellen im Vergleich (Ausschnitt).

Erhebungen	Jahr	Methodik	Erfassungsgegenstand	Ergebnisse
LWR	2006	HH-Befragung, N=8.000	Geldspenden (GS) und Mitgliedsbeiträge (MB)	GS: 3,7 Mrd. € MB: 7,3 Mrd. €
Einkommen- steuerstatistik	2005	Vollerhebung (Steuerpflichtige), N=25,5 Mio.	Geltend gemachte und abzugsfähige Spenden und Mitgliedsbeiträge	4,2 Mrd. €
Deutscher Spendenmonitor	2008	Face-to-face, N=4.000, ab 14 Jahren, jährlich	Geldspenden	3,0 Mrd. €
GfK CharityScope	2008	Tagebuch, N=10.000, ab 10 Jahren, monatlich	Geld-, Sach- und Zeitspenden	2,1 Mrd. €
Freiwilligensurvey	2004	Telefoninterviews, N=15.000, ab 14 Jahren, alle 5 Jahre	Geldspenden	4,6 Mrd. €

Quellen: Statistisches Bundesamt, TNS Deutscher Spendenmonitor, GfK Charity Scope, Freiwilligensurvey.

Phase II

Für die Zeichnung eines umfassenden Bildes zu Spenden in Deutschland, wird die Phase II derzeit umgesetzt. Erste Datenquellen zu Unternehmensspenden, Erbschaften und Zuwendungen von Stiftungen an gemeinnützige Organisationen werden einerseits sondiert und analysiert und müssen andererseits auf ihre dauerhafte Verfügbarkeit hin geprüft werden. Um eine kontinuierliche Datenbasis sicherzustellen, wird auch in dieser Phase auf Informationen aus der amtlichen Statistik und der DZI Datenbank zurückgegriffen sowie die Durchführung einer dauerhaften Online-Erhebung erprobt. Die Daten münden in der einmal jährlich erscheinenden Publikation „Spendenreport Deutschland“ (der Titel wird um die jeweils aktuelle Jahreszahl ergänzt).

Die Datenquellen der Phase I befinden sich auf einem aktuellen Stand, so dass im Februar 2010 der erste Spendenreport, zunächst nur mit den Privatspenden der Bevölkerung, erscheinen wird. Die

Publikation wird außerdem einen Forschungsüberblick zu Unternehmensspenden geben sowie einen Ausblick zur künftigen Entwicklung der Spendenberichterstattung. Mit diesen Erkenntnissen liegt bereits ein stabiles Datenfundament für einen ersten wissenschaftlich, unabhängigen Spendenbericht vor.

Literatur

- Anheier, H.K.; Priller, E.; Seibel, W.; Zimmer, A.: (Hrsg.) (1997): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. edition sigma. Berlin.
- Dickertmann, D. (1995): Informations- und Kontrollbedarf auf dem Spendenmarkt. Ansatzpunkte für eine verbesserte Spendenkultur. Österreichische Forschungsschriften für Entwicklungshilfe (Hrsg.). Spendenwesen. Erfahrungen in Europa. S. 7-26. Wien.
- Heidbüschel, A. (2000): Psychologie des Spendenverhaltens. Peter Lang Verlag. Frankfurt am Main.
- Lingelbach, G. (2009): Spenden und Sammeln: Der westdeutsche Spendenmarkt bis in die 1980er Jahre. Wallstein Verlag. Göttingen.
- Müller, O. (2005): Vom Almosen zum Spendenmarkt. Sozialethische Aspekte christlicher Spendenkultur. Lambertus-Verlag. Freiburg.
- Priller, E.; Sommerfeld, J. (Hrsg.) (2009): Spenden in Deutschland. Analysen – Konzepte – Perspektiven. LIT Verlag. Berlin.
- Priller, E.; Zimmer, A. (Hrsg.) (2001): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? edition sigma. Berlin.
- Schneider, W. (1996): Die Akquisition von Spenden als eine Herausforderung für das Marketing. Duncker & Humblot. Berlin.
- Sommerfeld, J. (2009): Evaluierung von Auswirkungen des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Empirische Untersuchung der Entwicklungen im Regelungsbereich, insbesondere zum Spendenaufkommen. Bericht des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen fe 17/07.
- Voß, A. (1992): Betteln und Spenden. Eine soziologische Studie über Rituale freiwilliger Armenunterstützung, ihre historischen und aktuellen Formen sowie ihre sozialen Leistungen. de Gruyter. Berlin.

Die Vereinsstruktur Deutschlands

Einleitung

Vereine gelten in den Sozialwissenschaften als ein wichtiges Strukturmerkmal von Zivilgesellschaften. Schon Alexis de Tocqueville schrieb in seinem berühmten Buch über die Demokratie in Amerika: „Meines Erachtens verdient nichts eine größere Aufmerksamkeit als die zu geistigen und sittlichen Zwecken gegründeten Vereine Amerikas.“ (Tocqueville [1840] 1976: 599). In Vereinen treffen sich Individuen; sie sind der Ort, an dem Menschen ihre Interessen koordinieren und gemeinschaftlich handeln. In Vereinen müssen Satzungen formuliert, Vorsitzende gewählt und Treffen organisiert werden. Dabei lernen die Mitglieder sich zu artikulieren und andere von ihren Meinungen zu überzeugen. Vereine werden deshalb auch gerne als „Schulen der Demokratie“ bezeichnet (vgl. Zimmer 2007, Bühlmann und Freitag 2004).

Darüber hinaus wird in der Literatur oft darauf hingewiesen, dass Vereine, neben dem eigentlichen Vereinszweck, Sozialkapital generieren. So schreibt etwa der Politologe Robert Putnam: „Networks of civic engagement, like neighbourhood associations, choral societies, cooperatives, sports clubs, mass-based-parties [...] are an essential form of social capital: The denser such networks in a community, the more likely that its citizens will be able to cooperate for mutual benefits.“ (Putnam 1993: 173). Ähnliche Formulierungen finden sich auch im deutschen Sprachraum: „Die wichtigste Komponente von Sozialkapital [besteht] im Niveau des tatsächlichen Engagements der Bürger einer Gesellschaft in informellen Netzwerken oder formellen Vereinigungen“ (Offe/Fuchs 2001: 419). Nach den Vorstellungen der zitierten Autoren entsteht Sozialkapital in Vereinen quasi als Nebenprodukt unabhängig von den konkreten Vereinszielen, indem sich die Akteure in Vereinen treffen und Netzwerke bilden. Diese Netzwerke, so die Argumentation, können zum einen für die beteiligten Akteure von Vorteil sein, etwa durch Informationsaustausch oder durch gegenseitige Hilfeleistungen. Zum anderen entstehen durch die Existenz von Netzwerken auch gesamtgesellschaftliche Vorteile, weil in Gesellschaften mit dichteren Netzwerken auch mehr Vertrauen entsteht.

Vor dem Hintergrund der mutmaßlichen Bedeutung von Vereinen ist es erstaunlich, dass in Deutschland nur sehr wenig über Vereine bekannt ist. In Deutschland kann eine Gruppe von Personen den Status „eingetragener Verein“ von einem für die Region zuständigen Amtsgericht erhalten, wenn der Vereinszweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist (§21 BGB). Der Verein darf dann das Kürzel e.V. nach seinem Namen führen. Der Verein muss außerdem

mindestens sieben Mitglieder, einen Namen und einen Vorsitzenden haben. Die Anerkennung als e.V. und der Eintrag in das Vereinsregister des Amtsgerichts ist mit mehreren Vorteilen verbunden. Vorsitzende und Mitglieder sind nicht persönlich haftbar bei etwaigen Schäden oder Klagen gegen den Verein. Der Verein kann als juristische Person andere Personen einstellen, ein Geschäftskonto eröffnen und Immobilien erwerben. Zusätzlich können Vereine durch die Anerkennung vom Finanzamt zum „gemeinnützigen Verein“ von Steuerentlastungen, beispielweise bezüglich der Körperschafts- und Gewerbesteuer, profitieren. Die Eintragung als e.V. ist dabei eine notwendige Voraussetzung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Schätzungen zufolge verfügen etwa 80 % aller eingetragenen Vereine in Deutschland über den Status der Gemeinnützigkeit (Zimmer 2007), was die Vermutung nahelegt, dass die Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus und die dadurch möglichen Steuerbefreiungen auch der primäre Grund für die Eintragung eines Vereins sind.

Im Jahr 2008 führten in Deutschland 398 Amtsgerichte ein eigenes Vereinsregister. Ein zentrales Register aller Vereine existiert bisher nicht. Dieser Umstand erschwert Untersuchungen über die Anzahl, die Art und die Entwicklung des Vereinslebens in Deutschland. Informationen über die Anzahl der Vereine stammen bisher von Erhebungen, die der V&M Service GmbH in Konstanz (Happes 2008) durchgeführt hat. Diese Zählungen der Vereine wurden 2001 zum ersten Mal vorgenommen und wurden seit dem in zweijährigem Abstand wiederholt. Zu diesem Zweck wurden alle Amtsgerichte angeschrieben und um einen Auszug aus dem jeweiligen Vereinsregister gebeten. Die Angaben der Amtsgerichte wurden dann, geordnet nach den Anfangsziffern der Postleitzahlen, auf 10 Regionen aggregiert. Diese Statistik hat zwar ihr Ziel, eine relativ genaue Schätzung der Anzahl der Vereine in Deutschland zu ermöglichen, erreicht, lässt aber nur eine sehr grobe Beschreibung der Vereinsstruktur in Deutschland zu. Aus soziologischer Sicht ist dagegen eine differenziertere Beschreibung der Verteilung der Vereine auf Regionen von Interesse. Aus diesem Grund hat das Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln 2008 die Erhebung zusammen mit der V&M Service GmbH in Konstanz durchgeführt. Dazu wurden alle Amtsgerichte angeschrieben und um Mitteilung der jeweiligen Vereinsangaben, wie Vereinsname und Sitz, gebeten. Anhand der Vereinsnamen konnte eine Klassifizierung der Vereine nach Vereinstypen vorgenommen werden. Zusätzlich haben wir die Angaben den 413 Landkreisen und kreisfreien Städte der Bundesrepublik zugeordnet, so dass erstmals die Anzahl der Vereine nach Vereinstyp auf Landkreisebene dargestellt werden kann. Die Daten ermöglichen damit die Beschreibung der regionalen Verteilung von Vereinen in Deutschland – womit sich eine „Landkarte“ des Sozialkapitals erstellen lässt. Die Ergebnisse dieser Datenerhebung werden im zweiten Teil des Beitrags detaillierter beschrieben.

Eine Landkarte des Sozialkapitals

Zur Erstellung der Vereinsstatistik haben wir zwischen März und Juni 2008 alle 398 Amtsgerichte in Deutschland angeschrieben und um Beantwortung eines kurzen Fragebogens gebeten. Der Fragebogen hat nach der Anzahl der eingetragenen Vereine in den Kategorien Umwelt, Kultur, Soziales, Interessen, Sport, Freizeit und Wirtschaft/Politik gefragt. Zusätzlich wurden die Amtsgerichte gebeten, die Namensliste der eingetragenen Vereine postalisch oder elektronisch an das Forschungsinstitut für Soziologie zu schicken. Alle angeschriebenen Amtsgerichte haben mindestens die Gesamtzahl der bei ihnen eingetragenen Vereine mitgeteilt. Aus diesen Angaben ergibt sich, dass im Jahr 2008 insgesamt 554.394 eingetragene Vereine in Deutschland registriert waren. Zusätzlich wurden zwischen Mai und Oktober 2008 die eingetragenen Vereine anhand der Fragebögen bzw. der erhaltenen Vereinslisten in eine der sieben Kategorien eingeteilt. Insgesamt konnten 483.070 Vereine einer Vereinsrubrik zugewiesen werden. 71.324 Vereine konnten aufgrund der fehlenden Listen nicht klassifiziert werden.

Ein Vergleich der Gesamtzahl der Vereine mit den Erhebungen der Vorjahre (2001, 2003 und 2005) zeigt, dass die Anzahl der Vereine in Deutschland zwischen 2005 und 2008 um etwa 40.000 Vereine zurückgegangen ist: Jedoch muss beachtet werden, dass in den vergangenen beiden Jahren zahlreiche Amtsgerichte, bei denen die örtlichen Vereinsregister geführt werden, auf EDV umstellten. Nach Angaben der Amtsgerichte wurden im Rahmen dieser Umstellung auch viele „Karteileichen“ gelöscht. [...] Auch die Zentralisierung der Vereinsregisterführung trägt zur Bereinigung der Karteien bei. Beispielsweise ist in Sachsen-Anhalt für das komplette Land nur noch das Register in Stendal zuständig. Es ist also zu vermuten, dass die rückläufige Anzahl an Vereinen auf die Zentralisierung und Digitalisierung der Vereinsregister zurückzuführen ist.

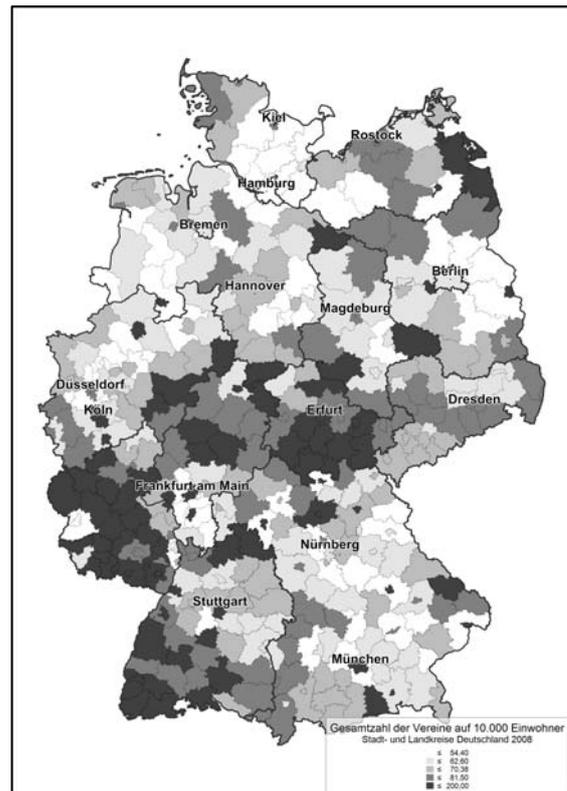
Vergleicht man die Bundesländer (Tabelle 4), so hat Nordrhein-Westfalen mit 115.190 absolut gesehen die meisten Vereine und Bremen und Hamburg mit 3.282 und 9.077 die geringste Anzahl an Vereinen. Im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen führt das Saarland mit 9.003 Vereinen auf 1 Million Einwohner, gefolgt von Thüringen mit 8.654 Vereinen pro 1 Million Bürger. Bayern und Nordrhein-Westfalen liegen hier unter dem deutschen Mittelwert von 6.770 pro 1 Million Einwohner. Das Schlusslicht bildet der Stadtstaat Hamburg mit 5.095 Vereinen und Schleswig-Holstein mit 5.459 Vereinen auf 1 Million Einwohner.

Tabelle 4: Vereine in den Bundesländern Deutschlands.

Bundesland	Gesamtzahl der Vereine	Prozentuale Verteilung	Vereine pro 1 Mio Einw
Baden-Württemberg	83.107	14,99	7.721
Bayern	81.526	14,7	6.477
Berlin	20.156	3,6	5.875
Brandenburg	14.247	2,6	5.608
Bremen	3.828	0,7	5.677
Hamburg	9.077	1,6	5.095
Mecklenburg -Vorpom.	12.516	2,3	7.429
Nordrhein-Westfalen	115.190	20,8	6.375
Hessen	42.645	7,7	6.996
Thüringen	19.866	3,6	8.654
Sachsen	28.809	5,2	6.807
Sachsen-Anhalt	16.820	3,03	6.934
Rheinland-Pfalz	32.760	5,9	8.036
Saarland	9.338	1,7	9.003
Niedersachsen	48.974	8,8	6.117
Schleswig-Holstein	15.535	2,8	5.459
Deutschland	554.394	100	6.770

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 3: Eine Landkarte des Sozialkapitals.



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Vereinsdichte lässt sich auch detaillierter für die 413 Landkreise und kreisfreien Städte darstellen. Zur Veranschaulichung haben wir die Anzahl der Vereine pro 10.000 Einwohner in eine Deutschlandkarte übertragen. Die dunklen Flächen in der Landkarte weisen auf eine hohe Anzahl an Vereinen pro 10.000 Einwohner hin. Mit zunehmender Helligkeit der Einfärbungen wird die Zahl der eingetragenen Vereine pro 10.000 Einwohner geringer (vgl. Abbildung 3).

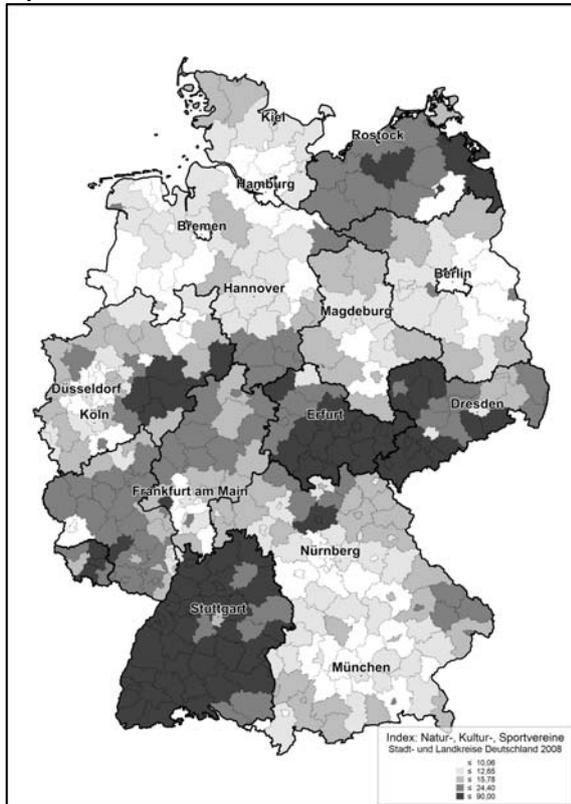
Der Abbildung 3 lässt sich entnehmen, dass die Vereine in Deutschland sehr heterogen verteilt sind. Es ist weder ein Ost-West Gefälle, noch ein Nord-Süd Gefälle zu erkennen. Eine hohe Dichte an Vereinen ist im Süden von Baden-Württemberg, in nahezu ganz Rheinland-Pfalz und in Teilen von Hessen und Thüringen zu erkennen. Zudem gibt es punktuell in ganz Deutschland hohe Konzentrationen an Vereinen: Besonders in dem Stadtkreis Karlsruhe mit 173,4 Vereinen und in und um Bamberg mit 149,5 Vereinen pro 10.000 Einwohner. Überdurchschnittlich viele Vereine gibt es auch in der kreisfreien Stadt Münster mit 115,9 Vereinen und in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) mit 105,2 und Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern) mit 123,9 Vereinen pro 10.000 Einwohner. Die geringsten Konzentrationen an Vereinen haben der Odenwaldkreis (Hessen) mit 9,97 Vereinen und der Landkreis Oder-Spree (Brandenburg) mit 10,1 Vereinen,

gefolgt von der kreisfreie Stadt Oberhausen, in der nur 20,5 Vereine pro 10.000 Einwohner gezählt wurden.

Abbildung 3 zeigt die Verteilung aller Vereine auf die Regionen in Deutschland. In einem weiteren Schritt lässt sich nun die Verteilung einzelner Vereinstypen darstellen. Um die Darstellungen auf eine überschaubarere Anzahl zu beschränken haben wir die Vereinskategorien von sieben Kategorien auf drei reduziert. Zu diesem Zweck haben wir mittels einer explorativen Faktorenanalyse die Vereinstypen ermittelt, die jeweils hoch korrelieren bzw. deren Varianz durch einen der extrahierten Faktoren erklärt werden kann. 80 % der Varianz der Vereinstypen werden durch drei Faktoren erklärt, die durch die Faktorenanalyse ermittelt wurden. Dies sind 1. Natur-, Kultur- und Sportvereine, 2. Politik-, Sozial- und Interessensvereine und 3. Freizeitvereine. Der Index „Natur-, Kultur- und Sportvereine“ gibt beispielsweise die Summe, der in den drei Vereinsrubriken gezählten Vereine, wieder. Die „Landkarten“ der Indizes sind sehr unterschiedlich und auch durch die Differenzierung ist kein klares geographische Muster wie etwa ein Ost-West-Gefälle zu erkennen.

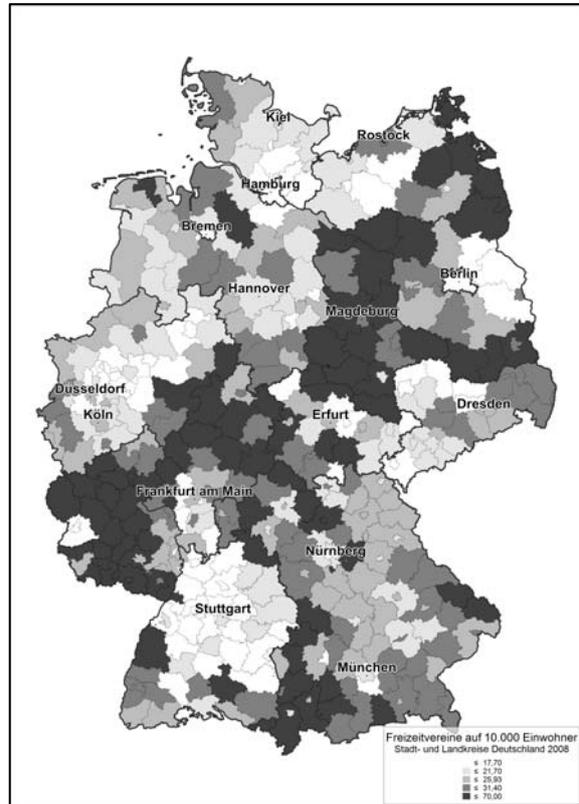
Es fällt auf, dass in Baden-Württemberg und Thüringen eine hohe Konzentration an Natur-, Kultur- und Sportvereinen herrscht und in Sachsen-Anhalt flächendeckend überdurchschnittlich viele Freizeitvereine auftreten. Ansonsten können einheitliche Vereinsbestände in den einzelnen Bundesländern nicht gefunden werden. Die flächige Verteilung wird vor allem bei den Sozial-, Interessens- und Politikvereinen aufgehoben. Es ist vielmehr zu beobachten, dass die Anzahl an Vereinen pro 10.000 Einwohnern besonders in den kreisfreien Städten groß ist. Die punktuelle Konzentration kann für die kommunalen Körperschaften „kreisfreie Städte“, die administrativ mit den Landkreisen gleichgestellt sind, auf der Karte gut erkannt werden. Die kreisfreien Städte Münster und Bonn liegen mit 72,01 und 87,2 Politik-, Sozial- und Interessenvereine pro 10.000 Einwohner an der Spitze dieser Vereinstypen. Die Natur-, Kultur- und Sportvereine sind in Deutschland in den kreisfreien Städten Baden-Baden und Karlsruhe (Baden-Württemberg) am stärksten vertreten. Mit 54,02 und 81,3 Natur-, Kultur und Sportvereine pro 10.000 Einwohner liegen sie vor der kreisfreien Stadt Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern.

Abbildung 4: Die Verteilung von Natur-, Kultur- und Sportvereinen.



Quelle: Eigene Darstellung.

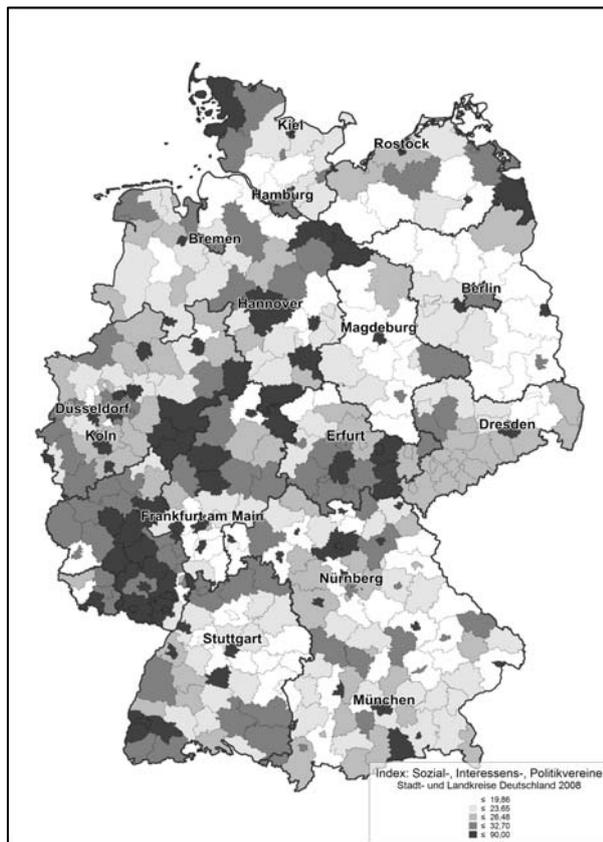
Abbildung 5: Die Verteilung von Politik-, Sozial- und Interessensvereinen.



Quelle: Eigene Darstellung.

Für die Freizeitvereine lässt sich beobachten, dass die höchsten Konzentrationen in Landkreisen und nicht in kreisfreien Städten zu finden sind. Der Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet mit 61,5 Freizeitvereinen pro 10.000 Einwohner die größte Anzahl dieser Vereinsart. Die Landkreise Bamberg (Bayern) und Kusel (Rheinland-Pfalz) zeigen mit 57,9 und 55,6 Freizeitvereinen ebenfalls überdurchschnittlich viele Freizeitvereine pro 10.000 Einwohner auf. Über die drei Vereinshauptkomponenten hinweg, lässt sich feststellen, dass die Landkreise Oder-Spree, Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald, alle in Brandenburg gelegen, und der Odenwaldkreis in Hessen die geringste Dichte an Vereinen aufweisen. Auch der Landkreis Herford und die kreisfreie Stadt Oberhausen sind unter den sieben Regionen in Deutschland mit der niedrigsten Anzahl an Vereinen.

Abbildung 6: Die Verteilung von Freizeitvereinen



Quelle: Eigene Darstellung.

Mit den hier erhobenen Daten können neben der Beschreibung der Verteilung von Vereinen auch Hypothesen zum vermeintlichen Vorteil von Vereinen für eine Region statistisch überprüft werden. Zu diesem Zweck haben wir Informationen der statistischen Landesämter über die Landkreise und kreisfreien Städte mit der Vereinsstatistik verbunden. Dadurch ist es möglich, mittels multivariater Regressionsanalysen unterschiedliche Hypothesen zu testen. In der Literatur wird z. B. vermutet, dass Regionen mit hohem Sozialkapital wirtschaftliche Vorteile haben (ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, geringe Arbeitslosigkeit), eine höhere politische Partizipation aufweisen und geringere Kriminalitätsraten haben. Wir können an dieser Stelle nicht mit der notwendigen Ausführlichkeit auf diese Hypothesen eingehen.

Erste Ergebnisse zeigen aber, dass die Vereinsdichte nicht immer in postulierter Beziehung zu den genannten Merkmalen von Regionen steht. Allerdings zeigen unsere Ergebnisse auch (hier nicht dargestellt), dass Regionen mit vielen Vereinen auch über ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verfügen, als Regionen mit niedrigeren Vereinszahlen. Tendenziell zeigt sich auch, dass Regionen mit hoher Vereinsdichte eine geringere Arbeitslosenquote aufweisen. Damit bestätigen die Analysen die Befunde von internationalen Studien. Dagegen scheint die Vereinsdichte keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung, die Kriminalitätsrate oder die Fertilitätsrate zu haben. Diese vorläufigen Ergebnisse können zu verschiedenen Schlussfolgerungen führen. Zum einen kann diskutiert werden, ob die Anzahl der Vereine und das Vereinsregister als Indikator für Sozialkapital geeignet sind. Zum anderen könnte aus den Analysen auch folgen, dass die positiven Auswirkungen der Vereinsstruktur einer Gesellschaft überschätzt werden. Auch die Daten, die die Vereinsregister liefern, und die damit verbundenen Nachteile wären mögliche Gründe für die heterogenen Ergebnisse. So sind pro Region lediglich die Anzahl an Vereinen und der Vereinstyp bekannt. Unbekannt ist dagegen die Stärke (Anzahl der Vereinsmitglieder) oder die Intensität der Aktivität der Vereine. Auch die Aktualität und Validität der geführten Vereinsregister ist fraglich. Über die Anzahl an „Karteileichen“ und veralteten

Listen lassen sich nur Schätzungen abgeben. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die fehlenden Zusammenhänge auf die mangelnde Information über die Vereine zurückzuführen sind.

Solche und andere Fragen sind Bestandteil zukünftiger Forschung. Die Vereinsstatistik 2008 liefert erste deskriptive Ergebnisse zu der Vereinslandschaft in Deutschland. Durch weitere Forschung sollte darüber hinaus gezeigt werden, welchen Beitrag die Vereine in Deutschland zur Sozialkapitalbildung der Bevölkerung leisten und wie der Bestand von Vereinen am besten erhalten oder verbessert werden kann.

Literaturverzeichnis

Bühlmann, M.; Freitag, M. (2004): Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 56:326-349.

Happes, W. (2008): Vereinsstatistik 2008. Konstanz: V&M Service GmbH. <http://www.npo-info.de/-vereinsstatistik/> (20.10.2009).

Offe, C.; Fuchs, S. (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. Robert D. Putnam (Hrsg.). Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Putnam, R.D. (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. NJ. Princeton University Press. Princeton.

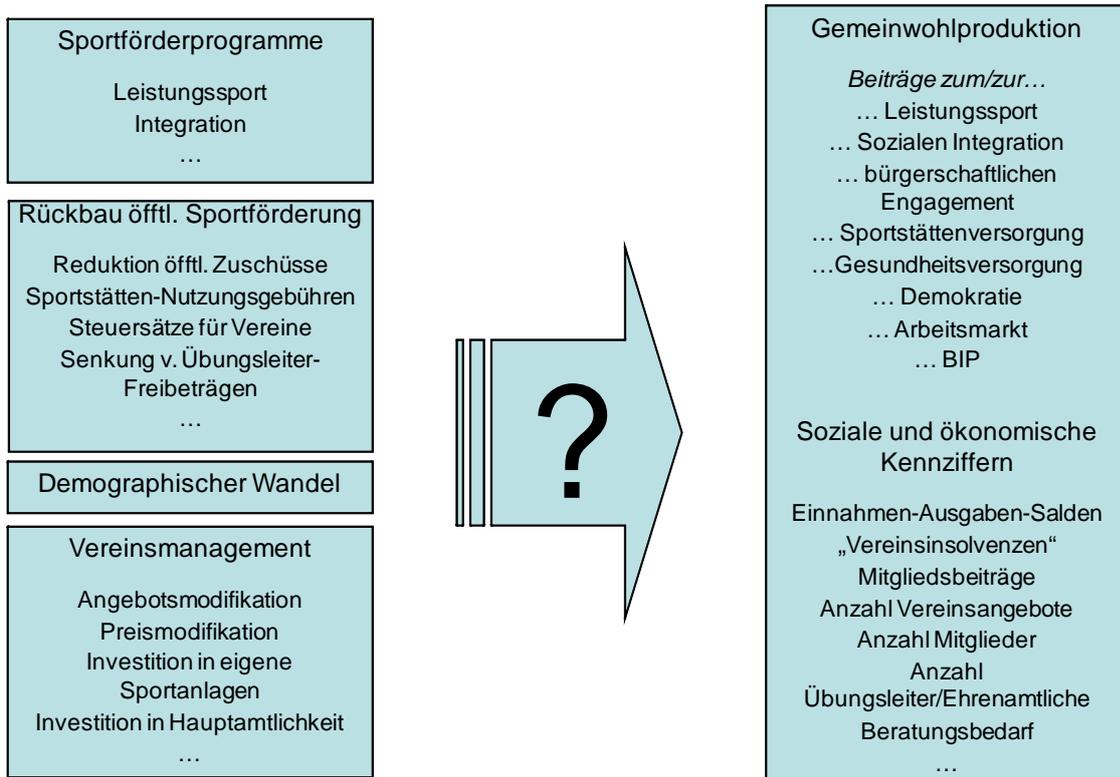
Tocqueville, Alexis de. [1840] (1976): Über die Demokratie in Amerika. Reclam. Stuttgart.

Zimmer, A. (2007): Vereine - Zivilgesellschaft konkret. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Sportentwicklungsberichte für Deutschland

Die Sportentwicklungsberichte – „Analysen zur Situation des Sports in Deutschland“ stellen eine Weiterentwicklung der Finanz- und Strukturanalysen des deutschen Sports (FISAS) dar mit dem Ziel, die Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Sport zeitnah mit politikfeld- und managementrelevanten Informationen zu versorgen (Argumentations- und Handlungswissen). Im Fokus dabei stehen die Gemeinwohlbeiträge des organisierten Sports, seine sozialen und ökonomischen Kennziffern sowie deren Entwicklung. Ferner werden Auswirkungen von Steuerungshandeln auf die Gemeinwohlproduktion sowie die sozialen und ökonomischen Kennziffern des Sports beobachtet (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Forschungsprogramm des Sportentwicklungsberichts.



Quelle: Eigene Darstellung.

Das Vorhaben wird finanziert von den 16 Landessportbünden, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) sowie dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp)¹⁹. Methodischer Kerngedanke der Sportentwicklungsberichte ist der Aufbau eines Paneldesigns, d. h., die gleichen Sportvereine sollen alle zwei Jahre zur ihrer Situation befragt werden. Mit den ersten beiden Wellen der Sportentwicklungsberichte (2005/06 und 2007/08) liegen somit erstmalig systematische Informationen zur Entwicklung der Sportvereine vor. Gleichzeitig liefert der Sportentwicklungsbericht mittlerweile Indikatoren für den Integrationsbericht des Bundes.

Als Methode kam wie bereits bei der ersten Welle eine Online-Befragung zum Einsatz. Die Erhebung der zweiten Welle wurde vom 17.09. bis 10.12.2007 durchgeführt. Als Grundlage für die Stichprobe dienten die von den Landessportbünden zur Verfügung gestellten Emailadressen der Vereine. Von den insgesamt 90.467 Sportvereinen in Deutschland wurden 45.270 Emailadressen übermittelt. Die Anzahl der übermittelten Emailadressen variierte erheblich von Bundesland zu Bundesland. Nach Abzug doppelt übermittelter Vereine bzw. Emailadressen wurden 44.367 Sportvereine per Email angeschrieben. Die Stichprobe wurde um diejenigen Vereine bereinigt, die aus verschiedenen Gründen nicht an der Befragung teilnehmen konnten. Der Großteil dieser Stichprobenausfälle (ca. 7.000) ist auf fehlerhafte Emailadressen zurückzuführen. Insgesamt konnten n=13.068 Interviews realisiert werden, was einem Rücklauf von 35,1 % entspricht (vgl. Tabelle 5). Somit konnten der Stichprobenumfang der ersten Welle bundesweit verdreifacht sowie die Beteiligungsrate um den Faktor 1,7 gesteigert werden. Insgesamt haben bundesweit n=1.648 Vereine an beiden Befragungen teilgenommen. Die dritte Welle des Sportentwicklungsberichts startet im Herbst 2009.

Tabelle 5: Feldübersicht des Sportentwicklungsberichts 2007/08 für Deutschland.

Sportentwicklungsbericht 2007/08	N	Anteil an Stichprobe I in %	Anteil an Stichprobe II in %
Grundgesamtheit	90.467		
Stichprobe I	44.367	100,0	
Fehlerhafte Emailadressen, Person nicht im Verein tätig, Verein existiert nicht mehr/in Auflösung, Absagen	7.161		
Bereinigte Stichprobe II	37.206		100,0
Realisierte Interviews	13.068		
Beteiligung (in %)	14,4	29,4	35,1

Quelle: Eigene Darstellung.

¹⁹ Geschäftszeichen IIA1-080902/07-08.

Ausgewählte Ergebnisse der Sportentwicklungsberichte

30 % der Sportvereine in Deutschland bieten Programme mit expliziten Zielsetzungen der Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation an. Insgesamt haben 14 % aller Sportangebote der Sportvereine in Deutschland einen solchen expliziten Gesundheitsbezug.

Eine wichtige Gemeinwohlaufgabe erfüllen die Sportvereine auch, indem sie einen beträchtlichen Teil der *Sportanlageninfrastruktur* in Deutschland selbst bereitstellen und damit öffentliche Haushalte entlasten. Bundesweit besitzen 38.300 eigene Anlagen (inkl. Vereinsheime). Hierbei liegt keine signifikante Veränderung im Zeitvergleich vor.

Der Beitrag der Sportvereine zur Sportinfrastruktur wird insbesondere bei einer differenzierteren Betrachtung deutlich. So stellen die Sportvereine in Deutschland etwa 11.800 Turn- und Sporthallen, 23.500 Sportplätze für Fußball oder Hockey, 3.200 Leichtathletikanlagen, 6.200 Kegelbahnen, 4.700 Fitness- bzw. Krafträume, 22.200 Schießanlagen, 5.800 Reitanlagen und 700 Bäder bereit. Hinzu kommen 31.800 Vereinsheime und 11.500 Jugendräume, die besonders im Hinblick auf die sozialen Funktionen des Sports von Bedeutung sind. Insbesondere bezüglich der Turn- und Sporthallen sowie Sportplätze zeigt sich, dass die Beiträge der Sportvereine zur Sportinfrastruktur in Deutschland in zentralen Bereichen deutlich zugenommen haben. So stellen die Sportvereine in Deutschland heute deutlich mehr Turn- und Sporthallen sowie Sportplätze zur Verfügung als noch vor zwei Jahren. Jedoch hat die Anzahl an Vereinen mit eigenen Vereinsheimen im Zeitverlauf signifikant abgenommen.

Die hohen Beiträge der Sportvereine zur Sportinfrastrukturversorgung werden auch daran ersichtlich, dass 5,5 % der Sportvereine (absolut: 5.000 Vereine) jeweils mehr als € 10.000,- in *eigene Baumaßnahmen* in den letzten beiden Jahren investiert haben. Im Durchschnitt investierten diese Vereine einen Betrag von gut € 80.000,-. Setzt man diese Werte in Beziehung zu den Zuschüssen zum vereinseigenen Sportanlagenbau, so muss festgehalten werden, dass Anschub- bzw. Anreizprogramme zum vereinseigenen Sportanlagenbau einen volkswirtschaftlichen Mehrwert generieren.

Für den hohen Gemeinwohlcharakter der Vereinsangebote spricht auch, dass die Sportvereine in Deutschland zahlreiche weitere *Kooperationen mit anderen Akteuren des Gemeinwohls* eingegangen sind. So kooperieren knapp 70 % der Sportvereine in irgendeiner Form mit einer Schule, 47 % mit einem Kindergarten bzw. einer Kindertagesstätte und 36 % mit dem Jugendamt. In den letzten beiden Jahren sind signifikant mehr deutsche Sportvereine Kooperationen in allen Bereichen eingegangen. Besonders deutlich angestiegen sind die Kooperationen mit Kindergärten bzw. Kindertagesstätten, Wirtschaftsunternehmen, Krankenkassen, Jugendämtern, kommerziellen Anbietern und Gesundheitsämtern.

Im Durchschnitt nimmt in den Sportvereinen fast jedes zweite Mitglied an geselligen Veranstaltungen teil. Insgesamt haben im Jahr 2006 13,0 Mio. Menschen an geselligen Veranstaltungen ihres Vereins teilgenommen. Die Entwicklung ist jedoch leicht rückläufig.

Ein zentrales und angebotsübergreifendes Gemeinwohlmoment stellt der Beitrag der Sportvereine zum *bürgerschaftlichen Engagement* dar. Insgesamt engagieren sich in den Sportvereinen Deutschlands Mitglieder in etwa 2,1 Mio. ehrenamtlichen Positionen, davon rund 1,0 Mio. auf der Vorstandsebene und 1,1 Mio. auf der Ausführungsebene (z. B. Trainer, Übungsleiter, Schieds- und Kampfrichter). 1,4 Mio. Positionen werden von Männern besetzt, 670.000 von Frauen. Obwohl die Zahlen rückläufig sind, stellt der organisierte Sport nach wie vor den quantitativ bedeutsamsten Träger bürgerschaftlichen Engagements dar. Hierfür spricht auch, dass entgegen der Entwicklung der Anzahl an Ehrenamtlichen der durchschnittliche Arbeitsumfang pro ehrenamtlich Engagiertem signifikant angestiegen ist.

Im Durchschnitt ist jeder Ehrenamtliche 17,6 Stunden pro Monat ehrenamtlich tätig. Bundesweit ergibt sich daraus eine Arbeitsleistung von 36,6 Mio. Stunden, welche in den Sportvereinen jeden Monat für gemeinwohlorientierte Zwecke erbracht werden. Es ist zu beachten, dass hier noch nicht diejenigen Leistungen der freiwilligen Helfer einberechnet sind, die sich bei gesonderten Arbeitseinsätzen unentgeltlich beteiligen (Vereinsfeste, Sportveranstaltungen, Renovierungen, Putzaktionen etc.). Dabei engagieren sich 6,6 Mio. Mitglieder als freiwillige Helfer bei diesen gesonderten Arbeitseinsätzen im Verein.

Gut 10 % der Mitglieder der deutschen Sportvereine haben einen Migrationshintergrund. Dies entspricht insgesamt 2,8 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, die in den gut 90.000 Sportvereinen integriert sind. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil von 18,4 % sind Migrantinnen und Migranten in den deutschen Sportvereinen dennoch unterrepräsentiert.

In 13,5 % der Sportvereine sind auch Personen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich engagiert. Auf der Ausführungsebene (Übungsleiter, Mannschaftsbetreuer, Schiedsrichter, Kampfrichter etc.) sind Migrantinnen und Migranten stärker vertreten als auf der Vorstandsebene. Knapp 10 % aller Vereine haben ehrenamtliche Migranten auf der Ausführungsebene und 7,4 % auf der Vorstandsebene. Insgesamt haben 2,6 % aller ehrenamtlich Engagierten einen Migrationshintergrund. Dennoch sind Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund auch in Relation zu ihrem Mitgliederanteil in den deutschen Sportvereinen unterrepräsentiert.

Ein beachtlicher Teil der Sportvereine will die Integration von Migrantinnen und Migranten zusätzlich aktiv unterstützen. 8,4 % der Sportvereine in Deutschland haben *Sondermaßnahmen zur Integration* von Migrantinnen und Migranten ergriffen.

Die Sportvereine in Deutschland sind in den letzten beiden Jahren weiblicher geworden. Es ist ihnen gelungen, in nahezu allen Altersklassen den *Anteil an weiblichen Mitgliedern* signifikant zu steigern. Gleichwohl bleiben Mädchen und Frauen – gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – in den Sportvereinen unterrepräsentiert.

Im Durchschnitt sind gut ein Viertel aller ehrenamtlichen Vorstandspositionen mit Frauen besetzt. Auf der Ausführungsebene (Übungsleitertätigkeit, Kampf-, Schiedsrichterwesen) sind es 30 % - bei signifikant steigender Tendenz. Blickt man auf die einzelnen Positionen, so fällt auf, dass Frauen auf der Vorstandsebene vor allem in Form von Schriftführerinnen (47 %), Schatzmeisterinnen bzw. Kassiererinnen (33 %) und Jugendleiterinnen (32 %) tätig sind. Eher selten sind sie als Vorsitzende (10 %), stellvertretende Vorsitzende (17 %) oder Sportwartin (17 %) tätig. Auf der Ausführungsebene ist der Frauenanteil unter Übungsleitern/Trainern fast doppelt so hoch wie unter Schiedsrichtern bzw. Kampfrichtern. Vom allgemeinen Rückgang an Ehrenamtlichen bleiben aber auch die weiblichen Ehrenamtlichen im Sportverein nicht verschont. Sowohl auf der Vorstandsebene als auch auf der Ausführungsebene (z. B. Übungsleitertätigkeit, Kampf-, Schiedsrichterwesen) sind in absoluten Zahlen deutliche Rückgänge zu verzeichnen.

Bei allen bemerkenswerten Leistungen der Sportvereine darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Situation der Sportvereine nicht völlig problemfrei ist. *Probleme* stellen vor allem die Bindung bzw. Gewinnung (1) ehrenamtlicher Mitarbeiter, (2) jugendlicher Leistungssportler sowie (3) von Übungsleitern dar. Unterstützungsbedarf besteht ferner hinsichtlich der (4) Bindung und Gewinnung von Mitgliedern sowie (5) hinsichtlich der Anzahl an Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften für die Sportvereine, die vielfach als zu hoch bzw. zu belastend eingestuft wird. In den letzten beiden Jahren sind die Probleme der Bindung bzw. Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter, des demografischen Wandels sowie der örtlichen Konkurrenz durch andere Sportvereine signifikant angestiegen. Probleme durch eine zu hohe Anzahl an Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften sowie durch Kosten des Wettkampfbetriebs sind hingegen zurückgegangen.

Die im Mittel moderaten Problemwerte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an Vereinen gibt, die existenzielle Probleme hat. Dies sind bundesweit 15,3 % aller Sportvereine bzw. insgesamt etwa 13.800 von gut 90.000 Vereinen in Deutschland. Hierbei stellt neben der Bindung bzw. Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter sowie von Mitgliedern insbesondere die finanzielle Situation bei einem größeren Teil der Vereine ein Existenz bedrohendes Problem dar.

56.000 deutsche Sportvereine und damit weniger als noch vor zwei Jahren nutzen *kommunale Sportanlagen*. Vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte sowie neuer Steuerungsmodelle scheint sich allerdings die Struktur dieser Subventionierung zu wandeln. So ist lediglich für

29,1 % der Vereine, die kommunale Sportanlagen nutzen, deren Nutzung sowohl kostenfrei als auch nicht an Gegenleistungen wie Schlüsselgewalt, Pflegeverantwortung etc. gebunden. 48 % der Vereine erbringen sonstige Gegenleistungen für die Nutzung kommunaler Sportanlagen. 43 % der Vereine bezahlen Nutzungsgebühren für die von ihnen genutzten kommunalen Sportanlagen. Hierbei ist zu konstatieren, dass der Anteil an Vereinen, der Gebühren für die Nutzung kommunaler Sportanlagen zu bezahlen hat, binnen zwei Jahren höchstsignifikant angestiegen ist. Im Mittel bezahlen die Sportvereine für 35,6 % der Stunden, in denen sie kommunale Anlagen nutzen, Nutzungsgebühren.

Der Ausbau der Ganztagschule führt in einigen Bundesländern zu schärferen Problemen in der Sportanlagenversorgung. So zeigt sich in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Bayern ein signifikanter Effekt der Ganztagsschuldichte auf die Größe des Problems der zeitlichen Verfügbarkeit der Sportstätten.

Neben allgemeinen Problemen und Problemen hinsichtlich der Nutzung kommunaler Anlagen können auch Probleme im Bereich der *Vereinsfinanzen* vorliegen. Auf der *Ausgabenseite* der Sportvereine in Deutschland machen (1) Ausgaben für Trainer, Übungsleiter und Sportlehrer die im Durchschnitt höchsten Kostenfaktoren aus, gefolgt von (2) Kosten für Unterhalt und Betrieb eigener Anlagen, (3) Ausgaben für Sportgeräte und –kleidung sowie (4) Ausgaben für Verwaltungspersonal. Hierbei ist von Bedeutung, dass zwei Kostentypen seit 2005 signifikant angestiegen sind. Sowohl die durchschnittlichen Ausgaben für Trainer, Übungsleiter und Sportlehrer als auch für Versicherungen sind innerhalb von zwei Jahren um jeweils 14 % angestiegen. Problemerhöhend kommt hinzu, dass im gleichen Zeitraum keine Entlastung durch einen Rückgang eines anderen Kostentyps erfolgte.

Aufgefangen werden diese gestiegenen Kosten derzeit primär über gewachsene *Einnahmen* aus Mitgliedsbeiträgen, die im gleichen Zeitraum um 12 % angestiegen sind. Hinsichtlich der Einnahmen aus Zuschüssen ist zu beachten, dass nicht alle Vereine von direkten Zuschüssen der öffentlichen Hand profitieren. Auch weitere Finanzierungsmöglichkeiten bleiben häufig unerschlossen.

Während über die Hälfte der Sportvereine Zuschüsse von den Sportorganisationen oder von Kreis/Stadt/Gemeinde erhält, partizipieren nur etwa 4,5 % der Sportvereine an sonstigen Förderprogrammen der öffentlichen Hand (z. B. über Arbeitsämter) und 0,5 % an europäischen Fördermitteln. Überdies weisen Sportvereine, die von einem Rückbau öffentlicher Zuschüsse betroffen sind, nur noch zu 63,3 % einen mindestens ausgeglichenen Haushaltssaldo auf (zuvor: 70,6 %). Steigen dagegen die Zuschüsse aus öffentlicher Sportförderung an, so wächst der Anteil an Vereinen mit mindestens ausgeglichenem Haushalt von 64,7 % auf 71,8 % an. Bezogen auf alle Sportvereine gilt somit: Das Risiko nicht ausgeglichener Haushalte steigt mit einem Rückbau öffentlicher Förderung deutlich an. Viele Vereine können Kürzungen der öffentlichen Zuschüsse nicht hinreichend durch

eine Steigerung anderer Einnahmearten ausgleichen und sind somit existenziell auf diese angewiesen.

Die Finanzströme zwischen dem Staat und den Vereinen sind nicht einseitig. Sportvereine profitieren nicht nur von der öffentlichen Hand, sondern sie sind gleichzeitig auch ein *wichtiger Steuerzahler*. Es ist davon auszugehen, dass die steuerlichen Rückflüsse der Sportvereine in Deutschland etwa 820 Mio. € pro Jahr betragen. Damit übersteigen sie die direkten öffentlichen Zuwendungen (inkl. Zuwendungen über Sportbünde und Fachverbände) von ca. 500 Mio. € um über 300 Mio. €.

Potenziale der Sportentwicklungsberichte für ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Die Sportentwicklungsberichte für Deutschland scheinen von ihrer Struktur prinzipiell als Modell für Subsysteme eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ geeignet. Wenn es Ziel sein sollte, (auch) ein organisationsbezogenes „Informationssystem Zivilgesellschaft“ zu implementieren, so sollten folgende Bedingungen erfüllt sein: Die befragten Organisationen der Zivilgesellschaft sollten einen direkten Nutzen von der Bereitstellung ihrer Daten erwarten können. Dies erleichtert einen kritischen Mindestrücklauf und könnte bspw. dadurch erfolgen, dass auf Basis der Befunde öffentliche oder verbandliche Unterstützungsleistungen optimiert werden und dies entsprechend auch den Organisationen gegenüber kommuniziert wird.

In theoretischer Hinsicht scheint die Verknüpfung von Ressourcenfragen und organisationalen Leistungen zur Zivilgesellschaft hilfreich um fundierte Empfehlungen zu Stabilität, Nachhaltigkeit sowie Subventionsbedarf zivilgesellschaftlicher Organisationen bereitzustellen. Die positiven methodischen Erfahrungen mit dem Einsatz von Online-Surveys sprechen durchaus für den Einsatz entsprechender Techniken im Rahmen eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“.

Essentiell ist die Vergabe sogenannter „unveränderlicher Organisationsnummern“ um die unterschiedlichen Datenlieferanten eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ (z. B. Freiwilligensurvey, Organisationsbefragungen etc.) miteinander verknüpfen zu können und Mehrebeneneffekte zwischen Meso- und Mikroebene untersuchen sowie beobachten zu können. In diesem Kontext könnten die Sportentwicklungsberichte für Deutschland selbst eine Datenquelle für das „Informationssystem Zivilgesellschaft“ darstellen.

Literatur

- Breuer, C. (Hrsg.) (2009): Sportentwicklungsbericht für Deutschland 2007/2008. (Wissenschaftliche Berichte und Materialien des Bundesinstituts für Sportwissenschaft). Sportverlag Strauß. Köln.
- Rittner, V.; Breuer, C. (2004): Gemeinwohlorientierung und soziale Bedeutung des Sports (Wissenschaftliche Berichte und Materialien des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, 8). Sport und Buch Strauß. Köln.

Einbettungs- und Nutzungspotentiale des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ in die Wirtschafts- und Sozialstatistik

Einleitung

Dieser Beitrag befasst sich mit dem Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“, einem Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der Fritz Thyssen Stiftung. Es wird der erste Projektbaustein (Modul 1) vorgestellt, den das Statistische Bundesamt und das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) gemeinsam bearbeiten.

Dieser Artikel befasst sich zunächst mit den Zielen von Modul 1 und mit der Datenlage der amtlichen Statistik, bevor er kurz das statistische Unternehmensregister umreißt, um anschließend auf die konkrete Umsetzung und die Grenzen von Modul 1 einzugehen. Am Ende werden Einbettungs- und Nutzungspotentiale benannt, die das Modul eröffnet und ein abschließendes Fazit geben.

„Zivilgesellschaft in Zahlen“ – Modul 1

Ziel des Moduls

Vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Bedeutungszunahme zivilgesellschaftlicher Organisationen besteht national und international ein großer Bedarf an statistischen Informationen zum so genannten Dritten Sektor. Mit dem Modul soll in Form einer Machbarkeitsstudie der erste Schritt hin zu einer statistischen Dauerbeobachtung des Dritten Sektors in Deutschland gemacht werden. Das Modul soll im April 2011 abgeschlossen sein und dann erste Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors liefern. Es soll aber auch aufzeigen, wo gegebenenfalls Probleme und Datenlücken bestehen.

Entsprechend der Projektplanung stellt das statistische Unternehmensregister der amtlichen Statistik die Datenbasis für das Modul dar. Ansatzpunkt und Voraussetzung für die weiteren Projektschritte ist es, im Unternehmensregister alle Einheiten zu identifizieren, bei denen es sich nach den Kriterien des

maßgeblichen UN-Handbuchs²⁰ um Einheiten des Dritten Sektors handelt. Laut Definition des UN-Handbuchs sind Einheiten des Dritten Sektors:

- formell strukturiert (d.h. es handelt sich um Organisationen),
- unabhängig vom Staat,
- nicht gewinnorientiert,
- eigenständig verwaltet,
- keine Zwangsverbände und werden zu einem gewissen Grad von freiwilligen Beiträgen getragen.

Neben der Definition des UN-Handbuchs existieren weitere Konzepte zur Abgrenzung des Dritten Sektors. Im Gegensatz zur Definition des UN-Handbuchs lässt z.B. die Definition der Sozialwirtschaft eine Gewinnerzielungsabsicht der Mitglieder einer Organisation zu. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Private Organisationen ohne Erwerbszweck sektoral enger abgegrenzt als der Dritte Sektor im UN-Handbuch. Nur Einheiten, die unmittelbar privaten Haushalten dienen und sich nicht überwiegend aus Verkäufen finanzieren, werden dort dem Sektor Private Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet. Unabhängig vom Träger werden somit Krankenhäuser und Pflegeheime in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht diesem Sektor zugerechnet, sondern den Sektoren finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, da sie sich überwiegend durch Verkäufe an Sozialversicherungen, den Staat und private Haushalte finanzieren.

Eine Umsetzung der Kriterien des UN-Handbuchs im Rahmen einer Identifizierung und Kennzeichnung des Dritten Sektors im Unternehmensregister ist prinzipiell über eine Vielzahl von Quellen denkbar. Im Folgenden werden diese auf ihren Nutzen bezüglich der Zielsetzung dieses Moduls hin überprüft.

Datenlage der amtlichen Statistik

In der amtlichen Statistik gibt es eine Vielzahl von Quellen, die zur statistischen Erfassung des Dritten Sektors von Interesse sind. Dazu zählen z.B.:

- Steuerstatistiken: Diese enthalten Daten zum Spendenaufkommen und liefern dadurch Informationen über die Einnahmen des Dritten Sektors.
- Gesundheitsstatistiken: Die Krankenhausstatistik liefert z.B. Informationen über die Trägerschaft von Krankenhäusern.

²⁰ UNITED NATIONS (2003): Handbook on Non-Profit Institutions in the System of National Accounts.

- Haushaltsbefragungen: Die Zeitbudgeterhebung gibt beispielsweise Auskunft über das Engagement der Befragten bezüglich ehrenamtlicher Tätigkeit.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Machen Angaben über Private Organisationen ohne Erwerbszweck, aber aufgrund einer unzureichenden Datenbasis ist ein Einzelnachweis für diesen Sektor bzw. eine Abgrenzung des Dritten Sektors nicht möglich.
- Unternehmensregister: Enthält alle wirtschaftlich aktiven Einheiten; eine Identifizierung von Unternehmen, die dem Dritten Sektor angehören, liegt jedoch bisher nicht vor.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die meisten der vorhandenen Datenquellen in der amtlichen Statistik lediglich Ausschnitte des Dritten Sektors zeigen, sie geben aber kein zusammenhängendes und umfassendes Bild. Daher ist der zentrale Teil des Moduls, anhand des Unternehmensregisters alle (wirtschaftlich aktiven) Einheiten des Dritten Sektors zu erfassen. Die oben genannten Kriterien des Dritten Sektors nach UN-Handbuch müssen so operationalisiert werden, dass die Zugehörigkeit zum Dritten Sektor aus den im Unternehmensregister vorhandenen Merkmalen abgeleitet werden kann.

Das Unternehmensregister

Das Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank aller wirtschaftlich aktiven Unternehmen und deren Betriebe aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen (derzeit jedoch unter Ausnahme der Wirtschaftsabschnitte Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung), die entweder mehr als 17.500 Euro steuerbaren Umsatz und/oder mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Das Unternehmensregister wird dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder geführt und speist sich aus verschiedenen Verwaltungsquellen, wie z.B. Daten der Finanzbehörden, der Bundesagentur für Arbeit und der Industrie- und Handelskammern. Diese werden jährlich in das Unternehmensregister eingepflegt. Zusätzlich fließen Erkenntnisse aus laufenden Erhebungen der statistischen Ämter in das Unternehmensregister ein.

Das Unternehmensregister dient hauptsächlich als Instrument zur Planung und Unterstützung von Primärerhebungen vor allem in der Wirtschaftsstatistik, als Grundlage für Auswertungen von Strukturdaten über nahezu alle Wirtschaftsbereiche und als Grundlage für den Ersatz von Zählungen und Erhebungen.

Für alle Unternehmen stehen Merkmale wie Name und Adresse, steuerbarer Umsatz, Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Rechtsform und wirtschaftliche Tätigkeit gemäß Klassi-

fikation der Wirtschaftszweige 2008 zur Verfügung. Allerdings ist im Unternehmensregister bisher keine Kennzeichnung verfügbar, die anzeigt, ob eine Einheit dem Dritten Sektor angehört oder nicht.

Umsetzung

Um eine Kennzeichnung „Dritter Sektor“ für die etwa 3,6 Mio. Unternehmen im Unternehmensregister vorzunehmen, muss ein weitmöglich maschinell anwendbarer Algorithmus entwickelt werden, der anhand bereits vorliegender Informationen im Unternehmensregister Zuordnungen zum Dritten Sektor leistet. Nur in Ausnahmefällen können manuelle Festlegungen getroffen werden.

Der Algorithmus wird sich hauptsächlich auf die Angaben zum Wirtschaftszweig und zur Rechtsform stützen, die sich jeweils in für den Dritten Sektor typische, mögliche und untypische Ausprägungen einteilen lassen. Typische Wirtschaftszweige für den Dritten Sektor liegen beispielsweise in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen (z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime), Erziehung und Unterricht (z.B. Kindergärten, Schulen und Universitäten) oder Kunst, Unterhaltung und Erholung (z. B. Theaterensembles, Sportvereine, Museen). Typische Rechtsformen sind beispielsweise Stiftungen, eingetragene Vereine, gemeinnützige GmbHS und öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften. Ein prototypisches Unternehmen des Dritten Sektors wäre demnach z.B. ein gemeinnütziges Krankenhaus. Potentiell dem Dritten Sektor angehörig sind z.B. Einheiten, welche die Rechtsform einer Stiftung und den Wirtschaftszweig Verlagswesen aufweisen. Stiftungen sind nicht per se dem Dritten Sektor zuzuordnen, sondern nur dann, wenn sie nicht staatlich kontrolliert werden und der Stiftungszweck die Förderung des Gemeinwohls ist. Deshalb zählen beispielsweise Familienstiftungen und Unternehmensstiftungen grundsätzlich nicht zum Dritten Sektor. Untypisch für den Dritten Sektor wäre beispielweise ein Unternehmen mit der Rechtsform Kommanditgesellschaft und dem Wirtschaftszweig Maschinenbau.

Zusätzlich zu den Merkmalen Wirtschaftszweig und Rechtsform sollen Informationen zur Trägerschaft und über die Zugehörigkeit von Unternehmen zu Unternehmensgruppen verwendet werden, um die Zuordnungen zu verbessern und um den „Graubereich“ von Einheiten, für die der Wirtschaftszweig und die Rechtsform eine potentielle Zuordnung zum Dritten Sektor signalisieren, zu verkleinern. Die Trägerschaft eines Unternehmens gibt beispielsweise an, ob der Träger eines Krankenhauses eine Gemeinde oder eine private Einheit ist. Bei Trägerschaft durch eine öffentliche Einheit, wird das betroffene Unternehmen aus der Menge der Einheiten des Dritten Sektors ausgeschlossen. Die Zugehörigkeit eines Unternehmens zu einer Unternehmensgruppe kann z.B. dazu führen, dass eine Tochtergesellschaft, die für sich genommen dem Dritten Sektor angehören würde, deren Mutter aber dem öffentlichen Sektor angehört, aus der Menge der Einheiten des Dritten Sektors entfernt wird.

Schließlich soll eine Kennzeichnung anhand von Positivlisten erfolgen, also über recherchierte Verzeichnisse von Einheiten, die zum Dritten Sektor gehören. Diese müssen im Unternehmensregister über Name und Adresse identifiziert werden.

Erfolgskriterien und Grenzen

Die Implementierung der Kennzeichnung der Zugehörigkeit zum Dritten Sektor im Unternehmensregister wird die Hauptarbeit innerhalb des Moduls sein. Da die Merkmale des Unternehmensregisters nicht für die Zwecke einer solchen Kennzeichnung ausgelegt sind, müssen sie zum Teil für das Modul aufbereitet werden. So wird im Unternehmensregister beispielsweise eine steuerrechtlich anerkannte gemeinnützige GmbH (gGmbH) nicht von einer GmbH unterschieden. Für die Identifizierung von Einheiten des Dritten Sektors ist diese Unterscheidung jedoch notwendig. Daher wird versucht, solche gGmbHs über eine Suche im Namen der Unternehmen zu identifizieren.

Mit der Machbarkeit dieser Kennzeichnung, also der Frage, ob sich die abstrakten Kriterien des UN-Handbuchs so operationalisieren lassen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Dritten Sektor anhand der konkret im Unternehmensregister vorhandenen Informationen gelingt, steht und fällt der Erfolg des Moduls. Die Qualität der Ergebnisse hängt maßgeblich davon ab, ob eine zuverlässige maschinelle Kennzeichnung für die Masse der Einheiten gelingt. Wären für eine große Anzahl von Einheiten aufwändige Recherchen und Einzelfallentscheidungen durchzuführen, ist dieser Aufwand im Rahmen dieses Moduls nicht zu leisten.

Im Unternehmensregister stehen vornehmlich Angaben über wirtschaftlich aktive Einheiten, ihre Beschäftigten und die Höhe ihrer Umsätze zur Verfügung. Nicht darin erfasst werden jedoch:

- Einheiten, in denen keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und kein zu versteuernder Umsatz über 17.500 Euro vorhanden sind. Dies betrifft vermutlich unter anderem eine Vielzahl von Vereinen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen.
- Der Umfang unbezahlter Arbeit, d. h. ehrenamtliches Engagement.
- Die spezifische Finanzierung, also Einnahmen und Ausgaben, der Einheiten des Dritten Sektors.
- Die Mitgliederzahlen von Organisationen und Verbänden.

Ziel des Moduls ist es daher auch, die Messbarkeit des Dritten Sektors innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen zu bewerten.

Einbettungs- und Nutzungspotenziale

Als wesentliches Ziel von Modul 1 des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ wurde von Beginn an die Erfassung des Dritten Sektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gesehen. Hierfür soll ein Satellitensystem „Dritter Sektor“ erstellt werden, d. h. es soll eine Ausweitung der üblichen Rechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfolgen. Dazu gehört beispielsweise die modellmäßige Ermittlung der Bruttowertschöpfung in der Abgrenzung und nach den Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Damit kann eingeordnet werden, welchen Anteil der Dritte Sektor an der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Deutschland hat, d.h. welchen Beitrag der Dritte Sektor zum Bruttoinlandsprodukt liefert.

Mit der Kennzeichnung der Einheiten des Dritten Sektors im Unternehmensregister wird informationstechnisch²¹ die Grundlage für eine weiterführende Beobachtung geschaffen. Das Unternehmensregister ist das zentrale Infrastrukturinstrument für die Durchführung zahlreicher Wirtschaftsstatistiken, indem es Grundgesamtheit, Hochrechnungsrahmen und Adressangaben für Erhebungen stellt. Nach erfolgreicher Einführung einer Kennzeichnung „Dritter Sektor“ können damit für Einheiten, die an wirtschaftsstatistischen Erhebungen teilnehmen, die vorliegenden Informationen auch zur Beobachtung des Dritten Sektors verwendet werden.

Darüber hinaus könnte, nach erfolgter Kennzeichnung, das Unternehmensregister zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden, um Einheiten des Dritten Sektors gezielt zu befragen und auf diesem Weg weitere Daten zu erhalten, die bislang fehlen und die beispielsweise für detaillierte Satellitenrechnungen zum Dritten Sektor in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt werden.

Fazit

Im Fokus des 1. Moduls des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ steht die Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors, nicht dessen gesellschaftliche Relevanz. Zudem soll erstmals eine Grundlage für weitere Analysen geschaffen werden, die es erlaubt, weitergehende Informationen, z. B. bezüglich des bürgerschaftlichen Engagements, zu ermitteln.

Die Identifizierung des Dritten Sektors im Unternehmensregister verursacht keine zusätzliche Belastung der Unternehmen durch statistische Erhebungen. Dennoch erscheint schon jetzt eine spätere ergänzende Befragung – im Rahmen von Modul 3 des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ - im Grunde unerlässlich, um weitere Informationen bezüglich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors zu erhalten.

²¹ Der Beitrag klammert hierbei bewusst die rechtlichen Grundlagen aus.

Sozialstatistik und SOEP - Verknüpfungsmöglichkeiten für ein nachhaltiges „Informationssystem Zivilgesellschaft“

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist mit mehr als 20.000 Befragten die größte und am längsten laufende interdisziplinäre Längsschnittuntersuchung in Deutschland. Seit nunmehr über 25 Jahren werden in dieser repräsentativen Untersuchung jährlich immer dieselben Personen in mehr als 11.000 Haushalten nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage befragt. Die anonymisierten Mikro-Datensätze des SOEP werden von der SOEP-Gruppe am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) nutzerfreundlich aufbereitet, dokumentiert und gegen eine geringe Nutzungsgebühr an Wissenschaftler/innen an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen im In- und Ausland zu Zwecken der Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt.

Das SOEP stellt primär für die sozial-, verhaltens- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung Mikrodaten bereit (Wagner et al. 2007 sowie Schupp 2009). Dabei steht die SOEP-Erhebung in der Tradition der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung, deren Ziel die Dauerbeobachtung von sozialem Wandel und Wohlfahrtsproduktion ist, wozu auch Indikatoren des zivilgesellschaftlichen Engagements zählen (vgl. Schupp et al. 1996). Die Daten des SOEP sind dabei in zweifacher Hinsicht auch für ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“ von Interesse. Zum einen erlauben sie jährlich wiederholbare Situationsanalysen, die auch Veränderungsprozesse nachvollziehen können und damit einen Beitrag zur Beschreibung sozialen Wandels in Deutschland leisten. Zum anderen bieten die Daten eine Basis, um theoretische Erklärungsansätze für das Verhalten von Individuen, von Haushalten, von Gruppen und Gesellschaften zu testen und damit zu einer empirisch fundierten Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen sowie zu Theorie zivilgesellschaftlichen Engagements im Speziellen beizutragen.

Die Motivation der Gründer des SOEP war es vor allem, Längsschnittdaten zur Prüfung kausaler Hypothesen zu gewinnen (Krupp 2008). Weltweit wurden Haushaltspanelstudien überwiegend deshalb in die Wege geleitet, um Dynamiken der Einkommensverteilung und -armut nachzubilden und zu beschreiben. Die erste Panelstudie, die vor mehr als 40 Jahren begonnene PSID, führt dieses Interesse sogar im Namen: Panel Study of Income Dynamics. Dementsprechend liegen auch sehr viele Veröffentlichungen auf der Basis von Haushaltspanels vor, die primär auf die Beschreibung der

Stabilität sowie der Veränderungen in den Aggregatindikatoren der Einkommensungleichheit einer Gesamtbevölkerung abzielen. Entsprechende Analysen werden auch in Deutschland auf Basis des SOEP erstellt und fließen in nationale politiknahe Berichte, wie z. B. die Armuts- und Reichtumsberichte der deutschen Bundesregierung ein. Zudem haben SOEP-basierte deskriptive Analysen in den letzten Jahren die Debatte um das „Schrumpfen der Mittelschicht“ in Politik wie Wissenschaft nachhaltig beeinflusst (vgl. Grabka/Frick 2008).

Als repräsentative Wiederholungsbefragung seit 1984 zeichnet das SOEP aus, dass eine steigende Zahl von Teilstichproben – bei denselben Personen und Familien – integriert wurden. Bereits im Juni 1990, also noch vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, wurde die Studie auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet, um die historisch einmalige Chance zu nutzen, in ausgewählten Lebensbereichen Längsschnittdaten zur Transformation einer Gesellschaft zu gewinnen (Schupp/Wagner 1990). Zur breiteren Erfassung gesellschaftlichen Wandels wurde in den Jahren 1994/95 zudem die „Zuwanderer-Stichprobe“ eingeführt (vgl. Schupp/Wagner 1995). Weitere zusätzliche Stichproben wurden in den Jahren 1998, 2000, 2002, 2006 in die laufende Erhebung integriert. Mit einer zunehmenden „Laufzeit“ sowie der Verfügbarkeit einer prospektiven längsschnittlichen Mikrodatenbasis von Haushaltspanels, wie sie in den 90er Jahren in mehreren Ländern Europas begonnen wurden, sind jedoch auch zusätzliche Aspekte in den Vordergrund der Analysen gerückt. Denn mit dem Vorliegen langlaufender Panel-Daten, die es ermöglichen, individuelle Lebensverläufe im Familien- und Haushaltskontext über einen längeren Zeitraum hinweg zu beobachten, hat sowohl die Analyse von Lebensverläufen aus Sicht einzelner Gruppen oder mehrerer Kohorten als auch die Analyse intergenerationaler Zusammenhänge in den letzten Jahren enorm zugenommen. An dieser Stelle kann die SOEP-basierte Analyse zur Zivilgesellschaft einen wirklich „nachhaltigen“ Beitrag zu einem Informationssystem liefern, wenn nämlich die SOEP-Daten für eine generationenvergleichende Perspektive auf Fragestellungen von Zivilgesellschaft herangezogen werden.

Das ursprüngliche Erhebungskonzept des SOEP (vgl. Hanefeld 1987) war geprägt durch eine weitgehende Überschneidung mit dem Gliederungsschema des „Systems sozialer Indikatoren“, das bereits von einem der Gründerväter des SOEP, Wolfgang Zapf, vor mehr als 35 Jahren skizziert wurde (Zapf 1972). Insbesondere die Einbettung in die primären Forschungsinteressen des früheren interdisziplinären Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim prägten die Auswahl der Fragen sowie der Themenschwerpunkte des SOEP (vgl. hierzu Hanefeld/Schupp 2008). Die explizite Einbeziehung originär soziologischer Themen – wie des Konzeptes der Produktion subjektiver Wohlfahrt – führten dazu, dass das SOEP im Vergleich zur Vorbildstudie PSID sowohl bezüglich der Themenauswahl als auch in den Erhebungsmethoden neue Wege beschritt. So wird im SOEP jeder Erwachsene um ein

persönliches Interview zu seiner objektiven wie subjektiven Lebenssituation gebeten – im Gegensatz zur PSID, wo neben dem (telefonischen) Interview mit einer Hauptauskunftsperson lediglich ein Proxyinterview die persönliche Situation anderer Erwachsener in einem Mehrpersonenhaushalt charakterisiert. Zudem enthielt das Befragungsprogramm des SOEP von Beginn an eine Fülle von subjektiven Indikatoren zur Bewertung der eigenen Lebenssituation. Dieses Konzept, das jedes Individuum in einem Privathaushalt in den Mittelpunkt der Befragung rückt, hat sich bei allen nachfolgenden Haushaltspanelstudien in Europa und Australien konzeptionell durchgesetzt.

Mit der Verfügbarkeit von mittlerweile bis zu 25 Messungen pro Person wuchs sowohl das Potenzial für Analysen über den Lebensverlauf hinweg, als auch – bedingt durch die wachsende Zahl an Mehrgenerationenhaushalten – die Möglichkeit von Analysen zu intergenerationalen Zusammenhängen. Insgesamt ist das SOEP somit seit geraumer Zeit über eine „bloße“ Haushaltspanelstudie hinausgewachsen und zu einer prospektiv angelegten Mehrkohortenstudie geworden – ohne freilich seine Bedeutung für Einkommensanalysen zu verlieren, die ihrerseits zunehmend von reinen Querschnittsequenzen abkommen und die durch die Datensätze eröffneten Möglichkeiten für Längsschnittanalysen nutzen.

In den letzten Jahren wurde das SOEP in zwei Richtungen konzeptionell weiterentwickelt (vgl. ausführlich Schupp et al. 2008). Zum einen öffnete es sich weit für psychologische Ansätze. So wurden neben der sogenannten Kontrollüberzeugung seit 2002 eine Reihe weiterer Konzepte eingebracht, die sich auf Persönlichkeitsmerkmale beziehen und konzeptionell als weitgehend stabil angesehen werden können bzw. deren Stabilität und Handlungsrelevanz noch empirisch zu überprüfen bleiben. Zum zweiten folgt das SOEP der Erkenntnis, dass für bessere Erklärungen des Verhaltens im Erwachsenenalter mehr Informationen über die (früheste) Kindheit von Individuen nötig sind. Diese Informationen werden von den Eltern erfragt. Seit dem Jahr 2000 wurden im SOEP zudem spezielle altersspezifische Erhebungsinstrumente für Kinder und Jugendliche eingeführt.

Hinsichtlich der Analysepotenziale zu zivilgesellschaftlichen Themen gibt es mehrere empirische Zugänge im SOEP. Zum einen erlaubt es das SOEP – im Rahmen der regelmäßigen Erhebung zeitlicher Aktivitäten im Alltag – ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten zu identifizieren. Hierzu liegen mittlerweile eine ganze Reihe an Auswertungen zur zahlenmäßigen Beteiligung über die Jahre (Künemund/Schupp 2008), als auch zu individuellen Erträgen aus solchen Aktivitäten (Erlinghagen 2003) vor.

In den letzten Jahren wurde zudem in längeren Replikationszyklen Mitgliedschaften in Berufsverbänden, Gewerkschaften, Umweltschutz oder sonstigen Organisationen erfragt. Darüber hinaus liegen für sämtliche Beschäftigte im SOEP die Klartextangaben zu Berufen und Wirtschaftszweigen vor, die anhand gängiger Klassifikationsverfahren (ISCO, NACE) vercodet werden. Somit

lassen sich im SOEP Beschäftigte im dritten Sektor leicht identifizieren sowie deren sektorale Beschäftigungsdynamik bestimmen.

Tabelle 6: Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten in Westdeutschland (gewichtet, Anteile in %).

Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen:

	Erhebungsjahr										
	1985	1986	1988	1992	1994	1996	1997	1999	2001	2005	2007
jede Woche	8,3	8,0	9,2	7,3	7,6	8,2	7,8	8,0	8,3	9,5	10,1
jeden Monat	6,2	6,3	6,5	6,5	6,7	7,6	7,7	6,9	7,7	8,1	8,3
selten	8,1	7,5	9,5	11,2	12,8	15,1	13,6	14,6	12,8	15,2	13,1
nie	77,4	78,2	74,8	75,0	72,9	69,2	71,0	70,5	71,3	67,3	68,6
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigene Darstellung.

Die angefügte aktualisierte Trendreihe der SOEP-Frage zu ehrenamtlicher Aktivitäten – getrennt für West- und Ostdeutschland, zeigt, dass keine klare Entwicklung zu identifizieren ist, sondern offensichtlich auch „Konjunktoren“ ehrenamtlicher Aktivitäten in Deutschland existieren (vgl. hierzu ausführlich Künemund/Schupp 2008). Blickt man auf die Engagementquoten in den alten Bundesländern über einen Zeitraum von 20 Jahren, zeigt sich deutlich, dass Schwankungen vor allem im Bereich des „seltenen“ Engagements bestehen, ansonsten aber eher Stabilität im Aggregat überwiegt. Im Verlauf dieser mehr als 20 Jahre sind je zwischen sieben und zehn Prozent der Bevölkerung wöchentlich, weitere sechs bis acht Prozent monatlich engagiert. Lediglich jene Aktivitäten, die seltener als monatlich ausgeübt werden, scheinen zugenommen zu haben – sie schwanken zwischen acht und 15 Prozent, mit Spitzenwerten 1996 und 2005. Zusammengenommen waren damit pro Jahr zwischen 22 und 33 Prozent der Erwachsenen Deutschlands ehrenamtlich engagiert. Im Jahr 2005 liegt dabei der bisherige Spitzenwert, dicht gefolgt von 2007, 1996 und 1999.

Tabelle 7: Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten in Ostdeutschland (gewichtet, Anteile in %).

Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen:

	Erhebungsjahr								
	1990	1992	1994	1996	1997	1999	2001	2005	2007
jede Woche	6,3	3,8	3,2	4,6	5,2	5,1	5,4	5,7	6,1
jeden Monat	10,6	5,5	6,1	6,6	6,6	6,8	6,5	7,7	7,8
Selten	9,8	8,6	8,2	11,4	9,5	12,1	10,9	14,0	11,8
Nie	73,5	82,0	82,6	77,5	78,8	76,1	77,2	72,5	74,3
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigene Darstellung.

In den neuen Bundesländern lässt sich dagegen deutlicher ein Zuwachs insbesondere auch des wöchentlichen und monatlichen Engagements erkennen, sofern wir einmal die Erhebung im Jahr 1990 – noch mit maßgeblichem Bezug auf die DDR – außer Acht lassen. Das wöchentliche Engagement schwankt hier zwischen drei und sechs Prozent, das monatliche zwischen fünf und elf Prozent (letzteres 1990). Auch hier fallen die Schwankungen im sporadischen Engagement am höchsten aus – die Anteile liegen zwischen acht und 14 Prozent. Zusammengenommen waren damit jährlich zwischen 18 Prozent und 28 Prozent ehrenamtlich engagiert, also etwas weniger als in den alten Bundesländern.

Literatur

- Erlinghagen, M. (2003): Die individuellen Erträge ehrenamtlicher Arbeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55(4): 737-757.
- Grabka, M.; Frick, J.R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht in Deutschland - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin 75(10): 101-108.
- Hanefeld, U. (1987): Das Sozio-ökonomische Panel - Grundlagen und Konzeption. Campus. Frankfurt a.M./New York
- Krupp, H.-J. (2008): Die Anfänge: Zur Entstehungsgeschichte des SOEP. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 77(3): 15-26.
- Künemund, H.; Schupp, J. (2008): Konjunkturen des Ehrenamts - Diskurse und Empirie, S. 145-163. Erlinghagen, M.; Hank, K. (Hg.). Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Schupp, J. (2009): 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel - Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie 38(5): 350-357.
- Schupp, J.; Habich, R.; Zapf, W. (1996): Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Auf dem Weg zu einer dynamischen Sicht der Wohlfahrtsproduktion. S. 11-45. Zapf W.; Schupp, J.; Habich R. (Hrsg.). Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Campus. Frankfurt a.M./New York.
- Schupp, J.; Spiess, C.K.; Wagner, G.G. (2008): Die verhaltenswissenschaftliche Weiterentwicklung des Erhebungsprogramms des SOEP. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 77(3): 63-76.
- Schupp, J.; Wagner, G.G. (1995): Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 64(1): 16-25.
- Wagner, G.G.; Frick, J.R.; Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. Schmollers Jahrbuch 127(1): 139-169.
- Zapf, W. (1972): Zur Messung der Lebensqualität. Zeitschrift für Soziologie 1(4): 353-376.

Paul Dekker

Zweifel an einer integrierten Zivilgesellschaftsberichterstattung

Einleitung

Ausgangspunkt dieses Beitrags ist der gegenwärtige Wunsch, für Deutschland eine maßgebende Gesamtmessung und Berichterstattung für die nationale Zivilgesellschaft zu entwickeln. Diesem Wunsch unterstelle ich – wahrscheinlich ein wenig zu stark – das Bedürfnis nach einer allumfassenden und periodisch berechenbaren Zensur für die Qualität der nationalen Zivilgesellschaft. Bei solch einem Streben hätte ich dann einige konzeptuelle, methodische, praktisch-politische und auch normative Zweifel, die im Kern für ein komplexeres, eventuell in seinen Einzelkomponenten sogar widersprüchlich anmutendes Messinstrument plädieren – und weniger für eine geringe, womöglich schwer zu rechtfertigende Auswahl an offensichtlichen Indikatoren und einfach verfügbare Datenquellen.

Zweifel an dem, was gemessen werden soll

Obwohl ich als pragmatischer Holländer meine eher theoretisch orientierten deutschen Kollegen im Allgemeinen sicherlich nicht von der empirischen Forschung abhalten möchte, erscheint mir die Unterstellung, dass klar und eindeutig wäre, was denn als Zivilgesellschaft gemessen werden sollte, zu voreilig. Auch wenn man schnell zu Daten und Messungen übergehen möchte, kann man doch nicht um die Frage umhin, was unter Zivilgesellschaft verstanden werden soll. Die Beantwortung variiert von gesamtgesellschaftlichen Idealen und Werten zu sehr unterschiedlichen Bestimmungen eines Teils der Gesellschaft sowie Merkmalen von einzelnen Organisationen und Aktivitäten. Es gibt unterschiedliche Definitionen von Zivilgesellschaft, mal solche inklusive Familien und wirtschaftlicher Unternehmen, mal solche mit nachdrücklicher Ausgrenzung derselben. Für manche Theoretiker bedeuten Sportvereine und sonstige Verbände der Freizeitgestaltung den Kern der Zivilgesellschaft, für andere sind sie wohl eher ‚unzivil‘ Konkurrenten der idealistisch ‚zivilgesellschaftlich-philanthropischen‘ oder auf politische Willensbildung orientierten Organisationen.

Irgendwie kann man sich in kleinem Kreis wahrscheinlich darüber einigen, welche Organisationen ‚in‘ und ‚out‘ sind, und vielleicht mag dies auch bei individuellen Tätigkeiten (alle Mitgliedschaften, oder nur aktive?; auch Spender?; Freiwillige, auch informelle?) funktionieren. Aber wie misst man

Zivilgesellschaft als Öffentlichkeit, als gute oder zivilisierte Gesellschaft? Wahrscheinlich besser gar nicht weil es zu vage und kompliziert wird. Oder man einigt sich mit der Gefahr vorschneller Entscheidung auf einige zur Verfügung stehende Statistiken, wie Umfragedaten über soziales und politisches Vertrauen, Anzahl der Zeitungen, juristische Angaben usw. Gelingt es danach Zeitreihen und Regionalvergleiche zu produzieren, werden die Entscheidungen möglicherweise zwar in der breiten Masse als Standard akzeptiert; jedoch bleibt dies dann ohne theoretische Begründung und wissenschaftliche Legitimation.

Zweifel an der Verknüpfung und Nachhaltigkeit

In der international vergleichenden Zivilgesellschaftsmessung existieren schon Kombinationen von Indikatoren, z. B. von Civicus und dem Johns Hopkins Global Civil Society Index von Salamon et al. (siehe Heinrich 2005 und die darauf folgende Diskussion im Journal of Civil Society). Sie sind interessant, politisch vielleicht nützlich, aber doch auch problematisch. Civicus ist in seinem Gesamturteil sehr subjektiv. Die Johns Hopkins Indexkonstruktion ist zwar objektiver, jedoch auch bezüglich des Erkenntnisgegenstandes eingegrenzter; d. h. sie kommt nicht über eine Non-Profit-Plus Messung hinaus. Auch erscheint mir die Gewichtung der verschiedenen Komponenten und Elemente diskutabel. Inhaltliche Überlegungen werden dabei zu leicht durch statistische Zusammenhänge ersetzt. Das ist bei der Entwicklung von zusammengestellten Indikatoren oftmals der Fall, wie die jahrzehntelange Arbeit an Sozialindikatoren und Sozialberichterstattungen eindrucksvoll zeigt. Innerhalb dieses Forschungsfeldes ist man übrigens schon seit längerer Zeit mit der Messung von ‚Sozialkapital‘ beschäftigt (vgl. Renschler & Joye 2004). Die Bemühungen der Sozialkapital-operationalisierung, d. h. Entwicklung und Kombination von Indikatoren für unterschiedliche Sozialkapitalaspekte wie Partizipation, Vertrauen und Reziprozitätsnormen, scheinen mir nahe verwandt mit dem zu sein, was unter einer integrierten Zivilberichterstattung verstanden werden könnte. Soweit meine Erkenntnis reicht, konnte bislang in der Sozialkapitaldebatte noch keine festlegende Einigung auf einen Messungs-„Goldstandard“ erzielt werden (nach der theoretischen multidimensionalen Entflechtung des Sozialkapitalbegriffes beschränken sich, aus Gründen der Vergleichbarkeit, viele empirische Forscher meist auf Antwortenvergleiche, die aus einer einfachen Umfragebogen-Frage nach sozialem Vertrauen entstehen).

Was die Nachhaltigkeit angeht, wird eine integrierte Messung nicht nur durch konzeptionelle und politische Begriffsmoden und deren dynamische Lebenszyklen (siehe Zweifel 1) bedroht, sondern auch von faktischen Entwicklungen, die sich beispielsweise im Verschwimmen der Grenzen zwischen Zivilgesellschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen zeigen. Weitere Stichwörter in diesem

Kontext sind hybride Organisationen, informelle Gruppen, freiwillige Arbeit von Arbeitnehmer (corporate volunteering), sowie kommunal und staatlich initiierte Bürgerarbeit.

Zweifel an den Daten

Mit Bevölkerungsumfragen können individuelle Zugehörigkeiten und Tätigkeiten einfach gemessen und für den Vergleich von Bevölkerungskategorien benutzt werden. Auch können Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen aggregiert und somit als regionale bzw. nationale Indikatoren weiterverwendet werden. Daher werden Umfragen oftmals als Basis von Sozialindikatoren benutzt. Aber wie zuverlässig sind die dort gewonnenen Daten? Für freiwillige Arbeit zeigt Tabelle 8 Befunde aus drei Wellen der European (und World) Values Study (EVS/WVS), des International Social Survey Programme (ISSP) und des European Social Survey (ESS). Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Umfragen sind groß, könnten aber auf unterschiedliche Fragestellungen zurückgeführt werden. Das wäre eine Warnung vor der naiven Benutzung von ‚harten‘ Zahlen, ist aber sonst nicht weiter problematisch. Beunruhigender sind hingegen die teilweise unwahrscheinlich großen Änderungen im Zeitverlauf bei den identischen Fragestellung des EVS/WVS (die Ziffern beziehen sich auf eine einheitlichen Auswahl abgefragter Freiwilligenorganisationen in allen drei Jahren). Bei der Messung von Mitgliedschaften sieht es auf europäischer Ebene nicht besser aus. Wie Morales (2003) zeigt, erzeugen sehr ähnliche Fragestellungen unterschiedliche Länderrankings und weisen chaotische Entwicklungen auf.

Tabelle 8: Freiwillige Arbeit in Europa nach drei Umfragen.

	EVS/WVS				ISSP 1998/9	ESS 2002/3
	1981	1990	1999	Reichweite		
Schweden	19	22	33	14	49	35
Dänemark	16	13	21	8	33	28
West-Deutschland	17	14	8	9	29	26
Niederlande	19	22	32	13	51	29
Belgien	18	19	22	4	-	23
Frankreich	15	16	14	2	58	19
Italien	14	13	17	3	24	5
Spanien	18	7	9	9	22	7
Irland	18	17	15	3	33	16
Großbritannien	16	13	36	20	37	23
USA	19	25	47	28	59	-

Quelle: Dekker & Van den Broek (2006). Da sind auch Angaben über Fragestellungen und Stichproben zu finden.

Bezieht man sich nur auf nationale Umfragen, erscheint die Situation nicht unbedingt eindeutiger, wie Tabelle 9 für die Niederlande zeigt.

Tabelle 9: Anteil der Freiwilligen in der Bevölkerung in fünf Messungen, 1975-2008 (in %).

	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Tijdbestedingsonderzoek (Fragebogen)	-	-	45	40	46	35	-	-	-	-	33	-	-	-
Tijdbestedingsonderzoek (Tagebuch)	27	31	31	28	31	25	-	-	-	-	25	-	-	-
Permanent Onderzoek Leefsituatie	-	-	-	-	-	45	43	42	42	43	-	-	44	-
Geven in Nederland	-	.	-	-	-	-	-	46	-	41	-	42	-	45
Culturele veranderingen in Nederland	-	-	-	-	29	28	-	31	-	24	-	25	-	26

Quelle: Dekker et al. (2007). Dort sind auch Angaben zu den Fragestellungen und Stichproben enthalten.

Dass verschiedene Umfragen unterschiedliche Resultate generieren, ist wieder plausibel und von der Fragestellungen her auch oft gut nachvollziehbar („wie viel Stunden in der Woche im Durchschnitt tun Sie ...?“ ergibt weniger Freiwillige als „haben Sie im letzten Jahr mal ...?“). Bei identischer Fragestellung gibt es allerdings wieder einige sehr unwahrscheinliche und inkonsistente Entwicklungen. Für 2002-2004 haben wir im Angebot: 42-43 %, 46-41 % und 31-24 %. In diesem Fall würde ich der 42-43 %igen Stabilität am meisten trauen, weil die Zahlen aus den methodisch gut abgesicherten großen Umfragen des nationalen statistischen Amt kommen; der 46-41 % Rückgang stammt aus einem kleineren Internetpanel (partiell ein access panel) und der 31-24 % Sturz könnte auch von methodischen Änderungen im Befragungsmodus herbeigeführt sein da die 2004er Welle durch einen anderen Anbieter erhoben worden war. Es ist wichtig, diese Faktoren zu berücksichtigen und es steht zu erwarten, dass es mit der Qualität und Stabilität der Datenerhebungen in den nächsten Jahren nicht unbedingt besser wird: Wegen Wettbewerbsbestimmungen wird es eher mehr Änderungen in der Ausführung geben, die Non-Response wird wahrscheinlich weiter steigen, und aus Kostenüberlegungen, sowie wegen höherer Geschwindigkeit wird die Benutzung von unzuverlässig messenden Internetpanels attraktiver.

Schlussfolgerung

Ich möchte stark von der Entwicklung eines zusammenfassenden Zivilgesellschaftsindicators abraten. Solch eine integrierte Zivilgesellschaftsmessung verkürzt das spannungsreiche normativ-empirische Konzept der Zivilgesellschaft empiristisch zu einem sozialen oder wirtschaftlichen Indikator. Eine solche Methodik ist empirisch unzuverlässig und wird schnell veraltet sein.

In Anbetracht des gegenwärtigen Standes der theoretische Diskussion und der Mannigfaltigkeit gesellschaftlicher und politischer Interessen, ist die Verfügbarkeit von einer Vielzahl an Indikatoren wichtig, nicht nur für die unterschiedlichen Elemente der Zivilgesellschaft, sondern auch für die Messung der gleichen Phänomene. Durch verschiedene Fragestellungen können verschiedene Aspekte hervorgehoben und Entwicklungen differenziert erforscht werden. Daher sollte man lieber die Verwirrung durch inkonsistente Zahlen akzeptieren als die Scheinsicherheit einer einzelnen Standardzahl. Lieber sollte man auch eine Vielzahl von ausgewählten und verbundenen Indikatoren zulassen, um in konkurrierenden theoretisch-normativen Debatten Aussagen über den Zustand und die Entwicklung der Zivilgesellschaft anzustellen, als ein starres Indikatorkonzept in Stein zu meißeln. Wir brauchen ein gesamtes System an Erhebungsinstrumenten, Datenquellen und Indikatoren, um die Vielfarbigkeit von Zivilgesellschaft abzubilden zu können. Das wichtigste scheint mir im Moment die Qualitätsüberwachung, mit mehr Interesse für Probleme der Validität und Reliabilität von üblichen Fragen und Dokumentation der Indikatoren selbst zu sein.

Literatur

- Dekker, P.; van den Broek A. (2006): Is volunteering going down? In: Peter Ester, Michael Braun & Peter Mohler (Hrsg.), *Globalization, value change, and generations*. Brill (179-205). Leiden/Boston.
- Dekker, P.; de Hart J.; Faulk L. (2007): *Toekomstverkenning vrijwillige inzet*. Sociaal en Cultureel Planbureau. Den Haag.
- Heinrich, V. F. (2005): Studying civil society across the world. *Journal of Civil Society* 1/3: 211-228.
- Morales Diez de Ulzurrun, L. (2002): Associational membership and social capital in comparative perspective. *Politics & Society* 30/3: 497-523.
- Renschler, I.; Dominique J. (Hrsg.) (2004): *Observation of social change: Structures and turbulences*. Swiss Commission for Unesco. Bern.

Zusammenfassung der Paneldiskussion

Nachfolgend wird die Abschlussdiskussion des Workshops wiedergegeben, die von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Professor für internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) moderiert wurde. Teilnehmer der Panels waren:

- Professor Dr. Andreas Schlüter (Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, sowie Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln),
- Bettina Windau (Director des Programms "Zukunft der Zivilgesellschaft" der Bertelsmann Stiftung),
- Jürgen Chr. Regge (Vorstand der Fritz Thyssen Stiftung), sowie
- Professor Dr. Helmut K. Anheier (Akademischer Direktor des Centrums für Soziale Investitionen an der Universität Heidelberg und Dekan der Hertie-School of Governance Berlin).

Im Fokus der Diskussion standen die Ansprüche an das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“, die sich nach den Vorträgen und Diskussionen der Veranstaltung für das Projekt ergeben haben: Welche Grenzen der Machbarkeit zeichnen sich bereits ab und inwiefern können die Endergebnisse des Gesamtprojektes Objektivität beanspruchen?

Bettina Windau betonte, dass die beeindruckende Vielfalt existierender Datenerhebungen genau die Autonomie und Vielgestaltigkeit des Dritten Sektors widerspiegelt. Viele der Erhebungen, von denen heute nur ein Bruchteil vorgestellt werden konnte, würden wesentlich zur Ausgestaltung der „Landkarte zur Datenlage Dritte[r] Sektor“ beitragen, auch wenn einige von ihnen das Thema Zivilgesellschaft nur am Rande streifen.

Doch bei aller Vielfalt an Daten dürfen nicht nur die Problemlagen aus Sicht der Datenerhebung und –sammlung antizipiert werden: Auch die Anforderungen der potentiellen Nutzer eines künftigen „Informationssystems Zivilgesellschaft“ müssen bei der weiteren Planung und Umsetzung verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden. Durch deren Einbindung könnten Nachhaltigkeit und Nutzen des Informationssystems erheblich gesteigert werden. Die Nutzer beschäftigen viele Fragen, deren Beantwortung in der gegenwärtigen unübersichtlichen Datenlandschaft nur schwerlich möglich ist. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass sich bestimmte Fragen im Zeitverlauf ändern.

Bestimmte Themen werden immer von Interesse sein: Zahlen, die die Struktur sowie die ökonomische Bedeutung und die Finanzierungsflüsse des Dritten Sektors abbilden, werden konstant gefragt sein. Doch auch andere Themen werden in die öffentliche wie auch wissenschaftliche Debatte eingehen, wie beispielsweise die Bedeutung des informellen Engagements oder das Aufkommen hybrider Organisationen und ihrer Funktionen. Als Folge solcher Ansprüche wäre daher für ein konstantes Kerndatensystem zu plädieren, welches jedoch flexibel genug ist, auf neu aufkommende Themenkomplexe zu reagieren. Auch sollte an Vernetzungs- und Zugangsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Nutzergruppen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen gedacht werden.

Die noch unklare Terminologie im konzeptionellen Zugang sei eines der ersten Probleme, mit denen sich ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“ auseinander zu setzen habe, so Andreas Schlüter. Es stelle sich die Frage, ob eher ein holistisches Makroverständnis von Zivilgesellschaft in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken sei, oder doch ein partialer, dafür eindeutiger abgrenzbarer Begriff, wie dies bei den Termini „Nonprofit-Sektor“ oder auch „Dritter Sektor“ impliziert ist. Die Ursache für diese konzeptionelle Problematik besteht in der Multidimensionalität des Gegenstandes Zivilgesellschaft. Denkbare Dimensionen bei der Beschreibung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten könnten sein: (1) Der rechtliche Rahmen organisierter Einheiten, (2) finanzielle Strömungen zwischen und innerhalb zivilgesellschaftlicher Akteure, (3) Ausmaß, Zusammensetzung und Empfänger von bezahlten und unbezahlten Leistungen im Sektor sowie (4) Beschreibung drittsektoraler Einheiten in den Aktivitätenfeldern der ICNPO, wie bspw. getrennt für Sport, Kultur, Bildung, Stiftungswesen. In der gegenwärtigen Situation versuche man „durch Observatorien einen n-dimensionalen Raum auf eine zweidimensionale Landkarte zu zeichnen“. Um diese außergewöhnliche Komplexität bearbeitbar zu gestalten, empfehle sich die schrittweise Betrachtung der einzelnen Dimensionen. Nach Abschluss dieser Arbeitsschritte ließe sich dann eine multidimensionale Situationsbeschreibung anfertigen.

Neben diese konzeptionellen Herausforderungen treten zusätzliche Herausforderungen bei der konkreten Umsetzung. Denn rechtliche Rahmenbedingungen behindern zusätzlich die Möglichkeiten einer konkreten Beschreibung. So bestehen durch das föderale Berichtswesen der Bundesrepublik datenschutzrechtliche Richtlinien, welche eine zentrale Datensammlung erschweren. Auch fehlt es an verwalteten und gepflegten Registern, die Informationen über bestimmte Nonprofit-Organisationen liefern könnten. Weiterhin indizieren fehlende Rechenschafts- und Transparenzpflichten von gemeinnützigen Organisationen zusätzlichen politischen Handlungsbedarf. In der Folge, so Andreas Schlüter, stellt sich die Frage, welche Rahmenbedingungen in welcher Weise geändert werden müssen, damit Bedingungen und Möglichkeiten einer möglichst objektiven Beschreibung der Zivilgesellschaft gegeben wären.

Die potentiellen Nutzer und Interessenten eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ sind neben den Organisationen des Dritten Sektors, Akteure aus Politik und Wissenschaft. Vor allem müsse die Politik stärker in den Aufbau eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ eingebunden werden. Gerade hier kann ein Informationssystem nutzen, wenn es auf politikrelevante Fragestellungen Antworten geben kann. Förderlich wäre daher der Austausch mit der Politik, um klären zu können welches Wissen über welche Teil- und Themenfelder als Input für politische Entscheidungsprozesse benötigt wird. Das Verfahren eines solchen Konsultationsprozesses könnte sich an dem der Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes orientieren.

Helmut Anheier verwies auf die Herausforderungen bei der Verknüpfung von konzeptioneller und operationaler Ebene. Gerade die Abbildung der Zivilgesellschaft als mehrdimensionaler Raum sei die leitende Grundvorstellung von Zivilgesellschaft im CIVICUS-Index-Messverfahren gewesen. Im Johns-Hopkins-Comparative Nonprofitsector-Project folgte man stattdessen einer Tabellenlogik, welche auf objektiveren ökonomischen Prozentwerten basierte, um dadurch Potentiale für internationale Vergleiche zu erschließen.

Ebenso wie Andreas Schlüter sieht auch Helmut Anheier die konzeptionelle Fundierung der Zivilgesellschaft sowie deren messmethodische Umsetzung durch geeignete Daten – bspw. in Form so genannter Unterkonten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – als Kernherausforderung von „Zivilgesellschaft in Zahlen“. Bis heute sei dieses Problem nur kaum über Sekundärdatensätze lösbar, sondern wäre idealerweise durch eine Primärerhebung in Form eines „Nonprofit-Sektor-Betriebspanel“ – analog zur regelmäßig durchgeführten und repräsentativen Organisationsbefragung des IAB-Betriebspanels – wünschenswert. Der Vorteil dieser Erhebung wäre, dass vor allem die sehr schwer erfassbare Einnahmenseite von Nonprofit-Organisationen sowie Trend- und Zeitverlaufsanalysen abgebildet werden könnten. Ein solches Verfahren ist jedoch sehr ressourcenintensiv. Daher müsse diskutiert werden, ob diese Schritte im Rahmen von „Zivilgesellschaft in Zahlen“ zu leisten sind.

Auch sollte die Zivilgesellschaft als bedeutsames Zukunftsthema an die Politik adressiert werden, beispielsweise durch Anknüpfung an die Reformdebatte. Eine verstärkte Nachfrage nach aktuellen Grundlagendaten zu Zivilgesellschaft von Politik und Wissenschaft würde eine Fortführung des Projektes über Projektlaufzeit hinaus ermöglichen.

Wünschenswert, so Jürgen Chr. Regge, wäre ein erhöhter Wissenschaftswettbewerb zu methodischen Bestandteilen und Anforderungen an ein „Informationssystem Zivilgesellschaft“. Denn je vielfältiger Anregungen und Austausch in der Wissenschaft, desto wahrscheinlicher sei die Entwicklung besserer Instrumente.

Ausgangspunkt des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ müsse die Fragestellung sein, welche Leistungen, Instrumentarien und erwartbarer Nutzen der Politik angeboten werden könne. Bislang wurden zwar erste Schritte auf dem Weg zu einem Informationssystem getätigt, doch der Weg bis zu seiner Vollendung sei nach wie vor lang. Mit dem Blick in die Zukunft, müsse das Informationssystem seine Anschlussfinanzierung durch Nachfrage nach den Daten, die es zur Verfügung stellt, selbst generieren. Dies erfordere in erster Linie ein schärferes Problembewusstsein in der Politik, wodurch nicht nur eine dauerhafte Finanzierung eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“ sicher gestellt wäre, sondern auch die Handlungsmöglichkeiten in der Datensammlung und –aufbereitung verbessert werden könnten.

Aus politischer Perspektive, so Karl-Heinz Paqué, ist die Nachfrage nach einem „Informationssystem Zivilgesellschaft“ abhängig davon, ob für aktuelle Debatten relevantes und nützliches Datenmaterial zur Verfügung gestellt werden kann. Die von der Politik gestellten Fragen zu beantworten, ließe sich als einer der wichtigsten Ansprüche an das „Informationssystem Zivilgesellschaft“ festhalten. Die Debatten um politische Reformprozesse im Feld der Zivilgesellschaft seien längst nicht abgeschlossen, so dass von einer zunehmenden Nachfrage nach Zahlen, Daten und Fakten auszugehen ist, im Speziellen nach Abklingen der gegenwärtigen Finanzkrise. Um die Bedürfnisse der Wissenschaft zu befriedigen, müssen die produzierten Daten wissenschaftlichen Kriterien entsprechen: Aus methodischer Perspektive müssen sie hinreichend belastbar und objektiv sein.

Im Frühjahr 2011, so Helmut Anheier, werde der Prototyp des „Informationssystem Zivilgesellschaft“ entwickelt und größtenteils mit Daten gefüllt sein. Die Daten stammen aus dem Unternehmensregister (Modul 1) und anderen Sekundärquellen.

Die so gewonnenen Erkenntnisse stellen neue Impulse und Argumente für die wissenschaftliche wie aber auch politische Debatte dar. Somit kann nicht nur Zivilgesellschaft als politisches Thema befruchtet werden, sondern die gesellschaftliche Relevanz des Sektors konkret beziffert werden. Denkbar sind auch weitere neue interdisziplinäre und –sektorale Forschungsk Kooperationen, die aus der Nutzung des Informationssystems entspringen können. Mit dem Erreichen dieses Meilensteins, d. h. des Prototyps, sei daher noch nicht das Ende der Debatte erreicht.

Auch schätzt Bettina Windau die politische Diskussion als noch nicht weit genug vorangeschritten ein, vor allem hinsichtlich wichtiger Grundsatzentscheidungen und das Informationssystem betreffende politische Folgemaßnahmen.

Notwendig sei ein Appell, so Andreas Schlüter, der die Politik dazu aufruft, sich stärker für die Verbesserung der Datenlage zur Zivilgesellschaft einzusetzen und durch entsprechende Entscheidungen gezielt in Richtung eines dauerhaft angelegten „Informationssystems Zivilgesellschaft“ einzuwirken.

Auf dem Weg zu einem Informationssystem Zivilgesellschaft

Anspruch, Potentiale, Verknüpfungen

Dokumentation des Workshops »Informationssystem Zivilgesellschaft«

Die vorliegende Veröffentlichung ist der erste Band aus der Reihe »Zivilgesellschaft in Zahlen«, in welcher Fortschritte und Ergebnisse des gleichnamigen Projekts veröffentlicht werden. »Zivilgesellschaft in Zahlen« ist ein Gemeinschaftsprojekt des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung. Ziel ist es, in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und dem Centrum für soziale Investitionen und Innovationen, die Grundlagen für eine Berichterstattung zu schaffen, die regelmäßig aktuelle Zahlen zu Entwicklungen und Trends in der Zivilgesellschaft in Deutschland liefert.

Im Rahmen des Workshops »Informationssystem Zivilgesellschaft« wurden Anforderungen und Potentiale für eine praxis- und politikrelevante Berichterstattung zur Zivilgesellschaft in Deutschland systematisch beleuchtet. Die Inhalte und Ergebnisse werden mit diesem Band dokumentiert. An Beispielen wird gezeigt, welche Beiträge thematisch relevante und angrenzende Daten- und Informationssysteme für ein umfassendes »Informationssystem Zivilgesellschaft« leisten können und welche Ansprüche aus Sicht der Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft an ein solches Informationssystem gerichtet werden.

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft



BertelsmannStiftung

in Kooperation mit:



STATIS
wissen. nutzen.

gefördert vom:



Zivilgesellschaft in Zahlen
www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de

ISBN 978-3-00-029580-5